

Adam Tooze
Machtkampf um
Inflation

Mariana Mazzucato
Wirtschaftspolitik im
21. Jahrhundert

Gabriel Zucman
Krisenprofiteure zur
Kasse

Ausgabe 9
Juni 2026
9,00€ (DE)



Surplus

Das Wirtschaftsmagazin



Der nächste Preisschock
ist da. Statt Kürzungen
brauchen wir Entlastungen.

Der Preis des Krieges



Aktuelle Artikel, Analysen und Kolumnen auf surplusmagazin.de



Deutschlands Wirtschaftspolitik ist intellektuell am Ende

Wirtschaftlich geht es auch deshalb bergab, weil die notwendigen Antworten im politischen Berlin überhaupt nicht zur Debatte stehen. Von *Patrick Kaczmarczyk*



Eva von Redecker: »Die autoritäre Versuchung beginnt beim Eigentum«

Wenn alles unsicherer wird, gewinnen autoritäre Versprechen an Zugkraft. *Eva von Redecker* erklärt im Interview mit *Maxine Fowé*, was dem entgegengesetzt werden kann.

Stablecoins festigen die US-Dollar-Dominanz in der digitalen Welt

Stablecoins klingen nach Fortschritt – sind aber vor allem ein Geschäftsmodell: für private Konzerne, für den US-Dollar und gegen den Rest der Welt. Von *Carla Coburger*

Studien: Ungleichheit fördert Populismus

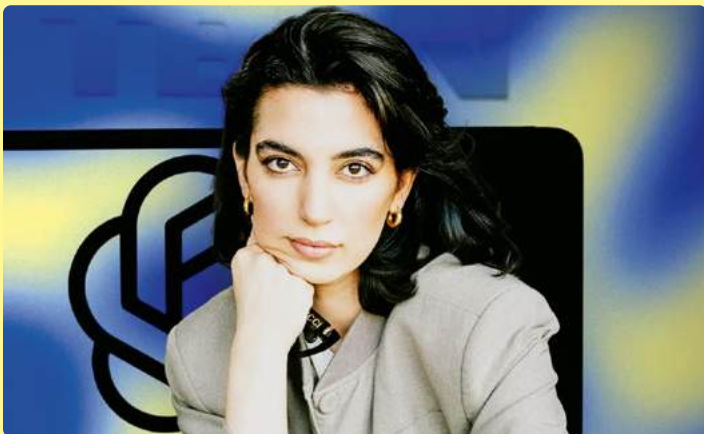
Studien zeigen, dass Populismus von der wahrgenommenen Ungleichheit abhängt. Doch die tatsächliche Ungleichheit wird meist unterschätzt. Von *Max Hauser*

»Looksmaxxing«: Von neoliberaler Selbstoptimierung zu faschistischer Ästhetik

Der neueste Trend der »Manosphere« ist ein radikaler Körperkult – Frauenhass, Dominanzstreben und faschistische Ideale inklusive. Von *Xenia Miller*

Miriam Davoudvandi: »Armut ist Gewalt«

Die Journalistin *Miriam Davoudvandi* spricht im Interview mit *Maxine Fowé* über das Aufwachsen in Armut. Und kritisiert die Tatenlosigkeit der Politik.



Big Techs neue Medienstrategie: Journalismus-Washing

Tech-Konzerne kaufen Talkshows, besetzen Konferenzbeiräte und bezahlen Creator sechsstellig. Sie nennen es »redaktionelle Unabhängigkeit«. Von *Aya Jaff*



Die Finanzkrise der Kommunen bedroht Wirtschaft und Demokratie

In der »Strukturreform«-Debatte geht die dramatische Finanzkrise der Kommunen völlig unter. Wer die Demokratie retten will, muss die kommunale Finanzierung reformieren. Von *Achim Truger*

Diese und viele weitere Texte findest du auf www.surplusmagazin.de
Folge uns auch unter [@surplusmagazin](https://twitter.com/surplusmagazin) auf:

Instagram

X

Threads

YouTube

Mastodon

LinkedIn

Editorial

Von der Krise in die Dauerkrise

Der nächste Preisschock ist da. Bei den Spritpreisen haben wir es direkt gesehen. Andere Güter wie Lebensmittel werden sich voraussichtlich weiter verteuern. Auch gesamtwirtschaftlich sehen wir bereits Auswirkungen des Iranschocks. Die Wirtschaftsweisen haben kürzlich ihre Prognosen für 2026 korrigiert: Wachstum von 0,9 auf 0,5 Prozent, Inflation von 2,1 auf 2,9 Prozent, Arbeitslosigkeit von 6,1 auf 6,4 Prozent. Statt einer Erholung der Wirtschaftslage setzt sich in Deutschland die Krise der letzten Jahre weiter fort. Reale Abstiege und Abstiegsängste nehmen zu. Die Umfragen zeigen weiterhin einen Zulauf zu den Rechten, deren Politik die Lage noch weiter verschlimmern würde.

Auch wir haben keine Glaskugel und wissen nicht, wie die Krise weitergeht. Während der Erstellung dieser Ausgabe sind die Ölpreise infolge der Verhandlungsschwierigkeiten zwischen den USA und dem Iran durch die Decke gegangen und haben sich nach einer Feuerpause wieder abgekühlt. In jedem Fall werden wir die Folgen wirtschaftlich spüren – wie sehr, bleibt offen. In seinem Leitartikel ordnet [Adam Tooze](#) den heutigen Preisschock vor dem Hintergrund ähnlicher Schocks der letzten 100 Jahre ein – mit dem Fokus darauf, dass Preisschocks immer auch Profiteure haben. [Isabella Weber](#) und [Gregor Semieniuk](#) buchstabieren hingegen aus, wie eine wirtschaftspolitische Antwort auf einen Ölpreisschock mit einem Käuferkartell aussehen könnte. Statt Entlastungen wie in der letzten Energiepreiskrise drohen nun Kürzungen – was das Leben schwieriger machen und die Wirtschaftslage weiter verschlechtern würde, wie [Maurice Höfgen](#) schreibt. Wie eine Regierung in einer solchen Krise arbeitet, erklärt der frühere Kanzleramtschef [Wolfgang Schmidt](#) im Interview. Die Cambridge-Professorin [Helen Thompson](#) analysiert das Zusammenspiel von Energiefrage und Geopolitik. Auch wenn Trump dieses Chaos mit seinem Angriff auf den Iran angestoßen hat – aussichtslos ist die Lage keineswegs. Die Harvard-Ökonomin [Rakeen Mabud](#) erklärt im Interview, wie Progressive auf Trumps Politik reagieren können.



LUKAS SCHOLLE
ist Ökonom, Gründer und
Chefredakteur von Surplus.

Viele Erkenntnisse bei der Lektüre
Lukas Scholle

Der Preis des Krieges

Ausgabenschwerpunkt: *Inflation*



Die Welt braucht einen Club der Ölkäufer
Isabella Weber,
Gregor Semieniuk

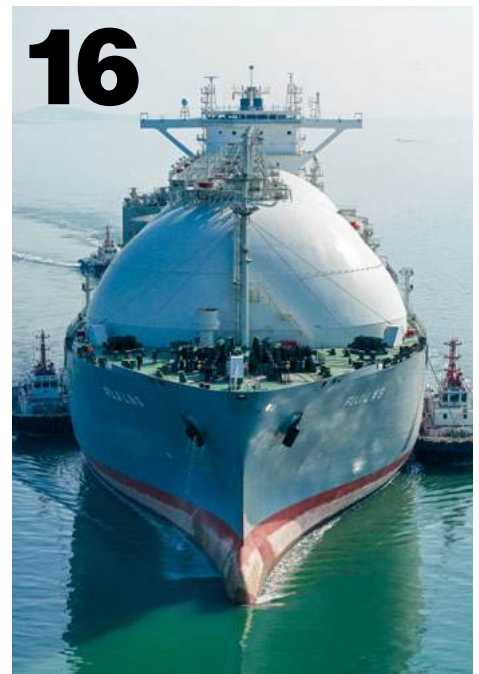
- 4**
Der Kampf um den Preis
Inflation ist immer und überall ein ökonomischer Machtkampf. Der öffentliche Diskurs um hohe Preise dient derzeit oft den Reichsten. Von *Adam Tooze*
- 8**
Die Welt braucht einen Club der Ölkäufer
Der volatile Rohölmarkt diktiert die Preise. Dabei könnten die Importländer ihre enorme Macht als Käufer nutzen, um die Kosten zu stabilisieren. Von *Isabella Weber* und *Gregor Semieniuk*
- 11**
Die Phasen der Inflation
Preiserhöhungen folgen Mustern. Eine Erklärung in fünf Schritten.
- 12**
Neuer Schock, alte Fehler
Regierung und Zentralbank beweisen, dass sie aus dem letzten Energiepreisschock nichts gelernt haben. Das ist wirtschaftlich fatal – und zahlt bei der AfD ein. Von *Maurice Höfgen*
- 16**
»Die Krise könnte so schwerwiegend sein, dass sie echte Alternativen erzwingt«
Der Iranschock hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Welt. Die Wirtschaftsprofessorin *Helen Thompson* erklärt im Interview mit *Caro Rube*, wie die Energiefrage die Geopolitik dominiert.
- 20**
Das Ende des sicheren Hafens?
Der Iranschock gefährdet nicht nur die Energieversorgung am Persischen Golf. Er stürzt das Wirtschaftsmodell der Golfstaaten in eine strukturelle Krise. Von *Viktoria Reich*
- 23**
Das sagt die Wissenschaft...
In unserem Format »Das sagt die Wissenschaft...« präsentieren wir die wichtigsten Studienergebnisse zu Inflation und Preisschocks.
- 24**
Krisenprofiteure zur Kasse!
Mit dem Anstieg der Spritpreise schießen auch die Gewinne der Ölkonzerne in die Höhe. Ein erheblicher Teil dieser Profite fließt in Steueroasen. Von *Gabriel Zucman*
- 26**
Spaniens Antwort auf den Energieschock
Die deutsche Regierung reagiert nur zögerlich auf den Iran-Preisschock. Schon in den ersten Wochen hat Spanien dagegen ein

breit angelegtes Krisenpaket mit 80 Maßnahmen verabschiedet.

28
Nur 13 Stunden zu Fuß
Wer im ländlichen Raum lebt und mit dem Auto pendelt, spürt die Inflation besonders hart. In Mecklenburg-Vorpommern treffen steigende Spritkosten Menschen, die wenig Alternativen haben. Reportage von *Juli Katz*

31
High- und Low-Performer
Entscheidungen von Unternehmen beeinflussen Wirtschaft und Alltag. Wir zeigen eine gute und eine schlechte.

»Die Krise könnte so schwerwiegend sein, dass sie echte Alternativen erzwingt« *Helen Thompson*





32

»Krisenpolitik gleicht einem educated guess«

Wolfgang Schmidt war Chef des Kanzleramts unter Olaf Scholz. Im Interview mit *Lukas Scholle* spricht er über den aktuellen Preisschock und die Krise der SPD.

38

Palantir will die Welt brennen sehen

Palantir hat seine Ideologie öffentlich gemacht. Wer die Software noch einsetzt, muss wissen: Er abonniert eine Weltanschauung. Von *Aya Jaff*

40

»Trumps disruptiver Regierungsstil kann eine Chance für Progressive sein«

Die Harvard-Ökonomin Rakeen Mabud hat die wichtigsten Strategien der Trump-Administration untersucht. Progressive Kräfte sollten daraus lernen, erklärt sie im Interview mit *Lukas Scholle*

45

Die großen Hebel

Politische Maßnahmen können das Leben der Menschen fundamental verbessern. *Katja Kipping, Ramona Pop* und *Steffen Lange* machen Vorschläge.

46

Die Finanzkrise der Kommunen bedroht Wirtschaft und Demokratie

In der »Strukturreform«-Debatte geht die dramatische Finanzkrise der Kommunen völlig unter. Wer die Demokratie retten will, muss die kommunale Finanzierung reformieren. Von *Achim Truger*

48

Das 21. Jahrhundert verdient eine neue Wirtschaftspolitik

Selbst Weltbank und IWF räumen ein: Der alte Konsens hat versagt. Doch ein wirklicher Kurswechsel sieht anders aus. Von *Mariana Mazzucato* und *Lara Merling*

32

»Krisenpolitik gleicht einem educated guess«
Wolfgang Schmidt

60

Der Finanzkapitalismus aus Sicht der Peripherie
Maria da Conceição Tavares

»Trumps disruptiver Regierungsstil kann eine Chance für Progressive sein« *Rakeen Mabud*

51

Nein, private Unternehmen sind nicht innovativer als der Staat

Der Staat gilt als bürokratisch, private Unternehmen als innovativ. Doch zentrale Innovationen wären ohne öffentliches Handeln nicht möglich. Von *Matthias Ubl*

52

Kuba: Insel der leeren Regale

Kubas Wirtschaft leidet seit Jahrzehnten unter US-Sanktionen. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Insel war und ist eng mit externen Akteuren verflochten. Von *Patrick Kaczmarczyk*

57

Es gibt sie, die guten Nachrichten...

Weltweit gibt es immer wieder Beispiele für wirtschaftliche Erfolge. Ob beim Klima, der Besteuerung von Superreichen, oder in der Kultur – wir zeigen eine Auswahl. Von *Xenia Miller*

58

Marienthal: Der Beweis, dass eine Jobgarantie funktioniert

Marienthal, eine Arbeitersiedlung südlich von Wien, wurde 1933 zum Synonym für die Zerstörungskraft der Arbeitslosigkeit. Heute ist die Gemeinde ein Vorreiter der Jobgarantie. Von *Lukas Lehner* und *Maximilian Kasy*

60

Maria da Conceição Tavares: Der Finanzkapitalismus aus Sicht der Peripherie

Maria da Conceição Tavares war eine der furchtlosesten Denkerinnen der brasilianischen politischen Ökonomie. Ihre Analysen des globalen Finanzkapitalismus und US-Imperialismus bleiben bis heute aktuell. Von *Jan Frohn*

Mitwirkende

HERAUSGEBERKREIS

Adam Tooze, Isabella Weber, Martyna Linartas, Maurice Höfgen

CHEFREDAKTEUR

Lukas Scholle

REDAKTION

Matthias Ubl, Maxine Fowé, Xenia Miller, Juli Katz, Caro Rübe, Max Hauser, Patrick Kaczmarczyk

KOLUMNISTEN

Thomas Piketty, Mariana Mazzucato, Luisa Neubauer, Achim Truger, Aya Jaff

DESIGN

Markus Stumpf, Cristina Zickert

AUTORINNEN UND AUTOREN

Gregor Semieniuk, Helen Thompson, Viktoria Reich, Gabriel Zucman, Wolfgang Schmidt, Rakeen Mabud, Katja Kipping, Ramona Pop, Steffen Lange, Lara Merling, Lukas Lehner, Jan Frohn



Ideologie

Inflation ist immer und überall ein ökonomischer Machtkampf. Der öffentliche Diskurs um hohe Preise dient derzeit oft den Reichsten.

Von **Adam Tooze**





ADAM TOOZE
ist Herausgeber von *Surplus* und
Professor für Wirtschaftsgeschichte an
der Columbia University in New York.

In einer Rangliste der angsteinflößendsten Begriffe würde »Inflation« heutzutage recht weit oben stehen. Die Debatten über Inflation reichen von düsteren Horrorgeschichten aus der Weimarer Republik bis hin zu Alltagsorgen angesichts der Lebensmittelpreise und Lebenshaltungskosten. Inflation ist für viele Menschen gleichbedeutend mit »Unsicherheit«. Man weiß nie genau, woran man ist: Die Preise steigen. Aber um wie viel? Wo und wann? Und für wen? Steigen auch die Preise für Arbeit, sprich: Gehälter und Löhne?

Selbst Ökonomen sind sich uneins. Milton Friedman, sozusagen der *Godfather* des Monetarismus, vertrat einst die Ansicht, dass Inflation immer und überall ein monetäres Phänomen sei. Aber wenn die Geldmenge größer wird und *alle* Preise symmetrisch mitsteigen, hat das dann reale Auswirkungen? Wenn Ökonomen Zeitreihen von der Inflation bereinigen wollen, sprechen sie oft von nominalem und realem Wert – als wäre die Inflation nicht real. Andererseits betonen sie, Preisstabilität sei eine Tugend. Also spielt etwas, das eigentlich nicht »real« ist, doch eine wichtige Rolle?

Im Alltagsleben dürfte man zu Recht ausgelacht werden, wenn man die Inflation als »lediglich nominal« bezeichnet. Die Krise der Bezahlbarkeit ist real und spürbar. In Deutschland sind die Löhne sowie Sozialleistungen für die unteren Einkommensschichten in den vergangenen Jahren hinter die steigenden Lebenshaltungskosten zurückgefallen. Gleichzeitig haben die an der Spitze einen sprunghaften Zuwachs ihres Vermögens und ihrer Einkommen erlebt. Worauf spekuliert man letztendlich, wenn man reich genug ist, um im großen Stil Immobilien mit Hypotheken zu kaufen? Auf einen Anstieg der Immobilienpreise – und diese sind eine der wichtigen Komponenten bei der Inflation. Steigende Immobilienpreise bringen üppige Gewinne, während die Kreditrückzahlungen gleich bleiben. Ob an der Spitze oder am unteren Ende der sozialen Pyramide: Nominale Veränderungen führen zu realen Veränderungen, wenn auch in gegenläufige Richtungen.

Die Verwirrung um die Inflation

Wie lässt sich die Inflation der Verwirrung um die Inflation entwirren? Die Fakten richtig darzustellen, ist unter anderem wichtig, um das Argument rechter Populisten – seien sie Mainstream oder radikal – zu entkräften, die Schuld für Inflation sei bei gierigen Gewerkschaften, Sozialschmarotzern und verhätschelten Migranten zu suchen. Es steht also viel auf dem Spiel.

Eine radikale Sichtweise kommt in Lenins berühmtem Ausspruch zum Ausdruck, dass, wenn man die bürgerliche Gesellschaft zersetzen wolle, man die Inflation entfesseln müsse. Damit betonte er, dass viele Grundpfeiler der Gesellschaft auf monetären Werten beruhen. Und Inflation stellt diese infrage. Eine dramatische Preisentwicklung nagt am Status quo. Konkret gesagt: Inflation löst einen Verteilungskampf mit unvorhersehbaren Folgen aus. Wie Lenin nur zu gut wusste, begann die Russische

Revolution im Februar 1917 in den Schlangen vor den Brotausgabestellen. Lebensmittelrationierung und -ausgabe sind eine Möglichkeit, in Inflationszeiten ein Mindestmaß an Versorgung zu sichern. Aber sie macht auch die Verteilungsungleichheit schmerzlich deutlich.

Jeder große Klassenkampf in der modernen Geschichte, zurückgehend bis zu Zeiten des Kommunistischen Manifests von 1848, war von Inflation begleitet. Inflation ist praktisch eine Werbeträgerin für die Gewerkschaften: Entweder Du trittst einer Gewerkschaft bei, um für reale Wertsteigerung Deines Lohns zu kämpfen, oder Du wirst zu den Verlierern gehören. Wenn radikale Politik zwischen Inflation und Deflation wählen muss, ist Inflation eindeutig die bessere Option. Aber sie ist auch ein Glücksspiel. Deshalb muss man seine Kämpfe mit Bedacht wählen.

Denn im Vorfeld weiß man nicht, wer die besseren Karten in der Hand halten wird. Manche Inflationsschocks, wie die Hyperinflation der frühen Weimarer Republik nach den enormen Verlusten des Ersten Weltkriegs, haben zwar zu einer Verarmung der gesamten Bevölkerung geführt, aber dabei die Vermögens- und Einkommensverteilung zugunsten der Arbeiterschaft verschoben. Die Inflation der 1970er Jahre war ihrerseits der Auslöser für den letzten großen Klassenkonflikt im Westen. Dieser Kampf endete in den 1980er Jahren mit einer historischen Niederlage der organisierten Arbeiterschaft in der gesamten entwickelten Welt und einer abrupten Wende hin zu stetig wachsender Ungleichheit.

Es zeigt sich: Jede Preisbewegung, ob im kleinen oder großen Rahmen, ist ein Machtkampf. Wer eine Erhöhung der Löhne oder Preise durchsetzen kann, hat Macht. Wenn man hingegen auf der Empfängerseite steht, bedeutet das, dass jemand anders Macht über einen hat. Die Unterscheidung der Ökonomen zwischen real und nominal ist keine reine Statistik;

Der Kampf um den Preis

Jede Preisbewegung, ob lokal oder großflächig, ist ein Machtkampf.



Oben: Auch die Februarrevolution von 1917 begann mit Inflation.

Unten: Milton Friedmans Monetarismus bestimmt bis heute die Inflationspolitik.

es ist ein in Algebra dargestellter gesellschaftlicher Kampf. Die zentrale Frage lautet: Wer hat real dazugewonnen, nachdem abgerechnet wurde, nachdem alle Einnahmen und Ausgaben, Schulden und Kredite, berücksichtigt wurden?

Der Klassenkonflikt um die Preise

Aus machtpolitischer Sicht werden stabile Preise als eine Art Gleichgewicht verstanden, das vielleicht nur vorübergehend, aber dennoch wichtig ist. Das heißt nicht, dass alle Machtkämpfe enden. Es bedeutet lediglich, dass sie sich in andere Bereiche verlagert haben. Oft ist drohende Arbeitslosigkeit eine gewaltige Waffe, mit der Löhne »stabilisiert« werden (siehe Marx' berühmte »Reservearmee«). Man könnte die Phillips-Kurve – die den Zusammenhang zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote sichtbar macht – auch als makroökonomisches Modell verstehen, das Klassenkampf abbildet: Sie zeigt, wie viel Arbeitslosigkeit in einer Gesellschaft in Kauf genommen werden muss, um ein gewünschtes Inflationsniveau zu erreichen.

Oder man kann das Schlachtfeld ganz verändern. In den frühen 2000er Jahren trieb die deutsche Industrie den technologischen Wandel voran und steigerte die Produktivität, während gleichzeitig das Lohnwachstum gedämpft und die drakonischen Hartz-IV-Reformen durchgesetzt wurden. So wurde das Surplus deutlich in Richtung Kapital verschoben sowie ein globaler Wettbewerbsvorteil aufgebaut. Der deutsche Handelsüberschuss stieg sprunghaft an. Die Eurozone geriet aus dem Gleichgewicht. Allerdings blieb die Inflation stabil und der gesellschaftliche Frieden schien gewahrt.

So betrachtet wird klar, warum Konservative Preisstabilität als Selbstzweck betrachten. Eine der ideologischen Säulen ihrer Weltanschauung ist die Behauptung, dass Demokratien gezügelt werden müssen, weil sie sonst die Inflation befeuern könnten. Demokratische Politiker, so die Theorie, »kaufen« gerne Wählerstimmen mit finanzpolitischen Versprechen. Aber sie tun sich schwer mit unpopulären Entschei-

dungen und meiden Steuererhöhungen wie der Teufel das Weihwasser. Konservative gehen daher davon aus, dass höhere staatliche Ausgaben stets durch zusätzliche Schulden finanziert werden. Schulden bedeuten letztendlich Geld drucken – und das führt schließlich zu Inflation. Zu dieser Theorie gehört auch, dass konservative Stimmen systematisch die Vorstellung propagiert haben, der Aufstieg des Nationalsozialismus sei in erster Linie durch die Inflation in der Weimarer Republik zu erklären (die tatsächlich schon 1924 vorbei war, als Hitler noch seine kurze Haftstrafe absaß), und nicht durch die Deflation ab 1929, die tatsächlich den Weg für den Zusammenbruch der damaligen parlamentarischen Ordnung sowie für die Machtergreifung 1933 ebnete.

Nach konservativer Auffassung sind »unabhängige« (also nicht demokratisch legitimierte) Institutionen unerlässlich, um die Demokratie vor inflationstreibenden Versuchungen zu schützen. Die Bundesrepublik ist ein perfektes Beispiel für diese konservative Vision von Demokratie. Faktisch schränken das Bundesverfassungsgericht auf der einen Seite und die

unabhängige Bundesbank auf der anderen den Spielraum der demokratischen Souveränität ein. Mit den Maastrichter Verträgen von 1992 wurde das deutsche Modell auf die gesamte Eurozone ausgeweitet. Die unabhängige EZB hat nur ein Ziel: Preisstabilität. Infolgedessen sprechen europäische Zentralbanker ganz ungeniert von Lohn-Preis-Spiralen als geradezu tödlicher Bedrohung, als wäre es nicht logisch und verständlich, dass arbeitende Menschen eine Anpassung ihrer Löhne an alle anderen Preise fordern. Ebenso wird als selbstverständlich angesehen, dass die Kosten für die Beendigung eines allgemeinen Preisanstiegs (inklusive der Lohnkosten) in erster Linie von Löhnen und Gehältern getragen werden müssen, statt von denen, die Gewinne einstreichen.

Die Grundprämissen dieser konservativen Weltanschauung sind merkwürdig. Entgegen ihrer Annahme, dass alle Demokratien zu Schulden und Inflation neigen, sind große Inflationsschübe in Wirklichkeit selten. Die wirklich massiven Inflationen waren meist auf Kriege oder den Zusammenbruch von Staaten zurückzuführen. Doch selbst moderate Preis-

Preisstabilität hat zweifellos ihre Vorzüge, aber wir sollten ihren inhärenten kon- servativen Bias erkennen.

schocks lösen schnell Proteste aus. Ein fester Kern konservativer Wähler spricht sich dann aus Gewohnheit für Austerität aus. Im Gegensatz dazu gab es eine Zeit in den frühen 1970er Jahren, als ein gemäßigter Sozialdemokrat wie Helmut Schmidt vor einem Gewerkschaftspublikum zuversichtlich sagen konnte, jeder im Saal würde eine milde Dosis Inflation einem Anstieg der Arbeitslosigkeit vorziehen.

Diese Zeiten sind längst vorbei. Heute vertraut kaum noch jemand darauf, dass die Gewerkschaften Lohnanpassungen erzwingen und so steigende Preise ausgleichen können. Folglich gewinnt man selbst bei progressiven Menschen Wahlen, indem man stattdessen verspricht, die Lebenshaltungskosten anzugehen. Angesichts des Energiepreisschocks durch den Ukraine-Krieg 2022 wurden europaweit Hunderte Milliarden ausgegeben, um die Haushalte finanziell zu entlasten. Da es politisch brisant wäre, diese Ausgaben durch sofortige Steuererhöhungen zu refinanzieren, und da die europäischen Regierungen über reichlich finanzpolitischen Spielraum verfügen, wurden die Energiepreismaßnahmen über Schulden finanziert. Das veranlasst dann die Konservativen, eine neue Front zu eröffnen. Sie sind besorgt, dass »unverantwortliche Politik« die Inflation anheizt und in diesem Zuge der Realwert von Kreditschulden schrumpft. Das höfliche Wort dafür, das man derzeit in Finanzkreisen hinter vorgehaltener Hand flüstert, lautet »finanzielle Repression«. Damit ist die Aussicht gemeint, es könne so weit kommen, dass die Inflation die Zinssätze übersteigt und so den Realwert von Finanzanlagen schleichend mindert.

Hier ist die Asymmetrie deutlich spürbar: Die Forderung nach Reallohnzurückhaltung angesichts von Preissprüngen (also eine faktische Kürzung der Realeinkommen) ist völlig normaler Politikjargon. Der Vorschlag hinge-



gen, dass Gläubiger eine Verringerung des realen Werts ihrer Kreditforderungen hinnehmen sollten, gilt als absurder Radikalismus, der die Welt auf einen gefährlichen Weg in Richtung Katastrophe führt.

Wenn man die politische Rhetorik beiseitelässt und mit Insidern auf dem Anleihe- markt spricht, wägen diese die Möglichkeiten in Wirklichkeit nüchtern ab; viele sehen tatsächlich keine vernünftige Alternative, als ein gewisses Maß an »Finanzrepression« zuzulassen. Übertriebene Angstmacherei mit Blick auf eine vermeintliche Panik am Anleihenmarkt gehört zum klassischen Repertoire konservativer Schreckenspropaganda.

Wege zu einer vernünftigen Inflationpolitik

Wie könnte angesichts all dieser überzogenen Behauptungen eine vernünftige, progressive Inflationpolitik – also eine Politik in Bezug auf Löhne und Preise – aussehen?

Die Prioritäten dürften klar sein: Den Lebensstandard der am wenigsten Begünstigten verteidigen und verbessern; schmerzhaft soziale und ökonomische Kompromisse vermeiden, die Fremdenfeindlichkeit und Sündenbockdenken schüren; Schocks abfedern, um Unsicherheiten für die am stärksten Gefährdeten zu vermeiden; und gleichzeitig das Gemeinwohl stärken sowie langfristige Projekte in Bereichen wie Energiewende und Innovation ermöglichen.

Um solche expansiven Projekte angesichts der toxischen Inflationpolitik des Mainstreams zu sichern, bedarf es einer Ideologiekritik. Inflationspanikmache ist fatal. Es gibt – manche würden vielleicht sagen: leider – keine Anzeichen für eine außer Kontrolle geratene Lohn-Preis-Dynamik wie in den 1970er Jahren. Das durch den Neoliberalismus geschaffene Kräfteverhältnis begünstigt das Kapital enorm gegenüber der Arbeiterschaft, ob organisiert oder nicht. Die 1970er Jahre als Quell für Ängste in den 2020er Jahren heranzuziehen, ist der Gipfel des Zynismus.

Anstatt Tabus zu akzeptieren, sollten wir alle politischen Instrumente als legitim betrachten, um die besagten grundlegenden Ziele zu erreichen. Angesichts der Polykrise und des Aufstiegs des Rechtspopulismus können wir es uns nicht leisten, mit unseren Forderungen schüchtern und zurückhaltend zu sein. In diesem Zusammenhang sind Fragen nach institutionellen Strukturen wie der Unabhängigkeit der EZB pragmatisch zu betrachten, statt als ideologische Totems.

Preisstabilität hat zweifellos ihre Vorzüge, aber wir sollten ihren inhärenten konservativen Bias erkennen. Die Wirtschaft auf Hochtouren zu bringen – im konservativen Sprech also »eine Inflation riskieren« – ist unter vielen Umständen der Schlüssel dazu, die Ver-

handlungspositionen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und den am stärksten benachteiligten Menschen Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen. Wenn wir es mit der Energiewende und umfassenderen Innovationsprogrammen ernst meinen und eine zunehmend diverse Gesellschaft zum Funktionieren bringen wollen, ist qualitativ hochwertiges sowie nachhaltiges Wachstum unerlässlich. Die grundlegende Ausrichtung einer progressiven Politik sollte daher darin bestehen, der Erpressung mit der Begründung »Stabilität« entgegenzutreten. Und wenn es negative Nebenwirkungen geben sollte, zum Beispiel in Form von stark steigenden Preisen, muss überlegt werden, wie man diese angeht, anstatt gänzlich von Maßnahmen abzusehen.

Die gesamte Bandbreite an politischen Strategien, um Löhne, Preise, Einkommen, Vermögen und Gewinnverteilung anzupassen, sollte offen zur Debatte stehen. Es kann durchaus gute Gründe geben, in die Preisgestaltung und private Investitionsentscheidungen einzugreifen. In jedem Fall sollten die übergeordneten Ziele im Blickfeld stehen: Wie könnten sich Preiskontrollen oder makroökonomische Maßnahmen auswirken und in welchem Umfang? Wie dringend ist die Intervention? Wie könnte sie die politische Debatte verändern? Können Progressive mit einer solchen Politik punkten? Zohran Mamdani's Ansatz in New York City, bei dem der Fokus konsequent auf Mieten sowie Kosten für den öffentlichen Nahverkehr und Kinderbetreuung liegt, ist ein ebenso wichtiger wie lehrreicher Präzedenzfall.

Die politischen Ansätze innerhalb der Eurozone müssen sowohl europäisch als auch national, regional und lokal sein. Eine Politik auf Kosten der Nachbarn, wie sie von den deutschen Bundesregierungen in den 2000er- und 2010er-Jahren betrieben wurde, ist nicht hinnehmbar. Die Ungleichgewichte in Europa sind real und lassen sich kurzfristig nicht beseitigen. Europäische Maßnahmen, die in den schwächsten Regionen der Eurozone deflationäre Abwärtsspiralen auslösen, sollten nicht mehr akzeptiert werden. Wenn das bedeutet, dass die dominierenden Volkswirtschaften innerhalb der Eurozone etwas höhere Inflationsraten in Kauf nehmen müssen, wäre das zu begrüßen. Auch hier sollte die Frage lauten: Wie weiter? Welche Maßnahmen sind notwendig, um die existierenden Wachstumszentren Europas weiterhin lebensfähig zu machen – zu gerechten und nachhaltigen Bedingungen?

Die europäische Verschuldung insgesamt gibt kaum Anlass zur Sorge. Finanzrepression, also eine etwas höhere Inflation zu nutzen, um den realen Wert von Finanzvermögen zu »besteuern«, sollte hingegen als eine wirtschaftspolitisch gangbare Option verstanden werden. ●

The title is surrounded by ten dark, glossy oil droplets arranged in a circular pattern around the text.

Die Welt braucht einen Club der Ölkäufer



ISABELLA WEBER
ist Herausgeberin von *Surplus*
und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der University of
Massachusetts Amherst.

GREGOR SEMIENIUK
ist Associate Professor an
der School of Public Policy
und dem Department of
Economics der University of
Massachusetts Amherst.

Import Der volatile Rohölmarkt diktiert die Preise. Dabei könnten die Importländer ihre enorme Macht als Käufer nutzen, um die Kosten zu stabilisieren.
 Von **Isabella Weber** und **Gregor Semieniuk**

Die US-Blockade in der Straße von Hormus – zusätzlich zu den iranischen Durchfahrtsbeschränkungen – verschärft die globale Energiekrise weiter. Sollten neben den Energieexporten der Golfstaaten auch die des Iran gestoppt werden, würden fast 25 Prozent des vor dem Krieg gehandelten Rohölvolumens auf den Weltmärkten fehlen. Die Auswirkungen sind bereits spürbar: Länder in Asien und Afrika sehen sich einem sich verschärfenden Energiemangel gegenüber – und damit einer drohenden Kettenreaktion in den Lebensmittelsystemen, im Transportwesen und in der Industrieproduktion.

In einer Krise dieser Größenordnung kann es gefährliche ökonomische Folgen haben, wenn man zulässt, dass die Marktpreise das knappe Angebot rationieren: Länder mit hohem Einkommen würden diejenigen mit niedrigem Einkommen überbieten. Die Reichen würden ihren Energieverbrauch beibehalten; die Armen würden sich den Zugang nicht mehr leisten können. Diese Prognose ist keine Spekulation. Vielmehr haben wir genau das bei wichtigen medizinischen Hilfsgütern während der Coronavirus-Pandemie sowie auf den Energiemärkten 2022 beobachten können. Volatile Preise, angetrieben durch Spekulation und geopolitische Unsicherheit, wecken eine Art »animalischen Instinkt«, ein Kampf aller gegen alle. Leidtragende sind die Schwachen und Armen.

Doch die Krise schafft auch eine Chance. Der Zerfall der alten internationalen Wirtschaftsordnung hat dem Globalen Süden Räume eröffnet, um gemeinsam und konstruktiv zu handeln. Wir wollen hier einen Ölkäufer-Club vorschlagen: einen multilateralen Koordinierungsmechanismus, um die Ölpreise zu deckeln, die knappen Vorräte gerecht zu verteilen und die schlimmsten ökonomischen Folgen des Energieschocks abzuwenden. Er ist zugleich ein Beitrag zum umfassenderen Projekt einer »Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung« (New International Economic Order, NIEO); eine konkrete Institution, durch die Regierungen des Südens kollektive Macht auf den globalen Rohstoffmärkten ausüben können.

Was Märkte tun – und warum das nicht hinnehmbar ist

Bei einer Verteilung über den Markt wird die Versorgungslücke von rund zwölf Prozent des geförderten Rohöls (und fast einem Viertel des üblicherweise gehandelten Rohöls) überproportional diejenigen treffen, die am wenigsten in der Lage sind, zu bezahlen. Mehrere Faktoren verschärfen diesen Versorgungsschock zusätzlich.

So können Raffinerien nicht unter einer Kapazitätsauslastung von etwa 60 Prozent betrieben werden. Wenn importabhängige Raffinerien über dieser Schwelle hinaus kein Rohöl

mehr bekommen (und ihre Vor-Ort-Reserven zur Neige gehen), wird das Angebot an Raffinerieprodukten auf null sinken, was wiederum den Transport und die petrochemische Produktion zum Erliegen bringt. Es kommt zu einem Domino-Effekt: Eine Wirtschaft, der es an Treibstoff mangelt, kann keine Nahrungsmittel ernten, produzieren, verarbeiten oder ausliefern; das Gleiche gilt für diverse andere Produkte.

Viele Entwicklungsländer verfügen derzeit über Raffinerieprodukt-Reserven von weniger als einem Monat.

Nicht alle Länder haben Raffinerien. Da große Produzenten Exportbeschränkungen für Raffinerieprodukte verhängen – Russland hat beispielsweise im April seine Benzinexporte ausgesetzt –, stehen importabhängige Volkswirtschaften vor dem Abgrund. Die humanitären Folgen einer marktorientierten Verteilung unter derartigen Bedingungen sind eine Frage von Leben und Tod. Und erneut werden diejenigen am härtesten getroffen, die am wenigsten Verantwortung für die Krise tragen.

Unser Vorschlag: Ein Club der Ölkäufer

Anstatt zuzulassen, dass Panik auf den Märkten die Verteilung und Preisgestaltung bestimmt, braucht die Welt multilaterale Koordination. Das beinhaltet eine Preisobergrenze auf den globalen Ölmärkten, verbunden mit einem fairen Zuteilungsmechanismus, der die am stärksten gefährdeten Länder besonders schützt. Wir schlagen als institutionelles Instrument daher einen Ölkäufer-Club vor – ein Bündnis aus Netto-Importländern, das gemeinsam seine Marktmacht einsetzt, um einen Höchstpreis festzulegen und durchzusetzen.

Die Rechnung ist einfach. 2023 kauften die Nettoimporteure etwas mehr als 80 Prozent des weltweit gehandelten Rohöls. Zusammen bilden sie ein Monopson – das nachfrageseitige Äquivalent eines Monopols. Ein ausreichend inklusiver und koordinierter Käuferclub kann den Preis, zu dem Öl gehandelt wird, effektiv festlegen. Allein auf die EU und das Vereinigte Königreich entfallen 23 Prozent der weltweiten Rohölimporte, und sie haben unter Beweis gestellt, dass sie im Notfall in den Markt intervenieren können – wie bei der europäischen Gaspreisobergrenze im Jahr 2022. Wenn man China, mit einem Anteil von 23 Prozent der weltweit größte Ölimporteur, mit ins Boot holt, ist der Mechanismus bereits nahezu flächendeckend. Doch selbst ohne China würde eine Allianz aus der EU, den großen asiatischen Importeuren und den Ländern des Globalen Südens über beträchtliche Marktmacht verfügen.

Die Preisobergrenze des Clubs müsste auf einem Niveau festgelegt werden, das für Exporteure attraktiv bleibt – etwa 100 Dollar pro Barrel –, also deutlich über den Produktions-



Öltanker im Hafen von Colombo, Sri Lanka.



Links: Ein indischer Arbeiter verstreut Düngemittel. Rechts: Zuckerproduktion in Angola. Unten: Schon der Ukrainekrieg erzeugte einen Energieschock.

kosten der meisten Exporteure, aber weit unter den aktuell gezahlten Krisenpreisen (Sri Lanka zahlte kürzlich 286 Dollar pro Barrel; europäische Käufer zahlten 150 Dollar für Nordsee-Rohöl). Die Allokation der Ölmengen unter den Mitgliedern würde einem einfachen Prinzip folgen: Länder mit niedrigem Einkommen behalten ihr Importniveau aus der Zeit vor Beginn des Kriegs im Iran bei; der verbleibende Importpool wird den Ländern proportional zu ihren Vorkriegsimporten zugeteilt (in der Praxis heißt das: Bei den derzeitigen Produktengpässen würden alle Mitglieder ihre Importe um knapp 25 Prozent reduzieren). Kein Land leidet unverhältnismäßig; ebenso wenig erlangt ein Land einen Windfall-Vorteil; und alle Mitglieder profitieren von zwar erhöhten, aber immerhin vorhersehbaren Preisen.

Raffinerien innerhalb des Staaten-Clubs wäre es untersagt, von unerwarteten Übergewinnen zu profitieren. Sie wären verpflichtet, raffinierte Produkte – Diesel, Flüssiggas und andere – zu den vor der Krise geltenden Margen anzubieten, wenn sie an andere Clubmitglieder verkaufen. Clubmitglieder würden sich außerdem verpflichten, das Vorkriegsniveau der Exporte von raffinierten Produkten untereinander beizubehalten. Der Käuferclub könnte auch auf raffinierte Ölprodukte ausgeweitet werden, die aus Nicht-Mitgliedsländern importiert werden. Dafür bräuchte es allerdings eine Analyse der einzelnen Produkte.

Den Club vergrößern

Der Käuferclub ist nicht nur für Importeure gedacht. Auch Exportländer können triftige Gründe für eine Clubmitgliedschaft haben.

Schließlich sind viele Nettoexporteure von Rohöl gleichzeitig Nettoimporteure von raffinierten Produkten. Angola und Ecuador beispielsweise exportieren Rohöl, sind aber auf Kraftstoffimporte angewiesen. Wenn sie durch diese Importe ohnehin bereits der Preisobergrenze unterliegen, haben sie durch einen formellen Beitritt zum Käuferclub kaum Nachteile – und gewinnen sogar in Form von Versorgungssicherheit und Preisvorhersehbarkeit für raffinierte Produkte. Staaten, die bereits an Clubmitglieder mit Preisobergrenze exportieren, könnte im Gegenzug für die Beibehaltung ihrer Exportquoten an den Club bevorzugter Zugang bei der Allokation von raffinierten Produkten angeboten werden.

Im Allgemeinen können Exportländer einen hohen Preisdruck im Inland verspüren, selbst wenn sie Nettoexporteure sind. Siehe USA: Die Vereinigten Staaten verzeichnen derzeit hohe Benzin- und Dieselpreise, obwohl sie Nettoexporteur sind. Das liegt daran, dass die Inlandspreise an die globalen Märkte gekoppelt sind. Eine Anbindung an den internationalen Clubpreis würde somit auch für Preisstabilität im Inland sorgen.

Der Club sollte zudem eine Preisuntergrenze einführen – beispielsweise 65 Dollar pro Barrel –, um den Exporteuren eine bessere Vorhersehbarkeit ihrer Einnahmen und mehr Planungssicherheit zu bieten. Diese Untergrenze

Anstatt zuzulassen, dass Panik auf den Märkten die Verteilung und Preisgestaltung bestimmt, braucht die Welt multilaterale Koordinierung.



ze könnte in Langzeitlieferverträge integriert werden. So wird für Exporteure eine stabile Einnahmebasis gesichert, die für die Gestaltung der Energiewende nach ihren eigenen Vorstellungen unerlässlich ist.

Der Ölkäufer-Club als Institution einer neuen Ordnung

Die aktuelle Krise erfordert sofortige Gegenmaßnahmen. Doch der Ölkäufer-Club ist mehr als das: Er bietet ein Modell für den Aufbau von Institutionen, die für eine neue internationale Wirtschaftsordnung erforderlich sind.

Das sogenannte Aktionsprogramm zum Aufbau einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (das nach zweijährigen Beratungen der Havanna-Gruppe entwickelt und zum 50. Jahrestag der ursprünglichen NIEO vorgestellt wurde) identifiziert Rohstoffverkäufer-Clubs als ein Schlüsselinstrument zur Stärkung der Macht des Globalen Südens. Diese Clubs sind Organisationen zur wirtschaftlichen Koordination zwischen Rohstoffexporteuren, die Preise stabilisieren, die Verhandlungsposition verbessern und die Erträge aus dem Rohstoffreichtum in die Entwicklung lenken könnten. Der Ölkäufer-Club ist eine Ergänzung dazu; eine Vereinigung von Rohstoffkäufern, die kollektive Monopsonmacht im Interesse einer gerechten Verteilung ausübt, statt auf Markthierarchien zu bauen.

Grundlegender noch verkörpert der Käuferclub eines der tragenden Prinzipien der NIEO: das der multilateralen internationalen Hilfe, die die Kluft zwischen Nord und Süd überwinden und eine Win-Win-Situation für alle schaffen kann. Mit seiner gemeinsamen Organisation von Importeuren aus Nord und Süd ersetzt er das Gesetz des Dschungels durch ein Prinzip der Solidarität. Er zeigt auf, dass die



Die Phasen der Inflation

Kosten einer Krise, die durch geopolitische Konflikte und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verursacht wird, entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit geteilt werden müssen – und nicht von der Fähigkeit bestimmt werden, andere zu überbieten.

Der Käuferclub trägt zudem zum NIEO-Ziel von »Rohstofflagern« (Commodity Buffer Stocks) bei, ein multilaterales System zur Stabilisierung der Preise für lebenswichtige Rohstoffe. Dieses System schützt Produzenten und Verbraucher gleichermaßen vor der Volatilität, die derzeit die Volkswirtschaften des Globalen Südens ruiniert. Die für den Preisunter- und -obergrenzenmechanismus eines Käuferclubs erforderliche Koordination könnte auch den Boden für solche multilateralen Lager bereiten.

Die mit einem Käuferclub erzielten Einsparungen (im Vergleich zu Marktpreisen in Krisenzeiten) sollten in den raschen Ausbau kostengünstiger, CO₂-armer Alternativen reinvestiert werden. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Elektrifizierung sollten beschleunigt werden. Der öffentliche Nahverkehr sollte kostenlos sein oder zumindest stark subventioniert werden. Es sollten nationale Energiesparprogramme umgesetzt werden, die demokratisch gestaltet sind, um sowohl Grundbedürfnisse als auch die Leistungsfähigkeit der Industrie zu gewährleisten. Die aktuelle Krise ist eine komprimierte Version der größeren Herausforderungen in Sachen Energiewandel – und der Käuferclub ist ein Mechanismus, um die Kosten der Verknappung gerecht zu verteilen sowie gleichzeitig die institutionelle Basis für eine andere Energie-Zukunft zu schaffen.

Zeit, gemeinsam zu handeln

Ein ähnliches System zur Allokation von Rohstoffen wurde während des Ersten Weltkriegs für die Alliierten umgesetzt. Die Idee ist also nicht neu. Die Europäische Union sollte als Vertreterin der reichsten Staaten der Welt die Führung übernehmen. Doch gerade die Länder des Globalen Südens – deren Bevölkerung am stärksten von den Folgen einer auf dem Markt basierenden Ressourcenverteilung betroffen ist und deren gemeinsames Importvolumen eine entscheidende Rolle spielt – haben das größte Interesse am Erfolg des Ölkäuferclubs. Und somit allen Grund, sich dafür einzusetzen.

Kolumbien und die Allianz, die sich in Bogotá zur Konferenz Economy for Life treffen, sind in einer guten Position, einen solchen Aufruf zu starten. Der Käuferclub ist ein konkreter Vorschlag, der als Notfallmaßnahme ausverhandelt und aufgebaut werden kann. Er würde den Weg für einen neuen Multilateralismus in der Weltwirtschaft ebnen. ●

Dein Feed Jetzt die neuesten Texte von **ISABELLA WEBER** direkt ins Postfach bekommen: surplusmagazin.de/autoren/isabella-weber



Phase 1 Ruhe vor dem Sturm

Am Anfang steht oft eine Phase der scheinbaren Ruhe: Die Preise bewegen sich kaum, die Kosten sinken sogar leicht – und die Unternehmen verdienen gut. Doch diese Stabilität ist historisch fast nie von Dauer.



Phase 2 Impuls

Ein externer Schock – etwa steigende Rohstoffpreise oder unterbrochene Lieferketten – trifft die Wirtschaft. Vor allem in den vorgelagerten Sektoren, zum Beispiel in der Energiebranche oder der Landwirtschaft, schießen Profitmargen, Kosten und Preise nach oben. Die Teuerung beginnt nicht überall gleichzeitig, sondern an bestimmten neuralgischen Punkten.



Phase 3 Verstärkung

Darauf folgt die Weitergabe und Verstärkung. Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette geben die höheren Kosten weiter – oft nicht nur eins zu eins. Wo Engpässe herrschen, wächst die Marktmacht, und Profitmargen können verteidigt oder ausgebaut werden. Inflation breitet sich über eine Profit-Preis-Spirale aus und gewinnt an Dynamik.



Phase 4 Die Spirale dreht sich weiter

Am Ende steht der Konflikt. Beschäftigte versuchen, die gestiegenen Preise durch höhere Löhne auszugleichen. Gelingt das, müssen die Unternehmen die Senkung ihrer Margen akzeptieren – oder sie geben die Kosten wieder weiter. So kann sich die Spirale aus Preisen und Löhnen ein weiteres Mal drehen.

Was tun?

Der Staat kann gezielt eingreifen, um die Dynamik zu bremsen: Schlüsselpreise werden temporär stabilisiert, überhöhte Margen begrenzt und besonders betroffene Haushalte entlastet; zugleich koordinieren Politik, Unternehmen und Gewerkschaften den Verteilungskonflikt, damit sich die Inflationsspirale nicht weiterdreht.

Preisschock

Neuer Schock, alte Fehler

Regierung und Zentralbank beweisen, dass sie aus dem letzten Energiepreisschock nichts gelernt haben. Das ist wirtschaftlich fatal – und zahlt bei der AfD ein.

Von **Maurice Höfgen**



MAURICE HÖFGEN
ist Ökonom, Publizist und Herausgeber von Surplus.

Die Inflation ist zurück. Oder besser gesagt: Die Schlagzeilen über die Inflation sind zurück. Denn was sich infolge des Irankriegs derzeit auf den Energie- und Rohstoffmärkten abzeichnet, ist nicht die Rückkehr jener gefürchteten Inflation, vor der konservative Ökonomen seit Jahrzehnten warnen. Es ist erneut ein externer Preisschock.

Wieder steigen Öl- und Gaspreise nicht, weil die deutsche Wirtschaft überhitzt wäre, Beschäftigte zu hohe Löhne durchgesetzt hätten oder der Staat angeblich zu viel Geld ausgibt. Sondern weil eine geopolitische Eskalation die Preise fossiler Energie nach oben treibt. Besonders die Straße von Hormus – jene Meerenge, durch die rund ein Fünftel des globalen Ölhandels läuft – wird zum Nadelöhr der Weltwirtschaft. Das klingt zunächst nach einer technischen Unterscheidung. Tatsächlich ist es aber der entscheidende ökonomische Unterschied – und zwar deshalb, weil davon abhängt, welche Politik sinnvoll ist und welche die Krise nur verschärft.

Erst das Benzin, dann die Butter

Die gefürchtete Inflation, vor der Ökonomen und Zentralbanker traditionell warnen, beschreibt einen dauerhaften allgemeinen Preisanstieg. Typischerweise entsteht so etwas dann, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über längere Zeit stärker wächst als das Angebot. Unternehmen können dauerhaft höhere Preise verlangen, Gewerkschaften setzen höhere Löhne durch, diese höheren Löhne treiben wiederum Preise – die klassische Lohn-Preis-Spirale. In einem solchen Szenario ergibt es zumindest theoretisch (halbwegs) Sinn, dass Zentralbanken die Nachfrage mit höheren Zinsen bremsen oder Staaten ihre Ausgaben zurückfahren.

Ein externer Energiepreisschock funktioniert dagegen völlig anders. Hier steigen die Preise nicht wegen einer überhitzten Binnenwirtschaft, sondern obwohl die Wirtschaft schwach ist. Der Auslöser kommt oft von außen: durch Krieg, Sanktionen, Lieferketten-

probleme oder geopolitische Unsicherheit. Zunächst steigen die Importpreise für Öl und Gas. Danach verteuern sich Energie und Transportkosten für Unternehmen. Erst steigen die Erzeugerpreise, dann die Großhandelspreise – und irgendwann landen die Preisanstiege in den Supermarktregalen.

Genau deshalb fühlt sich ein Preisschock für Verbraucher trotzdem wie Inflation an: Lebensmittel werden teurer, Strom kostet mehr, die Heizkosten steigen. Aber ökonomisch bleibt der Unterschied entscheidend. Denn ein Preisschock beschreibt keine dauerhaft sich selbst verstärkende Dynamik. Wenn sich die Lage entspannt und Energiepreise wieder sinken, gehen auch die vorgelagerten Preise zurück. Anders als bei einer echten Inflation verschwindet der Preisdruck also wieder, sobald der externe Schock nachlässt. Wie etwa die Gas- und Strompreise, nachdem Deutschland russisches Gas durch anderes ersetzen konnte. Darum ist die politische Reaktion so entscheidend. Wer einen externen Preisschock behandelt wie eine klassische Inflation, bekämpft die falsche Ursache – und verschlimmert die wirtschaftliche Schwäche zusätzlich.

Regierung im Blindflug

Genau das passiert gerade wieder. Die Bundesregierung handelt, als hätte sie aus 2022 kaum etwas gelernt. Statt eines großen Entlastungspakets, das die Binnenwirtschaft rettet und die Menschen vor Preisspitzen schützt, gibt es nur Klein-Klein-Maßnahmen. Wie etwa den Tankrabatt. Der ist bei nüchterner Betrachtung übrigens längst nicht so schlecht, wie er in der öffentlichen Debatte gemacht wird. Er wird zum Großteil weitergegeben, er entlastet die breite Mitte absolut und relativ am stärksten. Und er ist gute Symbolpolitik. Denn Inflation ist nicht nur eine volkswirtschaftliche Kennzahl, sondern ein Alltagsgefühl. Der Tankrabatt lindert den Schmerz da, wo er entsteht: an der Zapfsäule. Genau solche sichtbaren Eingriffe stabilisieren in Krisen auch Erwartungen und Vertrauen.

Das Problem ist also nicht, dass die Regierung den Tankrabatt neu aufgelegt hat. Das Problem ist, dass sie fast nichts anderes gemacht hat. Während der Fokus auf der Zapfsäule liegt, steigen bald auch Strom-, Gas- und Lebensmittelpreise – und dort passiert praktisch nichts. Dabei läge eine der wichtigsten Maßnahmen auf der Hand: Die alten Strom- und Gaspreisbremsen müssten sofort als Sicherheitsnetz reaktiviert werden. Nicht erst dann, wenn die Preise vollständig explodieren, sondern präventiv. Die alten Preisdeckel von 12 Cent pro Kilowattstunde Gas und 40 Cent für Strom würden den Staat aktuell kaum etwas kosten, weil die Marktpreise vielerorts noch deutlich darunter liegen. Aber sie würden Haushalten und Unternehmen Sicher-

heit geben. Genau darum geht es in Krisenzeiten: Erwartungen stabilisieren, Kaufkraft absichern und verhindern, dass aus Unsicherheit Investitions- und Konsumzurückhaltung wird.

Besonders absurd ist in diesem Zusammenhang die Debatte um den Krisenbonus. Der Bundesrat hat den Bonus kassiert, weil die Bundesregierung sich nicht um eine Finanzierung für die Länder gekümmert hat. Peinlich schlechtes Regierungshandwerk, kann man da nur sagen. Noch schlimmer aber: Die Bundesregierung kümmert sich jetzt nicht mal um Alternativen. Unterstützung für kleine und mittlere Einkommen wäre ökonomisch sinnvoll, weil genau diese Haushalte am stärksten unter Energie- und Lebensmittelpreisen leiden. Eine gute Maßnahme wäre etwa die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel auf null zu senken. Das wäre eine zielgenaue und zugleich politisch sichtbare Entlastung.

Denn auch hier gilt: Menschen erleben Preissteigerungen vor allem an der Supermarktkasse. Eine Null-Prozent-Mehrwertsteuer auf Lebensmittel würde genau dort ansetzen, wo der Inflationsschmerz gesellschaftlich entsteht. Kleine Einkommen würden überproportional profitieren, weil sie einen deutlich größeren Teil ihres Budgets für Lebensmittel ausgeben. Und noch etwas wird in der Debatte oft vergessen: Die Mehrwertsteuer wirkt bei

Preisschocks wie ein automatischer Brandbeschleuniger. Wenn Preise steigen, steigen automatisch auch die Steuereinnahmen des Staates mit. Der Staat verdient also an der Krise mit. Eine temporäre Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wäre deshalb nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sondern auch eine Frage staatlicher Verantwortung.

Schwarz-Rot wiederholt Ampel-Fehler

Doch die Bundesregierung scheint vor allem Angst davor zu haben, zusätzliche Nachfrage zu erzeugen. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche warnte auf der Pressekonferenz zur neuen Wirtschaftsprognose sinngemäß davor, ein Konjunkturprogramm könne die Preise weiter antreiben. Das ist ökonomisch schlicht falsch. Denn das Problem ist gerade nicht die inländische Nachfrage. Deutschlands Wirtschaft steckt seit Jahren in einer Wachstumsschwäche. Industrieproduktion, Konsum und Investitionen entwickeln sich schleppend. Die Preissteigerungen kommen von außen – über Öl, Gas, Düngemittel und andere globale Rohstoffmärkte. Wer in so einer Situation öffentliche Investitionen und Entlastungen unterlässt, bekämpft keinen Inflationsdruck. Er verschärft lediglich die wirtschaftliche Schwäche.

An der Stelle sei der Vorgänger von Katherina Reiche erwähnt: Robert Habeck. Als ich Anfang 2025 in einem Interview mit dem

Wer einen externen Preisschock behandelt wie eine klassische Inflation, bekämpft die falsche Ursache.





270 Mrd. Euro

zusätzliche Einnahmen wurden den Privatbanken im Euroraum zwischen 2022 und 2024 durch die Zinserhöhungen der EZB beschert.

Quelle: Paul De Grauwe, Yuemei Ji

ehemaligen Wirtschaftsminister über die Fehler der Ampel sprach, fiel seine rückblickende Analyse erstaunlich klar aus. Nach Beginn des Ukrainekriegs, spätestens im Herbst 2022, hätte ein großes Konjunkturprogramm kommen müssen, so Habeck. Etwa »ein Kaufprogramm für E-Autos made in Europe oder ein richtig großes Programm für den sozialen Wohnungsbau«. Dass all das ausgeblieben ist, sei der »entscheidende ökonomische Kardinalfehler« der Ampel gewesen. Und Habeck hat recht. Die eigentliche Lehre aus Energiepreisschocks lautet nicht Sparen, sondern Unabhängigkeit. Europa muss raus aus der fossilen Abhängigkeit.

Und die Zentralbank?

Immerhin ist das auch bei der EZB-Präsidentin Christine Lagarde angekommen. Anders als der deutsche Bundesbankchef Joachim Nagel scheint sie verstanden zu haben, dass die eigentliche Inflationsbekämpfung langfristig in der Transformation liegt: Erneuerbare Energien, stabile Strompreise und geringere Importabhängigkeit. Solange Europas Wohlstand an fossilen Importen hängt, bleibt jede geopolitische Eskalation ein direkter Angriff auf die Preisstabilität.

Umso absurder wirkt die deutsche Debatte. Während Lagarde die richtigen Schlüsse zieht, blockiert Wirtschaftsministerin Reiche mit ihrer gasfreundlichen Politik faktisch genau jene Transformation, die Europa widerstandsfähiger machen würde. Neue fossile Abhängigkeiten werden als Versorgungssicherheit verkauft. Tatsächlich verlängern sie nur die Verwundbarkeit.

Noch problematischer ist allerdings die Rolle der Bundesbank. Deren Präsident Joachim Nagel fordert erneut Zinserhöhungen und hält an der Vorstellung fest, die EZB könne die Inflation über höhere Zinsen kontrollieren. Doch wie genau sollen höhere Kreditzinsen die Straße von Hormus öffnen? Wie sollen sie Ölpreise senken, die wegen eines Krieges steigen? Die Vorstellung, man könne geopolitische Energieschocks mit geldpolitischer Härte bekämpfen, ist ignoranter Dogmatismus.

Hinzu kommt ein strukturelles Problem: Die EZB achtet traditionell deutlich weniger auf Wachstum und Beschäftigung als etwa die

amerikanische Fed. Während die US-Notenbank ein Doppelmandat hat – Preisstabilität und Vollbeschäftigung –, ist die europäische Geldpolitik obsessiv auf Inflation fixiert. Das führt in Krisenzeiten regelmäßig zu einer gefährlichen Asymmetrie: Preissteigerungen werden aggressiv bekämpft – auch zulasten der (ohnehin schon schlechten) Konjunktur, wirtschaftliche Schwäche dagegen erstaunlich gleichgültig hingenommen.

Der Iran ist ein Notfall für die Schuldenbremse

Und genau diese Gleichgültigkeit prägt inzwischen auch die Fiskalpolitik. Die SPD hätte spätestens jetzt offensiv die Notlagenklausel der Schuldenbremse auf die Tagesordnung setzen müssen. Stattdessen formuliert Fraktionschef Matthias Miersch nur vorsichtige Andeutungen, während Finanzminister Lars Klingbeil sich komplett zurückhält. Gleichzeitig trägt die SPD Sozialkürzungen mit – von Elterngeld über Gesundheit bis zum Bürgergeld –, weil der Haushalt sonst nicht mehr in die Logik der Schuldenbremse passt.

Das ist ökonomisch fatal. Denn wenn externe Preisschocks die Kaufkraft schwächen und der Staat gleichzeitig Sozialleistungen kürzt, bricht die Binnennachfrage zusätzlich ein. Unternehmen investieren noch weniger, Konsumenten halten ihr Geld zusammen, die wirtschaftliche Schwäche verstetigt sich. Genau das erlebt Deutschland seit Jahren: eine Mischung aus Investitionsschwäche, Reallohnverlusten und fiskalischer Selbstblockade.

Die eigentliche Tragik ist dabei politisch. Denn viele Menschen erleben nicht die abstrakte Debatte über Geldpolitik oder Fiskalregeln. Sie erleben nur, dass alles teurer wird, der Staat aber gleichzeitig erklärt, es sei »kein Geld da« – außer natürlich für Unternehmenssteuersenkungen, die dann faktisch bei den Reichsten landen. Keine wirksamen Entlastungen, Kürzungen beim Sozialstaat, externe Schocks, wirtschaftliche Unsicherheit – und dazu das Gefühl, dass die Politik den Kontrollverlust verwaltet, statt ihn zu bekämpfen.

Dieser Mix droht die ohnehin schon längste wirtschaftliche Schwächephase seit dem Zweiten Weltkrieg weiter zu verlängern. Und wie schon in früheren Krisen wird davon am Ende vor allem die politische Radikalisierung profitieren. Die AfD liegt bundesweit bereits in vielen Umfragen auf Platz eins. Je mehr sozio-ökonomische Existenzängste und Inflationsverlierer Schwarz-Rot duldet, desto mehr treibt sie Protestwähler zur AfD – und demontieren damit den eigenen Status als Volksparteien.

Deutschland kann sich ein großes Entlastungspaket leisten. Aber nicht länger einen ökonomischen Blindflug! ●

Kritik am Kapitalismus
gibt es genug.

Zeit, Alternativen
zu bauen.

MIT EINEM
VORWORT VON
KOHEI SAITO



Was kommt nach dem Markt – und wie soll es funktionieren?

Klimakrise, Pflegenotstand, ein Finanzsystem von Crash zu Crash: Der Kapitalismus erzeugt Probleme schneller, als er sie lösen kann. Doch wer »Planung« hört, denkt noch immer an Gosplan und Kommandozentrale. *Creative Construction* zeigt: Demokratische Planung im 21. Jahrhundert ist vor allem eines – demokratisch.

Statt nur zu kritisieren, konstruiert dieses Buch. Es bündelt eine international wieder aufgelebte Debatte, verbindet konkrete Modelle mit den Bewegungen, aus denen Alternativen tatsächlich erwachsen – und verschweigt die offenen Probleme nicht. Kein fertiges Rezept, sondern das Werkzeug, um selbst weiterzudenken.

BAND I - BLUEPRINTS OF DESIRE – konkrete Modelle demokratischer Planung und die Frage, wie man jenseits von Markt und Zentralplan gemeinsam plant. Mit einem Gespräch mit Evgeny Morozov.

BAND II - BRÜCKEN BAUEN UND GRENZEN DER PLANUNG – von Deutsche Wohnen & Co enteignen bis Care Revolution: wo Bewegungen die geplante Zukunft tragen. Mit Gesprächen mit Eva von Redecker und Nancy Fraser.

Jetzt vorbestellen

brumaireverlag.de



**»Die Krise könnte
so schwerwiegend
sein, dass sie
echte Alternativen
erzwingt«**

Geopolitik

Der Iranschock hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Welt. Die Wirtschaftsprofessorin **Helen Thompson** erklärt im Interview mit *Caro Rube*, wie die Energiefrage die Geopolitik dominiert.



HELEN THOMPSON
ist Professorin für politische Ökonomie an der University of Cambridge.

Durch den Angriff der USA und Israel auf den Iran ist die Lebensgrundlage von Millionen Menschen gefährdet. Auch in Europa sind die Konsequenzen massiv, zum Zeitpunkt dieses Interviews ist unklar, wann die Straße von Hormus wieder öffnet. Gestern kündigten die Vereinigten Arabischen Emirate an, aus der OPEC auszutreten. Wie groß ist die Disruption der globalen Energieversorgung?

Ich denke, dass die Disruption tatsächlich enorm ist. Es geht nicht nur um die Straße von Hormus, sondern auch um die Schäden, die der Iran an Öl- und Gasförderanlagen in den Golfstaaten verursacht hat. Kurzfristig ist der Schaden an Katars LNG-Produktionsanlagen am bedeutendsten. Er führte dazu, dass Katar Verträge mit vier verschiedenen Ländern, darunter China, aufkündigte. Eine weitere Disruption ist, dass China den Export verschiedener Erdölprodukte und anderer Rohstoffe, von denen Länder abhängig sind, gestoppt hat.

Bisher ist der wirtschaftliche Schaden in Asien am größten. Mit dem Austritt der Arabischen Emirate aus der OPEC sehen wir, dass das Ölproduzenten-Kartell angesichts des iranischen Angriffs auf die Golfstaaten nicht in der Lage war, geeint zu bleiben. Das hat erhebliche Auswirkungen. All das vor dem Hintergrund, dass die Trump-Regierung versucht, im Bereich der Energiepolitik einen Neuanfang zu erreichen, etwa durch die Maßnahmen gegen Venezuela und den Drohungen gegenüber Grönland. Das führt zu Kettenreaktionen, da andere Staaten reagieren müssen.

Es gibt diese deutsche Vorstellung, dass die derzeitige Eskalation der US-Aggression ausschließlich mit der Präsidentschaft von Donald Trump zu tun hat. Was sind die langfristigen Bruchlinien, die uns an diesen Punkt gebracht haben?

Der große strukturelle Wandel ist der US-Schieferölboom. Die Vereinigten Staaten sind nicht mehr der weltweit größte Ölimporteur und mittlerweile deutlich weniger von Importen abhängig. Dabei sind sie allerdings nicht vollständig autark, da die USA einen Großteil des geförderten Schiefergases exportieren. Gleichzeitig sind die Vereinigten Staaten seit 2017 zum weltweit größten Gasexporteur geworden.

Energie ist heute von grundlegender Bedeutung für den geopolitischen Wettbewerb zwischen den USA und China. Das gilt im Hinblick auf die Fähigkeit der USA, China zum Kauf von mehr US-Energie, insbesondere Gas, zu zwingen, als auch auf Chinas Bestrebungen, eine geografisch vielfältige Energieversorgung aufzubauen. Die Vereinigten Staaten betrachten dies als Schwachstelle Chinas, da China durch eine Unterbrechung der Öl- und Gasversorgung geschwächt werden kann. Was unter demokratischen Präsidenten nicht besonders ausgeprägt war, ist unter Trump sehr deutlich zutage getreten. Das strategische Ziel besteht darin, den Einfluss, den Energie den Vereinigten Staaten verschafft, zu maximieren und die Energiesicherheit Chinas zu untergraben.

China hat den Vereinigten Staaten im April vergangenen Jahres mit dem Embargo für Seltene Erden hart zugesetzt. Als Trump damals einen aggressiven Handelskrieg gegen China begann, war die Reaktion Chinas ein Exportembargo für sieben Seltene Erden. Trump musste zurück-

rudern, da er von den vom Embargo betroffenen Unternehmen unter erheblichen Druck gesetzt wurde.

Einiges von dem, was Trump in diesem Jahr getan hat, insbesondere in Bezug auf Venezuela, ist eine Botschaft an China, dass auch die USA dieses Spiel spielen können. Beim Angriff auf Iran gibt es die zusätzliche Ebene, dass der Iran nukleare Ambitionen hat, die für Israel inakzeptabel sind. Unabhängig von der Energiefrage bot sich den USA eine strategische Gelegenheit, dem Iran zu schaden.

Die wirtschaftlichen Konsequenzen des Angriffs sind umstritten. Wie hoch könnte die durch Energie verursachte Inflation ausfallen?

Das ist zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwer zu sagen. Es ist ungewiss, wie lange die Straße von Hormus die weltweite Ölversorgung stören wird, und es ist auch schwer abzuschätzen, wann es zu einer Nachfragezerstörung kommt. Sobald die Preise zu hoch sind, wird weniger Öl verbraucht. Im Juni 2008 erreichte der Ölpreis fast 150 Dollar pro Barrel, bis zum Jahresende war er auf etwa 40 Dollar pro Barrel gefallen, wobei dies zum Teil auf die Finanzkrise zurückzuführen war. Was die Auswirkungen von Gas auf die europäischen Länder und die europäische Inflation angeht, ist die Lage ebenfalls kompliziert, denn obwohl wir seit 2022 wissen, dass sich Gaspreise sehr direkt in Inflation niederschlagen können, kommt der Schock dieses Mal im Frühling. Das ist ein Schutzmechanismus, der verhindert, dass sich Gas so stark in steigende Inflation umsetzt.

Im Indopazifik sehen wir bereits akute Folgen – wie ist die Lage dort?



Spritpreise in Taiwan.

Eine beschleunigte Energiewende erfordert in Deutschland mehr Solarmodule aus China.

Man sieht die Auswirkungen zum Beispiel in Pakistan, Sri Lanka oder Bangladesch. In Sri Lanka wurde eine kürzere Arbeitswoche eingeführt, das ist praktisch eine Energie-Rationierung. In Europa sehen wir steigende Preise und die Aussicht auf Flugausfälle. Das liegt daran, dass ein Großteil der im Golf produzierten Produkte nach Asien geht, aber viel Flugbenzin für europäische Märkte produziert wird. Was den Strom betrifft, so findet in Asien mehr Kohleverbrennung statt, da es für einige Länder unglaublich schwierig ist, an LNG zu kommen. Wir haben bereits 2022 etwas Ähnliches gesehen. Es ist schon so weit, dass die Ankunft eines einzigen LNG-Tankers in japanischen Gewässern landesweit Schlagzeilen machte.

In Europa gibt es einen größeren Fokus auf Erneuerbare Energien, die als unabhängig dargestellt werden. Wie passt das zu den deutschen Gasimporten?

Jede Energiekrise im Bereich fossiler Brennstoffe wird den Wunsch verstärken, die Dekarbonisierung der Stromerzeugung zu beschleunigen und die Elektrifizierung voranzutreiben, um den direkten Öl- und Gasverbrauch zu senken. Doch die Energiekrise im Bereich fossiler Brennstoffe ändert nichts an den grundlegenden Schwierigkeiten der Energiewende. Deutschland verfügt über enorme Solarkapazitäten und kann mehr Geld in den Ausbau weiterer Solarkapazitäten investieren. Doch es handelt sich um hohe Investitionsausgaben für Kapazitäten, ohne dass dadurch wesentlich mehr Strom tatsächlich erzeugt wird. Auch die Herausforderungen bei der Integration in das Stromnetz sind beträchtlich.

40-50%

der gesamten Rohölversorgung Chinas wurde 2025 über die Straße von Hormus geliefert.

Quelle: Schätzung des Center on Global Energy Policy (CGEP) der Columbia University

Es gibt ein Problem mit den Kapitalkosten, wenn sich die durch die Energiekrise bei fossilen Brennstoffen verursachten wirtschaftlichen Bedingungen verschärfen. Im Jahr 2022 stiegen die Kapitalkosten, weil die Zinssätze stiegen. Aber die Energiewende muss bei niedrigen Kapitalkosten durchgeführt werden, da sehr viel Infrastruktur aufgebaut werden muss. Ich glaube nicht, dass es dieses Mal wirklich anders ist als 2022, außer vielleicht, dass wir nicht denselben Anstieg der Zinssätze sehen werden, aber das hängt davon ab, wie sich die Krise auf die Inflation auswirkt.

Deutschland war in der Vergangenheit kein Land, das Probleme mit den tatsächlichen Kapitalkosten hatte.

Die fiskalische Kapazität ist in Deutschland weniger ein Thema als in Großbritannien und Frankreich. Das Problem in Deutschland ist vielmehr, dass es eine konkurrierende Nachfrage nach dieser fiskalischen Kapazität gibt, nämlich die Militärausgaben. Die Trump-Regierung hat Druck auf die europäischen NATO-Staaten ausgeübt, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Sollte es zu einem Bruch mit Washington kommen, müssen die Europäer gemeinsam mehr in Bezug auf Russland und in Bezug auf die Verpflichtungen gegenüber der Ukraine tun. Die Frage ist, ob die europäischen Staaten ihre Haushaltskapazitäten nutzen sollten, um Investitionen in die Energiewende voranzutreiben oder um Washington zu beschwichtigen oder den Bruch zu vollziehen. Das ist eine Frage, mit der sich die europäischen Regierungen schwertun.

Angenommen, Deutschland würde die Neuausrichtung auf Erneuerbare Energien ernst nehmen – gäbe es neue Abhängigkeiten?

Eine beschleunigte Energiewende bedeutet, den Widerstand gegen die Deindustrialisierung in Deutschland aufzugeben. Einfach ausgedrückt bedeutet dies, mehr Solarmodule aus China zu importieren. Im Falle von Batterien kann man versuchen, eine heimische Produktionsbasis aufzubauen, aber man wird dennoch von chinesischen Lieferketten abhängig sein, was Metalle und insbesondere die Metallveredelung betrifft. Die Elektrifizierung beinhaltet auch die Öffnung des europäischen Marktes für Chinas Elektrofahrzeuge, da diese die beste Qualität haben und am kostengünstigsten sind – die Europäische Union hat bisher versucht, sich dem zu widersetzen.

Die Deindustrialisierung zu akzeptieren, ist politisch schwierig, auch wenn der Versuch, sie umzukehren, auch nicht sonderlich aussichtsreich ist. Aber es nicht einmal zu versuchen, ist für die demokratische Politik in den europäischen Ländern höchst destabilisierend.

Die Klimakrise ist ebenfalls eine materielle Einschränkung dessen, was Politik tun kann. Wie können wir das geopolitisch einordnen?

Chinas wirtschaftlicher Erfolg nach 2008 bedeutet, dass das, was alle anderen in Bezug auf das Klima tun, weitgehend bedeutungslos geworden ist, da Chinas CO₂-Emissionen im Vergleich zu allen anderen Staaten mittlerweile so unverhältnismäßig hoch sind. Das hat die Klimapolitik anderswo erschwert. Wie soll man die Argumentation durchsetzen, dass das Klima der Grund ist, warum Deutschland die Energiewende beschleunigen muss, wenn die Menschen glauben, dass es keinen Unterschied machen wird?

Möglicherweise sind das zwei getrennte Themen. Einerseits das politische Problem, dass Klima in der öffentlichen Debatte an Bedeutung verliert, was mit den Verteilungsfolgen der Energiewende zu tun hat. Andererseits ist es aufgrund des Pro-Kopf-Energieverbrauchs immer noch wichtig, wie Europa handelt.

Ich glaube nicht, dass das Argument, dass europäische Länder viel weniger Emissionen ausstoßen sollten, weil wir in der Vergangenheit höhere Emissionen hatten, bei vielen Menschen politisch resoniert. Chinas Energieverbrauch ist mittlerweile um mindestens eine Größenordnung, wenn nicht sogar um mehrere Größenordnungen höher als irgendwo sonst auf der Welt.

Wie stehen Sie zu einer hoffnungsvolleren Zukunftsvision, die einen geringeren Pro-Kopf-Energieverbrauch mit einer massiven Umverteilung und der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien verbindet?

In Europa geht der Trend in Richtung eines geringeren Energieverbrauchs. Die sich anbahnende Deindustrialisierung zieht den schlichtweg nach sich. Degrowth folgt dann automatisch. Wirtschaftlich könnte KI neben industrieller Produktion an Bedeutung gewinnen. Wenn das tatsächlich der Fall ist, stellt sich die politische Frage, ob es für europäische Länder realistisch ist, im Bereich der KI zu konkurrieren, ohne in der Lage zu sein, günstigen, stabilen Strom auf Netzebene in größerem Umfang zu liefern. Wenn die Antwort »nein« lautet, eröffnet das verschiedene politische Möglichkeiten.

Die Krise könnte in den europäischen Ländern so schwerwiegend sein, dass sie Alternativen erzwingt. Ich mache dabei keine konkreten Vorhersagen. Sollte die Deindustrialisierung nicht rückgängig gemacht werden, sollte der KI-Trend anhalten und europäische Länder weiterhin nicht konkurrenzfähig sein, dann geschieht etwas strukturell Tiefgreifendes. Dann kommen andere Zukunftsszenarien ins Spiel.

Was steht mittelfristig in Bezug auf globale Energiefragen bevor?

Ich glaube, dass Energie für die Geopolitik der wichtigste zugrunde liegende Faktor ist. Manchmal im Verborgenen, manchmal hingegen sehr sichtbar. Die Trump-Administration will im Rahmen der globalen US-Strategie die Energieflüsse kontrollieren – dieser geopolitische Faktor wird nicht verschwinden. ●

Das Ende des sicheren Hafens?

Golfstaaten Der Iranschock gefährdet nicht nur die Energieversorgung am Persischen Golf. Es stürzt das Wirtschaftsmodell der Golfstaaten in eine strukturelle Krise. Von **Viktoria Reich**



Am 18. März verbreiten sich Videos aus Ras Laffan weltweit in den sozialen Medien. Zu sehen sind Explosionen und meterhohe Rauchwolken über der katarischen LNG-Anlage, dem größten Exportzentrum für Flüssiggas der Welt. Eine iranische Rakete hat den zentralen Gaskomplex getroffen. Innerhalb weniger Stunden gerät ein erheblicher Teil der weltweiten LNG-Versorgung ins Stocken.

Für Katar ist der Angriff ein ökonomischer Schock historischen Ausmaßes. Der staatliche Energiekonzern QatarEnergy könnte Schätzungen zufolge jährlich Umsatzeinbußen von bis zu 20 Milliarden US-Dollar verzeichnen. Reparaturen an der Infrastruktur dürften Jahre dauern. Doch der Angriff trifft nicht nur eine Gasanlage. Er erschüttert das zentrale Versprechen der Golfökonomien: die Stabilität. Der Nahe Osten galt jahrzehntelang als verlässlicher Energie- und Investitionsstandort.

Seit Beginn der Angriffe Ende Februar wurden laut Internationaler Energieagentur mehr als 80 Energieanlagen in der Golfregion getroffen. Neben Katar meldeten auch Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate Schäden an kritischer Infrastruktur. Auch hier könnte der Wiederaufbau laut dem Vorsitzenden der Internationalen Energieagentur Jahre dauern. Laut Schätzun-

Lagertanks im Hafen von Dubai.



gen könnte der Konflikt insgesamt bereits wirtschaftliche Schäden von bis zu 58 Milliarden US-Dollar verursacht haben.

Der Energieexperte Justin Dargin vom Middle East Council on Global Affairs spricht deshalb nicht von einem typischen Ölpreisschock, sondern von einem strukturellen Wendepunkt für die gesamte Region. »In Wirklichkeit gibt es hier keine klaren Gewinner«, sagt Dargin. Entscheidend sei nun, welche Staaten über alternative Exportwege und ausreichende Finanzreserven verfügen.

Saudi-Arabien stabiler als seine Nachbarn

Saudi-Arabien befindet sich derzeit aufgrund der hohen Ölpreise und seiner größeren Exportflexibilität in einer vergleichsweise starken Position. Das Königreich kann einen Teil seiner Exporte über die Ost-West-Pipeline zum Roten Meer umleiten und so die Abhängigkeit von der Straße von Hormus reduzieren. Rund sieben Millionen Barrel pro Tag kann das Land so an die Westküste transportieren. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate verfügen über alternative Exportwege, allerdings mit deutlich geringerer Kapazität. Die Emirate können lediglich etwa 1,2 Millionen Barrel pro Tag an Hormus vorbeileiten.

Andere Staaten trifft die Krise deutlich härter. Als besonders verwundbar gilt der Irak, dem laut Dargin finanzielle Reserven und alternative Infrastruktur fehlen. Zwar wurde die Pipeline von Kurdistan in Richtung Türkei erst kürzlich wieder in Betrieb genommen, die aktuell nutzbare Kapazität bleibt mit rund 200.000 Barrel pro Tag jedoch begrenzt.

Hinzu kommen langfristige Schäden an den Förderfeldern selbst. Selbst wenn Ölfelder kurzfristig wieder geöffnet würden, blieben langfristige Schäden bestehen. Denn wenn Öl- und Gasfelder über längere Zeit stillgelegt werden, sinkt der Druck in den Lagerstätten, was die spätere Wiederaufnahme der Förderung erschweren und teilweise dauerhaft beeinträchtigen kann. »Die Öl- und Gasförderung lässt sich nicht beliebig an- und abschalten«, sagt Dargin. Selbst ein rasches Ende der Kämpfe würde deshalb keine schnelle Rückkehr zur Normalität garantieren. Als besonders verwundbar gelten dabei irakische Förderanlagen, während Saudi-Arabien schneller zur Normalproduktion zurückkehren könnte.

Hormus wird zum globalen Risiko

Besonders gravierend sind die Folgen der Blockade der Straße von Hormus. Normalerweise passieren etwa 20 Prozent des weltweit gehandelten Öls und ein erheblicher Teil des globalen LNG-Handels die Meerenge zwischen Iran und Oman. Einschränkungen im Schiffsverkehr treiben deshalb nicht nur Energiepreise, sondern auch Versicherungs- und Transportkos-



Der Chef der Internationalen Energieagentur Fatih Birol

ten weltweit nach oben. Der Chef der Internationalen Energieagentur, Fatih Birol, bezeichnete die Situation bereits als »größte Energiekrise der Geschichte«.

Besonders kritisch ist die Lage für Katar. Anders als Öl lässt sich Flüssiggas kurzfristig kaum umleiten. LNG benötigt spezialisierte Exportterminals und Tanker sowie langfristig geplante Lieferketten. Fällt ein zentraler Anbieter wie Katar aus, reagieren die Märkte deutlich empfindlicher als bei Unterbrechungen im Ölhandel.

Händler rechnen bereits mit steigenden Risikoaufschlägen für Lieferungen aus dem Golf, während asiatische Staaten aggressiver um verfügbare LNG-Ladungen konkurrieren. Besonders seit dem Rückgang russischer Gaslieferungen ist Katar für Europas Energieversorgung wichtiger geworden.

Die Folgen reichen weit über die Energiemärkte hinaus. Höhere Öl- und Gaspreise treiben weltweit Transport- und Produktionskosten nach oben. Reedereien meiden zunehmend die Region oder verlangen hohe Risikoaufschläge. Bereits jetzt steigen die Kosten für Tankerversicherungen und Frachtraten deutlich. Solche Aufschläge nutzen Unternehmen, um ihre eigenen Preise anzuheben und die Belastung an die Verbraucher weiterzugeben. In Krisenzeiten können Unternehmen solche Preissteigerungen oft leichter durchsetzen und dadurch ihre Gewinnmargen ausbauen. Dadurch steigt das Preisniveau in der gesamten Wirtschaft. Es handelt sich um eine angebotsgetriebene Inflation, eine sogenannte »Seller's Inflation« oder Verkäuferinflation.

Damit wächst auch die Gefahr einer neuen globalen Inflationswelle. Höhere Energiepreise verteuern die Produktion, den Transport

Selbst wenn Ölfelder wieder geöffnet würden, blieben langfristige Schäden bestehen.

und Lebensmittel. Die Zentralbanken im asiatisch-pazifischen Raum dürften wegen des Ölpreisschocks durch den Nahostkrieg vorerst vorsichtig bleiben. Laut dem Finanzdienstleister Moody's Analytics rechnen viele Notenbanken zwar mit steigender Inflation, wollen angesichts der schwachen Konjunktur ihre Geldpolitik jedoch zunächst nicht verschärfen. Mehrere Zentralbanken könnten geplante Zinssenkungen verschieben, während steigende Energiepreise vor allem asiatische Importländer treffen würden. Nach Schätzungen der US-Energiebehörde EIA waren 2024 rund 84 Prozent des durch die Straße von Hormus transportierten Rohöls für asiatische Märkte bestimmt. China, Indien, Japan und Südkorea vereinten dabei rund 69 Prozent der gesamten Öltransporte durch die Meerenge auf sich und gelten deshalb als besonders anfällig für mögliche Versorgungsunterbrechungen. China bezieht etwa die Hälfte seines Rohöls aus dem Nahen Osten und war mit 5,4 Millionen Barrel täglich die wichtigste Zielregion. Auch Indien bezieht 54 Prozent seiner Rohölimporte über die Meerenge von Hormus. Hinzu kommen rund 60 Prozent der Erdgasimporte und etwa 90 Prozent des Flüssiggases.

Das Geschäftsmodell der Golfstaaten gerät unter Druck

Für die Golfstaaten ist das mehr als eine Energiekrise. Über Jahrzehnte beruhte ihr Wohlstand auf der Annahme, dass Energieexporte aus der Region jederzeit verlässlich möglich sind. Genau dieses Vertrauen beginnt nun zu bröckeln.

Das trifft ausgerechnet jene Staaten, die sich in den vergangenen Jahren neu erfinden wollten. Saudi-Arabien und die Emirate investier-

ten Milliarden in Tourismus, Logistik, Airlines, Sport, Technologie und Finanzdienstleistungen. Der Golf sollte sich vom Rohstoffexporteur zu einem globalen Investitions- und Dienstleistungszentrum entwickeln.

In Dubai, Doha und Abu Dhabi brechen Touristenzahlen ein, Zehntausende Flüge wurden gestrichen. Der Krieg kostet die Tourismusbranche in den Golfstaaten viele Millionen Dollar. Nach Schätzungen des Welttourismusverbandes verliert der Nahe Osten seit Kriegsbeginn täglich rund 600 Millionen US-Dollar an Tourismuseinnahmen. Über die international bedeutsamen Flughäfen in Dubai, Abu Dhabi, Doha und Bahrain kämen normalerweise rund 526.000 Passagiere pro Tag, so der Verband.

Ausgerechnet das neue Wirtschaftsmodell der Golfstaaten wird nun also zur Schwachstelle. Der Energieexperte Justin Dargin warnt davor, dass die Region ihren Ruf als stabiler Standort für langfristige Investitionen verlieren könnte. Zukunftsorientierte Sektoren wie Rechenzentren, Künstliche Intelligenz und Finanzdienstleistungen könnten von anhaltender Instabilität besonders betroffen sein.

Internationale Unternehmen könnten Investitionen künftig stärker in politisch stabile Regionen verlagern, etwa in die USA oder nach Europa. Für die Golfstaaten wäre das ein strategischer Rückschlag, denn ihre Diversifizierungsprogramme beruhen auf der Annahme langfristiger Stabilität.

Neue Gewinner der Krise

Gleichzeitig schafft die Krise strategische Gewinner. »Vor allem die US-amerikanische LNG- und Ölindustrie profitiert vom Konflikt am Golf«, sagt Dargin. Fielen Lieferungen aus Katar längerfristig aus, könnten US-Anbieter zusätzliche Marktanteile übernehmen und Europas strukturelle Abhängigkeit von amerikanischem Flüssiggas weiter vertiefen.

Auch die Türkei könnte geopolitisch an Bedeutung gewinnen. Ankara versucht seit Jahren, sich als Energie-Hub zwischen Europa, Asien und dem Nahen Osten zu etablieren. Sollte der Persische Golf langfristig als unsicher gelten, könnten alternative Transitkorridore über die



Turm der North Oil Company in Katar.

Für die Golfstaaten ist der Iran-schock mehr als eine Energiekrise.

Türkei strategisch wichtiger werden. Dazu zählen die Irak-Türkei-Pipeline ebenso wie mögliche neue Gasverbindungen aus dem östlichen Mittelmeer oder aus Katar in Richtung Europa. Vor allem europäische Staaten dürften künftig stärker nach Energierouten suchen, die die Straße von Hormus umgehen.

Wirtschaftlich bleibt das Land allerdings verwundbar. Die Türkei importiert einen Großteil ihrer Energie und reagiert deshalb empfindlich auf steigende Öl- und Gaspreise. Höhere Energiekosten verschärfen Inflation und Druck auf die türkische Lira. Hinzu kommt die Unsicherheit für den Tourismus- und Luftfahrtsektor, die für die türkische Wirtschaft wichtige Devisenquellen darstellen. Ankara könnte geopolitisch also an Einfluss gewinnen, wirtschaftlich aber gleichzeitig stärker unter Druck geraten.

Die wichtigste Lehre aus der Krise fasst Dargin in zwei Worten zusammen: »Redundanz und Diversifizierung.« Seit Jahrzehnten, so argumentiert er, verlasse sich die Weltwirtschaft zu stark auf wenige strategische Energiekorridore. Kurzfristig dürfte der Ausbau alternativer Pipelines und LNG-Terminals sowie resilienterer Lieferketten an Bedeutung gewinnen.

Langfristig könnte der Konflikt jedoch auch die Energiewende beschleunigen. Dargin verweist auf die Ölkrise von 1973, die massive Investitionen in Kernkraft und Erneuerbare Energien auslöste. In ähnlicher Weise könnten Länder nun versuchen, ihre Abhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe aus geopolitisch instabilen Regionen zu verringern. Vor allem in Europa und Asien werde Energiesicherheit zunehmend als Frage der nationalen Sicherheit verstanden und dürfte sich in den kommenden Jahren zu einem noch stärkeren Argument für den schnelleren Ausbau Erneuerbarer Energien entwickeln, so Dargin. Selbst Erdgas, lange Zeit als vergleichsweise sicherer »Brückenbrennstoff« betrachtet, könnte dadurch an Attraktivität verlieren.

Der Krieg gegen Iran markiert damit womöglich mehr als eine regionale Eskalation. Er zeigt, wie abhängig die Weltwirtschaft weiterhin von wenigen strategischen Korridoren ist und wie fragil das Wirtschaftsmodell der Golfstaaten trotz aller Diversifizierungsversuche geblieben ist. Die Kombination aus zerstörter Infrastruktur, Produktionsausfällen, hohen Energiepreisen und gestörten Lieferketten dürfte den Nahen Osten noch über Jahre prägen. Neu ist das Risiko allerdings nicht. Schon seit den 1990er Jahren entwerfen Strategen Szenarien für eine Blockade der Straße von Hormus. »Die Anfälligkeit ist seit Langem bekannt«, sagt Dargin. »Doch trotz jahrzehntelanger Warnungen hat die Weltwirtschaft nur begrenzte Alternativen zu diesem Engpass entwickelt.« ●

Quelle: Welttourismusverband

600 Mio. US-Dollar

täglich verliert der Nahe Osten
seit Kriegsbeginn an Tourismuseinnahmen.

VIKTORIA REICH arbeitet als freie Journalistin. Sie hat Jura studiert und schreibt über Rechtspolitik, soziale Ungleichheit und gesellschaftlichen Wandel.

Inflation belastet Arme doppelt durch Zinserhöhungen

Die ärmsten Haushalte werden von der Inflation seit 2021 stärker belastet als alle anderen Einkommensgruppen. Erstere geben einen größeren Teil ihres Einkommens für Energie aus als wohlhabende Haushalte und sind deshalb Preisschwankungen besonders ausgesetzt. Doch damit nicht genug: Aktive Zinserhöhungen der Zentralbank als Reaktion auf die Energiekrise vervierfachen ihren Konsumeinbruch gegenüber einer passiven Geldpolitik, rechnen Forscherinnen der EZB vor. Denn die untersten Einkommensgruppen haben nicht nur kein Kapital, sie haben oft Schulden, deren Last mit den Zinsen steigt.

Bobasu, A., et. al. (2025). Energy price shocks, monetary policy and inequality. »European Economic Review, Vol. 125« (104986)

Inflationsbeitrag des gestörten Frachtverkehrs berechnet

Ein Team von Forschenden des Internationalen Währungsfonds hat den Inflationsbeitrag verzögerter Schiffs-ladungen in die USA berechnet. Durch die Analyse hochauflösender Daten zur Inflation, Güterimport, Schiffsverkehr und Umschlagszeiten können sie den Effekt gestörter Lieferketten, wie es zuletzt gegen Ende der Coronapandemie der Fall war, empirisch isolieren. Wenn sich Schiffs-ladungen um 100 Stunden beziehungsweise etwas mehr als vier Tage verspäten, steigt die Inflation (VPI) in den USA demnach um bis zu 0,5 Prozent. Der Lieferketteneffekt hält bis zu zwölf Monate nach der ursprünglichen Störung an. Zum Vergleich: Nach Berechnungen des IMK Düsseldorf bewirkt ein Kraftstoffpreisanstieg um 40 Cent eine Zunahme der Inflationsrate in Deutschland um 0,8 Prozent.

Jiao, Y., et. al. (2026). From Ports to Prices: The Inflationary Effects of Global Supply Chain Disruptions. IMF Working Paper 26/26

12-Uhr-Tankregel treibt die Preise

Es war wirklich ein schlechter Aprilscherz. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) wollte die Preissprünge mit der 12-Uhr-Tankregel eigentlich dämpfen. Stattdessen schlugen die Unternehmen einfach noch eine Risikoprämie drauf. Nachdem die Regelung am 1. April 2026 in Kraft trat, sind die Gewinnmargen für Benzin in Deutschland um rund sechs Cent pro Liter gestiegen, wie eine Analyse des ZEW Mannheim und DICE Düsseldorf zeigt. Der Effekt auf die volatilen Dieselpreise war demnach statistisch uneindeutig. Bei kleinen Tankstellen konnte ein Anstieg der Gewinnmargen bei Diesel in Höhe von ungefähr 3,5 Cent pro Liter festgestellt werden. Die Regelung führte dazu, dass um 12 Uhr die Preise für Benzin und Diesel sprunghaft um durchschnittlich mehr als 8 Cent pro Liter stiegen.

Jung, L., et. al. (2026). Predictable Prices, Higher Margins? Early Evidence on Germany's 12 o'clock fuel regulation. Analyse des ZEW Mannheim und DICE Düsseldorf

Worüber reden wir, wenn wir über Inflation reden?

2017 sorgten die Äußerungen eines hohen Beamten der Federal Reserve für Aufsehen: Die FED hätte keine funktionierende Theorie der Inflation. Wie zu seiner Bestätigung blieben die Zinserhöhungen der Zentralbanken gegen die Inflation von 2021 bis 2023 ineffektiv und verursachten hohe Kosten. Wie die Ökonomin und Soziologin Lea Steininger nun argumentiert, liegt das an falschen Vorstellungen, was Geld ausmacht. Geld sei kein neutrales Tauschmittel, sondern eine Schöpfung des Rechts, das den Markt, den es zu messen vorgibt, aktiv mitformt. Demnach müsste Preisstabilität ganz neu gedacht werden. Stabile Preise hängen Steininger zufolge nicht an der Geldmenge oder am Leitzins, sondern an der politischen Gestaltung von Geld(schöpfung), an gezielten Eingriffen in einzelne Märkte und an einer möglichst transparent gemachten Preisbildung.

Steininger, L. (2026). Is inflation real or nominal? »Socio-Economic Review«, mwag017

Das sagt die Wissenschaft...

Krisenprofiteure zur Kasse!

Übergewinne Mit dem Anstieg der Spritpreise schießen auch die Gewinne der Ölkonzerne in die Höhe. Ein erheblicher Teil dieser Profite fließt in Steueroasen. Von **Gabriel Zucman**



GABRIEL ZUCMAN ist Professor für Public Policy und Wirtschaftswissenschaften an der University of California, Berkeley.

In den 1970er Jahren war eines für politische Entscheidungsträger und für die Öffentlichkeit selbstverständlich: Die durch die Ölpreisschocks von 1973 und 1979 erzielten Übergewinne sollten weitgehend zum Wohle der Allgemeinheit abgeschöpft werden.

Einige Förderländer – allen voran Saudi-Arabien und Venezuela – verstaatlichten ihre Ölindustrien (im ersten Fall zwischen 1973 und 1980, im zweiten 1976). Andere entschieden sich stattdessen für extrem hohe Steuern, die einer regelrechten Enteignung nahekamen.

Die Vereinigten Staaten führten 1980 eine Übergewinnsteuer in Höhe von 70 Prozent ein, zusätzlich zur regulären Körperschaftsteuer von 46 Prozent. Damit belief sich die Gesamtsteuerbelastung auf fast 85 Prozent. Das Vereinigte Königreich verfolgte ab 1975 einen ähnlichen Ansatz.

Ebenso hatten Regierungen schon zuvor beim Thema Kriegsgewinne gehandelt. 1942 besteuerten die USA Übergewinne mit 95 Prozent. Das Prinzip war klar: Profite, die durch Krieg, geopolitische Umwälzungen oder Rohstoffshocks entstehen, sollten nicht privatwirtschaftlichen Interessen zugutekommen.

So gingen die enormen Vermögenszuwächse, die durch den Anstieg der Ölpreise entstanden, weitgehend an den großen Energiekonzernen und ihren Aktionären vorbei. Diese waren *not amused* und schworen sich, so et was werde nie wieder geschehen.

Ölkonzerne und Globalisierung

Ab den 1980er Jahren trugen die Ölkonzerne – das Paradebeispiel für multinationale Unternehmen des 20. Jahrhunderts – dazu bei, die Regeln des globalen Wirtschaftssystems so umzugestalten, dass ihre Gewinne in Zukunft gesichert blieben. In der sich herausbildenden neuen internationalen Ordnung (die



Oben: US-Bombenangriff auf Tehran. Unten: BP-Raffinerie in Gelsenkirchen.

später Globalisierung genannt wurde) sorgten zwei zentrale Entwicklungen dafür, dass sich die Erfahrungen der 1970er Jahre nicht wiederholen würden.

Erstens wurde der Steuerwettbewerb zwischen Staaten zur Selbstverständlichkeit erklärt und als Waffe genutzt. Ölvorkommen lassen sich nicht verlagern, Investitionen hingegen schon. Im Prinzip sagten die Ölkonzerne: »Wenn ihr uns hier – in Großbritannien oder Norwegen – zu stark besteuert, investieren wir anderswo, in Russland oder Kanada.« Unter diesem Druck senkten die produzierenden Länder nach und nach ihre Steuersätze für die Rohstoffindustrie.

Zweitens verschaffte die rasante Ausbreitung von Steueroasen den multinationalen Konzernen ein mächtiges neues Instrument. Wenn Regierungen versuchten, als zu hoch wahrgenommene Steuern zu erheben, konnten Unternehmen ihre Gewinne auf dem Papier einfach in Niedrigsteueregebiete verlagern, indem Verrechnungspreise und andere Finanztechniken genutzt wurden.

Jüngste Forschungsarbeiten der Ökonomen Alice Chiochetti und Ninon Moreau-Kastler zeigen, dass unter normalen Bedingungen etwa zwölf Prozent der Gewinne aus dem Rohstoffsektor in Steueroasen wie Bermuda, Luxemburg oder Singapur verschoben werden. In Zeiten mit Übergewinnen steigt dieser Anteil auf rund 20 Prozent.

Niedrige Steuern für die Ölindustrie

Die Folge dieser beiden Entwicklungen war ein starker Rückgang der effektiven Steuersätze im Ölsektor. Zwar liegen diese Sätze nach wie vor über denen anderer Branchen (schließlich lässt sich kaum verbergen, wenn man Öl

fördert), doch sind sie in den vergangenen 50 Jahren dramatisch gesunken.

Besonders gut lässt sich dies für US-amerikanische multinationale Konzerne belegen, für die lange Datenreihen vorliegen. Kurz vor der ersten Ölkrise zahlten US-Ölkonzerne rund 65 Prozent Steuern auf ihre im Ausland erzielten Gewinne. Bis Mitte der 1970er Jahre stieg dieser Wert auf 90 Prozent (plus die Auswirkungen von Verstaatlichungen). Ab den 1980er Jahren sank der Satz jedoch kontinuierlich und lag 2023 bei nur noch 37 Prozent.

Konkret wurden in den 1970er Jahren etwa 90 Prozent der Ölrenditen faktisch vergesellschaftet. Heute hingegen fließen rund zwei Drittel in die Taschen der Aktionäre.

Dies erklärt auch, warum seit Beginn des israelisch-amerikanischen Kriegs gegen den Iran sowie nach der Entführung von Nicolás Maduro in Venezuela die Aktienwerte der Ölkonzerne in die Höhe geschossen sind. Der Index der 120 weltweit größten Öl- und Gasunternehmen – die Hälfte davon US-amerikanisch – stieg in den ersten drei Monaten des Jahres 2026 um 30 Prozent. Dieser Anstieg übertrifft die nach der russischen Invasion der Ukraine 2022 zu beobachtenden Zuwächse deutlich. Das Paradoxe daran ist kaum zu übersehen: In einer Zeit, in der der Verbrauch fossiler Brennstoffe dringender denn je reduziert werden muss, sind die Gewinne der Öl- und Gasförderung so hoch wie noch nie.

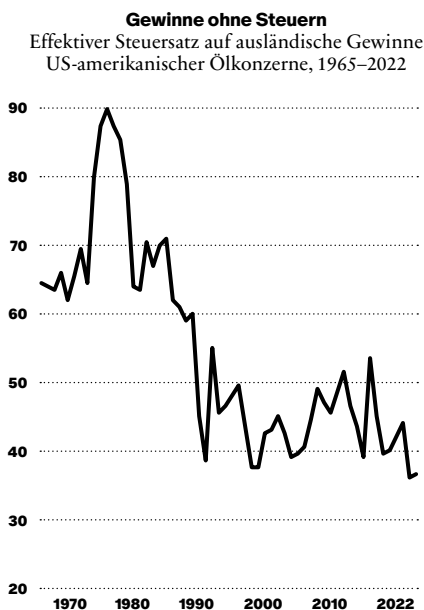
»Wenn die Ölpreise steigen, verdienen wir viel Geld«, sagte Donald Trump im März unverblümt. Mit »wir« meinte er Ölkonzerne – wichtige Geldgeber für seine Wahlkämpfe – und wohlhabende Haushalte, die Anteile an diesen Unternehmen halten. Die Benzinpreise mögen steigen, doch anders als in den 1970er Jahren profitieren einige Menschen – und besonders viele, die Trump nahestehen – letztlich durch ihre Kapitalanlagen. Es ist schwer zu erklären, warum der Konflikt im Iran weiterhin andauert, wenn man diese unangenehme Rechnung ignoriert.

Was tun?

2022 führte die Europäische Union eine Steuer in Höhe von 33 Prozent auf Übergewinne im Öl- und Gassektor ein. Diese wurde euphemistisch als »Solidaritätsbeitrag« bezeichnet. Im April 2026 haben mehrere EU-Mitgliedstaaten erneut eine solche Maßnahme gefordert.

Allerdings ist die Ausgestaltung entscheidend; und die jüngsten Erfahrungen zeigen, wie leicht man dabei Fehler machen kann. In Frankreich brachte die Maßnahme wenig ein, genauer gesagt 69 Millionen Euro statt der erwarteten drei Milliarden.

Ein Teil der Erklärung liegt in politischen Entscheidungen: Frankreich implementierte die Regelung sehr eng und ließ einen Großteil des Ölsektors bei den Maßnahmen praktisch



außen vor. Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Gewinnverlagerung in Steueroasen. Wie die bereits erwähnte Studie von Alice Chiochetti und Ninon Moreau-Kastler aufzeigt, werden in Übergewinnzeiten etwa 20 Prozent dieser Gewinne in Offshore-Finanzzentren verschoben. Darüber hinaus werden die verbleibenden Gewinne in den Förderländern verbucht, nicht in Raffinerie-beziehungsweise Verbraucherstaaten wie Frankreich.

In einer Zeit, in der fossile Brennstoffe reduziert werden müssen, sind die Gewinne der Öl- und Gasförderung so hoch wie noch nie.

Proteste gegen große Ölfirmen in Großbritannien.



Dies ist kein unvermeidbares Schicksal, sondern eine politische Entscheidung. Ein wirkungsvollerer Ansatz wäre es indes, die globalen Surplus-Profiten von Konzernen zu besteuern (die weitaus schwieriger zu manipulieren sind), anstatt lediglich die in einem einzelnen Land ausgewiesenen Übergewinne.

Die potenziellen Einnahmen aus einer solchen breiteren und robusteren Übergewinnsteuer wären beträchtlich. 2022 erzielte der französische Energiekonzern TotalEnergies weltweit rund zehn Milliarden Euro an Übergewinnen. Eine Besteuerung dieser Gewinne mit 90 Prozent (also in etwa den Sätzen vor den 1980er Jahren entsprechend) würde etwa neun Milliarden Euro einbringen. In Frankreich entspricht das etwa 130 Euro pro Person oder 650 Euro für eine fünfköpfige Familie.

Diese Einnahmen könnten direkt an die Bürgerinnen und Bürger umverteilt werden. Das wird beispielsweise in Alaska gemacht, wo schon seit Langem die Öldividenden an die lokale Bevölkerung ausgezahlt werden. Diese beliefen sich im Jahr 2024 auf 1.704 US-Dollar pro Haushalt.

Weitere Ansätze sind ebenfalls denkbar. So könnte man beispielsweise – statt die ausgewiesenen Gewinne als Grundlage zu nehmen – die Wertsteigerungen der Aktien von Ölkonzernen besteuern (wie bereits 2022 vom EU Tax Observatory, das heute unter dem Namen

International Tax Observatory firmiert, vorgeschlagen).

Unabhängig davon, welches Instrument genau zum Einsatz kommt, ist eines klar: Es ist nicht hinnehmbar, dass Unternehmen wie TotalEnergies, die auf Kosten unseres Planeten Profit machen und unsere Abhängigkeit von Petrostaaten weiter verschärfen, wie 2022 ungeschoren davonkommen.

Eine Selbstverständlichkeit aus dem 20. Jahrhundert sollte auch heute wieder gelten: Kriegsprofiteure müssen zahlen. ●



Haushalte schützen, Energiearmut verhindern

Neben der Preissenkung setzt die Regierung auf sozialen Schutz. Die bestehenden Stromrabatte für Haushalte mit geringem Einkommen werden verlängert und ausgeweitet, ebenso der Heizkostenzuschuss. Gleichzeitig wird verboten, Haushalten in prekären Situationen Strom oder Gas abzustellen. Damit soll verhindert werden, dass steigende Energiepreise direkt in soziale Notlagen übersetzen. Ein Risiko, das in früheren Krisen deutlich sichtbar wurde.

Preise direkt senken

Energie soll sofort günstiger werden. Dafür senkt die Regierung die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe von 21 auf 10 Prozent. Im Schnitt sparen Autofahrer rund 20 Euro pro Tankfüllung. Anders als in früheren Krisen setzt Spanien heute auf eine direkte Steuersenkung, ein Instrument, das schneller und breiter wirkt. Auch Strom und Gas werden gezielt verbilligt.



María Jesús Montero,
Finanzministerin



Kontrollen gegen Preismissbrauch

Um zu verhindern, dass Unternehmen die staatlichen Entlastungen über höhere Preise wieder abschöpfen, verschärft Spanien die Aufsicht. Die Wettbewerbsbehörde erhält zusätzliche Befugnisse, um Gewinnmargen zu kontrollieren und im Zweifel einzugreifen. Damit wird ein zentrales Problem vieler Krisen adressiert: dass Entlastungspolitik ins Leere läuft, wenn sie nicht von wirksamer Marktaufsicht begleitet wird.

Gezielte Hilfen für besonders betroffene Sektoren

Branchen, die stark von Energiepreisen abhängen, erhalten direkte Unterstützung. Transportunternehmen, Landwirte, Fischer und Viehbetriebe bekommen einen Zuschuss von 20 Cent pro Liter Treibstoff. Für die Landwirtschaft kommen zusätzliche Hilfen beim Kauf von Düngemitteln hinzu. Auch die Industrie wird entlastet: Energieintensive Unternehmen zahlen deutlich geringere Netzentgelte, was Einsparungen in dreistelliger Millionenhöhe bringen soll. Ziel ist es, Kostensteigerungen entlang der Produktionsketten zu begrenzen und so weitere Preisschübe zu vermeiden.



Stabilität über den Energiesektor hinaus

Flankierend greift die Regierung auch in andere Märkte ein. So werden bestehende Mietverträge um zwei Jahre verlängert, um Haushalte in einer Phase steigender Lebenshaltungskosten vor zusätzlichen Belastungen zu schützen.



Carlos Cuerdo,
Wirtschaftsminister

Spaniens Antwort auf den Energieschock

Die spanische Regierung reagiert auf den aktuellen Energiepreisanstieg mit einem breit angelegten Krisenpaket. Insgesamt umfasst das Paket rund *80 Maßnahmen* im Umfang von etwa *5,8 Milliarden Euro*. Spanien ist auf dem Weg, in diesem Jahr eine Wachstumsrate von über *2,4 Prozent* zu erreichen.


Ein aktiv steuernder Staat

Insgesamt zeigt die spanische Reaktion eine klare Strategie: Der Staat greift direkt in Preise ein, stabilisiert Einkommen und versucht gleichzeitig, strukturelle Abhängigkeiten zu verringern. Der Energieschock wird nicht nur abgefedert, sondern politisch gestaltet – mit dem Ziel, Inflation zu begrenzen, soziale Härten zu vermeiden und die wirtschaftliche Dynamik zu erhalten.

A portrait of Pedro Sánchez, the Prime Minister of Spain, smiling. The image is partially obscured by a red diagonal shape.

Pedro Sánchez,
Ministerpräsident

Anreize für den Umbau des Energiesystems

A graphic consisting of several concentric red circles on a white background.

Über die akute Krisenpolitik hinaus setzt Spanien auf strukturelle Veränderungen. Steuerliche Anreize sollen Investitionen in Solaranlagen, Wärmepumpen und Ladeinfrastruktur für Elektroautos beschleunigen. Haushalte können entsprechende Ausgaben steuerlich geltend machen. Die Regierung verfolgt damit ein doppeltes Ziel: den Energieverbrauch senken und die Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern reduzieren. Der aktuelle Preisschock wird so auch als Hebel für die Energiewende genutzt.

Deutschland Wer im ländlichen Raum lebt und mit dem Auto pendelt, spürt die Inflation besonders hart.

In Mecklenburg-Vorpommern treffen steigende Spritkosten Menschen, die wenig Alternativen haben.

Reportage von **Juli Katz**

Fotos von Daniela Anton

Nur 13 Stunden zu Fuß



»Die Route mit öffentlichen Verkehrsmitteln konnte nicht berechnet werden«, zeigt Google Maps an, wenn man Laura Göpferts Dorf und ihren Arbeitsort Neubrandenburg eingibt. Mit dem Fahrrad: drei Stunden. Zu Fuß: 13. Also steigt Göpfert kurz nach acht Uhr in ihren dunkelblauen Golf Radiant und fährt los. Im Normalfall braucht sie 50 Minuten von ihrer Haustür zur Arbeitstür, vom Kaff zur Stadt, vom Privatleben in den Beruf. Diese Strecke legt sie mindestens einmal pro Woche zurück. Alternativen sind schwierig bis nicht vorhanden. Denn Göpfert wohnt im ländlichen

Raum, genauer: in einem Dorf in Mecklenburg-Vorpommern, das sie mit knapp 30 Menschen teilt. Ohne Auto kommt sie nicht zur Arbeit, so viel ist klar.

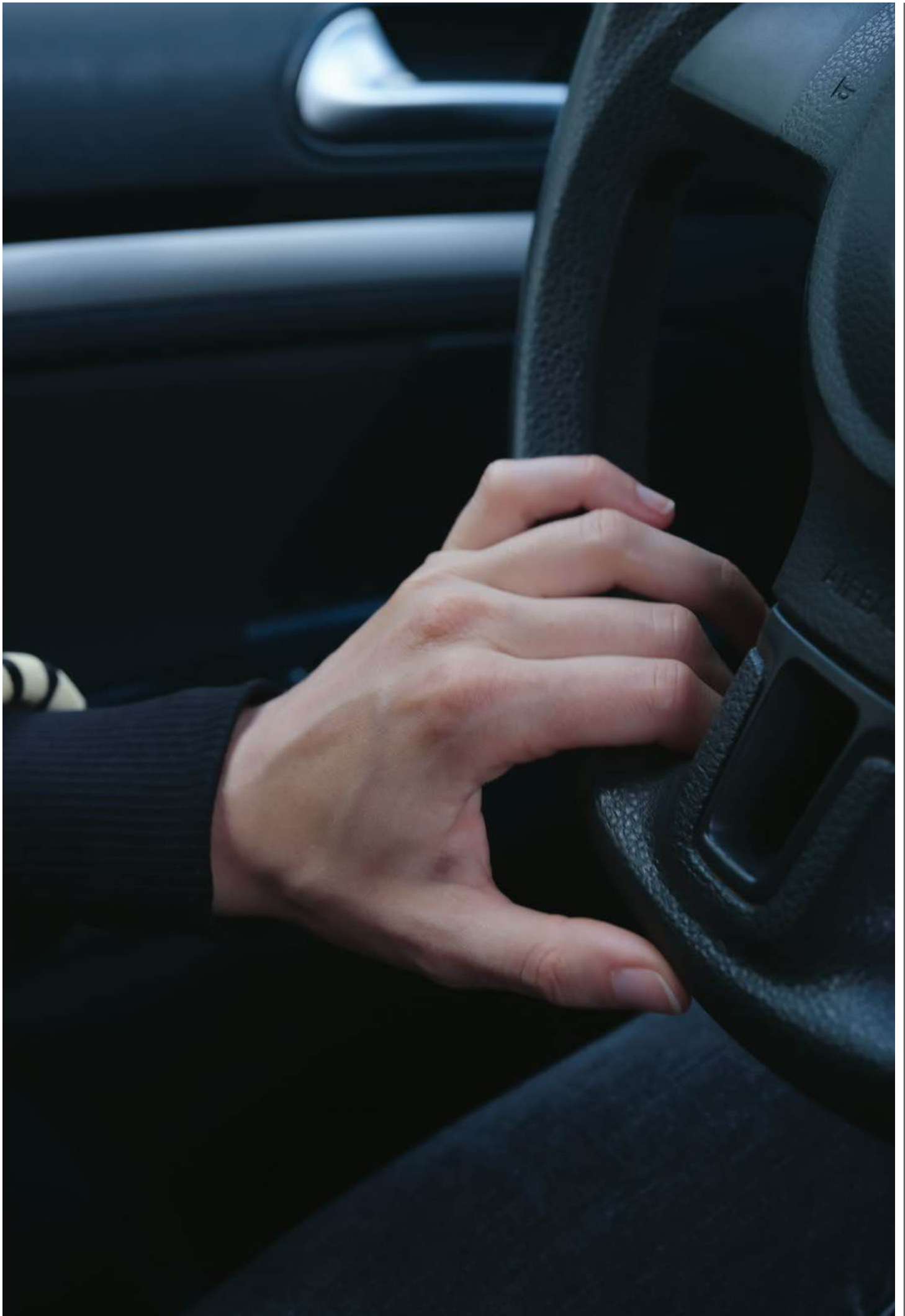
Das ist typisch für das Flächenland, auch Land der Pendler genannt. Die Arbeitsstätte liegt hier oft anderswo, manche fahren in Großstädte wie Hamburg oder Berlin, Göpfert immerhin 60 Kilometer von Vorpommern nach Mecklenburg. Hin und zurück sind es 120 Kilometer pro Arbeitstag, und das mindestens einmal die Woche. Zwar sei ihr Arbeitgeber kulant mit Homeoffice-Regelungen – allerdings merke sie selbst, dass sich manche Absprachen leichter im Gespräch treffen las-

sen, erzählt sie. Und so fährt Göpfert im Monat durchschnittlich mindestens 480 Kilometer, Hin- und Rückwege zusammengerechnet. Die meisten davon auf der einzigen Autobahn des Bundeslandes, der A20. Dort ist sie heute fast allein unterwegs, manchmal sieht sie ein paar Lkw vorbeidonnern.

Alternativen zum Auto? Fehlanzeige
Mobilität ist für Göpfert keine Wahlfreiheit, sondern eine Voraussetzung für Erwerbsarbeit. In Mecklenburg-Vorpommern – dem Bundesland mit der geringsten Bevölkerungsdichte – ist der ÖPNV vielerorts nicht ausreichend ausgebaut. Rund zwei Drittel der Orte sind schlecht angebunden, zeigte eine NDR-Forschung. Die Redaktion hat ein Online-Tool entwickelt, anhand dessen sich prüfen lässt, wie oft Bus und Zug an verschiedenen Orten fahren. Doch bei Göpferts Dorf wird man nicht fündig. Es ist zu klein. Das Tool registriert nur Haltestellen mit mindestens 20 bedienten Tagen zwischen dem 13. Mai und dem 14. Dezember 2024. In der nächsten Gemeinde – drei Kilometer entfernt – fährt der Bus wenigstens jede Stunde. Damals zumindest.

Dabei sind diese Fahrten zur Arbeit für Göpfert nicht nur ein Zeitfaktor, sondern gehen auch ins Geld. Jeder Euro, der für Diesel draufgeht, reduziert ihr verfügbares Einkommen, deswegen zieht sie schon im Vorfeld in ihrer Kalkulation eine Tankfüllung pro Monat vom Gehalt ab. Seit ein paar Wochen steigen die Preise durch die Ölkrise und den Irschock weiter. Mal ausgerechnet: Angenommen, Göpfert verbraucht für ihre Mindestkalkulation von ungefähr 470 Kilometern pro Monat 28 Liter bei 6





Liter/100 Kilometer. Im Januar hat sie für diese Tankfüllung 49 Euro bezahlt, im April 66 Euro. Das wären 17 Euro mehr pro Monat – und 204 Euro mehr im Jahr, zumindest wenn die Preise stabil bleiben, was eher unrealistisch ist. Private Fahrten zu Supermärkten oder Freundinnen noch nicht eingerechnet. Göpfert spürt die Inflation also vor allem am Tankdeckel, sie tanke »alle zwei Wochen einmal voll«. Ihre Lieblingstankstelle liegt kurz vor der A20, in Gützkow. Dort sei es günstiger als anderswo.

Welche Rolle spielen höhere Mobilitätspreise bei der Inflationsentwicklung überhaupt? Johanna Schulze Düding ist Senior Economist bei Oxford Economics, einem unabhängigen Beratungsunternehmen für Wirtschaftsprognosen und ökonomische Analysen, und bestätigt Göpferts Fall. Höhere Kraftstoff- und Transportpreise schlagen sich ihrzufolge direkt im Verbraucherpreisindex nieder und belasten Haushalte durch höhere Ausgaben. Laut Statistischem Bundesamt haben sich auch die Preise für Versicherungen, Ersatzteile und Reparaturen stark erhöht. Im Schnitt geben Haushalte für Verkehr 361 Euro pro Monat aus. Auf struktureller Ebene kommt laut Schulze Düding hinzu, dass Mobilität beziehungsweise Transport ein grundlegender Bestandteil nahezu aller Produktions- und Lieferketten ist. »Steigende Mobilitätskosten verteuern daher indirekt die Bereitstellung vieler anderer Produkte und Dienstleistungen und können so breit auf das allgemeine Preisniveau wirken und inflationäre Entwicklungen verstärken.«

Und was bedeuten steigende Preise explizit für Menschen im ländlichen Raum? Dass sie die Inflation stärker spüren können, stellt auch Schulze Düding fest. Einerseits am Wohnen, beispielsweise durch den Fakt, dass in ländlichen Regionen der Anteil an Einfami-



361 € im Monat geben Haushalte im Schnitt für Verkehr aus.

Menschen auf dem Land spüren die Inflation oft stärker.

lienhäusern höher ist und Wohnungen im Durchschnitt größer sind. Bedeutet: oft höhere Nebenkosten. Dazu kommen tendenziell höhere Energieausgaben – wegen der Abhängigkeit vom Auto, längerer Wege und Pendeldistanzen zur Arbeit durch schlecht ausgebauten ÖPNV – und dass für viele die Ausweichmöglichkeiten bei steigenden Kraftstoffpreisen begrenzt sind.

Am Wohnen kann Göpfert auf die Schnelle nichts ändern, wie meistert sie ihre gestiegenen Spritkosten? Für zusätzliche Dienststrei-

sen gibt es beim öffentlichen Dienst zwar eine Pauschale, meist 30 Cent pro Kilometer. Für den Arbeitsweg allerdings muss jede Arbeitnehmerin selbst aufkommen. In ihrem Fall funktioniert das auch über ein selbstgebautes Sicherheitsnetz, das sie gemeinsam mit ihrem langjährigen Partner aufgebaut hat. Auch er ist fest angestellt. Beide verfügen also über regelmäßiges und planbares Einkommen. Drei Konten gibt es: je ein privates pro Person und ein gemeinsames, von dem die Autokosten abgehen. Sie teilen es sich auf.

Wenn die Preise steigen, muss man langsamer fahren

Aber auch unabhängig von ihrer Partnerschaft macht Göpfert Abstriche. Denn mehr Fahrtkosten heißt weniger Geld für andere Dinge wie Lebensmittel, Freizeit oder Rücklagen. Also spart Göpfert – auswärts essen zu gehen, hat sie zum Beispiel eingeschränkt, bereitet sich lieber besser vor, nimmt etwas mit. Und wie wäre es mit einem Umzug nach Neubrandenburg, um den Arbeitsweg zu reduzieren? Komme nicht infrage. Ihr Arbeitsvertrag ist befristet, die Arbeitsmarktsituation bundesweit, vor allem aber auch in Mecklenburg-Vorpommern schwierig. Das bereitet ihr Sorge, macht aber auch die Entscheidung klarer: »Für einen befristeten Job ist mir das zu riskant – und ich bin auch verwurzelt dort, wo ich jetzt wohne.« Also weiter fahren.

Es gibt noch eine andere Maßnahme, die Göpfert getroffen hat: Seit die Preise gestiegen sind, achtet sie genauer darauf, wie schnell sie fährt. »Zeitlich gesehen macht das keinen Unterschied für mich, auf der Tankquittung aber schon.« Und so brettet sie heute und an allen anderen Arbeitstagen mit einem Maximal-Tempo von 120 Stundenkilometern vorbei am Windradpark Höhe Demmin, über die Peenetalbrücke bei Jarmen, durchs Tollense-tal. Nur zwei Lkw in Sichtweite. In die andere Richtung – nach Greifswald, Stralsund, Rostock – gibt es immer ein bisschen mehr Verkehr, weil es dort immer auch ein bisschen mehr Arbeit gibt.

Göpfert fährt von der A20 ab, es zeigen sich die Plattenbauten Neubrandenburgs. Sie hat vor dem Dorf auch in einer Stadt gelebt und nahezu alle Strecken mit dem Fahrrad zurückgelegt, auch Urlaubsreisen plant sie weiterhin mit dem Zug. Mit ihrem Partner hat sie nur deswegen vor ein paar Jahren einen Transporter gekauft, weil er in der Veranstaltungsbranche arbeitet und oft schwere und große Sachen von A nach B transportieren muss. Doch mit dem neuen Job, den Göpfert im September vergangenen Jahres angetreten hat, konnte sie nicht mehr ausschließlich von Zuhause aus arbeiten und sich das Auto von den Nachbarn leihen. Ein Auto reichte nicht mehr. Deswegen hat sie 4.000 Euro in einen Golf investiert und damit einen guten Preis gemacht, erzählt sie.

Dass sie sich in einer schon privilegierten Situation befindet, will Göpfert noch hinzufügen. »Es ist mir wichtig, das deutlich zu machen. Denn ich kann zur Not entscheiden, ob ich fahre oder andere Lösungsmöglichkeiten finde.« Damit hat sie recht. Für andere Menschen gibt es so eine Entscheidung nicht, das ist auch davon abhängig, welcher Arbeit sie nachgehen und wie viel im Portemonnaie steckt. Ein Beispiel ist ein Bekannter von Göpfert. Als Altenpfleger lebt er 30 Kilometer ent-

fernt von seinem Arbeitsort, muss für seine Arbeit jeden Tag vor Ort sein. »Definitiv habe ich da einen anderen Spielraum.«

Das Beispiel des Altenpflegers verdeutlicht, was auch Forscherin Schulze Düding betont: dass es sich nur bedingt um einen reinen Stadt-Land-Konflikt handelt. Zwar stellt die Forscherin regionale Unterschiede fest, etwa bei Mobilität, Energieverbrauch oder Infrastruktur. Entscheidend sei aber letztlich »das Zusammenspiel aus sozialer Ungleichheit, infrastrukturellen Unterschieden und regionalen Faktoren«. Konkret heiße das: Wie stark Menschen von Inflation betroffen sind, hänge nicht nur vom Wohnort ab, sondern auch vom Einkommen, von der vorhandenen Infrastruktur, der Energieabhängigkeit und insbesondere dem individuellen Konsummuster.

Hat die Forscherin Tipps, welche Mechanismen entlasten? Sie stellt fest, dass der Preismechanismus eine wichtige Funktion erfüllt, hohe Preise Knappheit signalisieren und somit Anreize schaffen können, beispielsweise Energie sparsamer zu nutzen. Doch wenn steigende Preise Menschen aufgrund sozialer und infrastruktureller Unterschiede sehr unterschiedlich treffen, sind gerade Haushalte mit geringen Einkommen und geringen finanziellen Rücklagen weniger bis gar nicht in der Lage, Preissteigerungen abzufedern. Schulze Düding hält staatliche Entlastungsmaßnahmen deswegen für sinnvoll – wenn sie zielgerichtet statt nach Gießkannenprinzip verteilt werden. »Ein möglicher Weg wären gezielte Direktzahlungen an besonders betroffene Haushalte. Dieser Mechanismus könnte soziale Härten abfedern, ohne die Anreize zum Energiesparen vollständig aufzuheben.«

Angekommen! Göpfert stellt den Golf auf dem Parkplatz der Hochschule ab und liest die Kennzeichen vor. Ein Auto kommt aus Bad Doberan. Eins von der Mecklenburgischen Seenplatte. Ihr eigenes läuft auf GW, also Greifswald. Dann überlegt sie kurz und sagt: »In dem Fachbereich, in dem ich arbeite, wohnt fast niemand in Neubrandenburg.« Perspektivisch will Göpfert sich mit anderen in der Nachbarschaft zusammenschließen, für gemeinsame Fahrten in die nächstgelegene Stadt. Privat klappt das häufig schon, weil es da weniger Zeitfaktoren gibt. Ganz vom Auto weg kommt sie ohne funktionierenden ÖPNV jedenfalls nicht. Heute auf dem Tacho: 247.622 Kilometer. ●

JULI KATZ ist Social-Media-Redakteurin bei Surplus. Daneben arbeitet sie als freie Journalistin. Zuvor war sie unter anderem Online-Chefin beim Kartenmagazin Katapult.

High / Low Performer

Entscheidungen von Unternehmen beeinflussen Wirtschaft und Alltag. Wir zeigen eine gute und eine schlechte.

BP



Der Preisschock nach dem Iran-Krieg lässt die Preise steigen – und die Gewinne gleich mit. Der Ölkonzern BP meldet für das erste Quartal 2026 rund 3,2 Milliarden Dollar Gewinn, mehr als doppelt so viel wie ein Jahr zuvor (1,4 Milliarden). Gleichzeitig klettert der Ölpreis zeitweise auf über 100 bis 110 Dollar pro Barrel, was die Inflation weltweit antreibt. Das Grundmuster: Während Haushalte mehr für Energie zahlen, entstehen Übergewinne durch geopolitische Knappheit – eine Umverteilung von unten nach oben, getrieben vom Preisschock.


Enpal / Metrify



Der gleiche Preisschock zeigt, wie wichtig Kontrolle über den Energieverbrauch wird. Enpal will über seine Tochter Metrify 2,5 Millionen Smart Meter installieren, also intelligente Stromzähler. Nur rund 3 Prozent der Haushalte in Deutschland haben einen solchen. 16 Millionen Haushalte sollen dafür angeschrieben werden und die Installation kostenlos erhalten. Bezahlt werden muss nur der laufende Betrieb. In einer Situation, in der Energiepreise krisenbedingt stark schwanken, können solche Systeme den Verbrauch aktiv steuern und Kosten senken.

Wolfgang Schmidt war Chef des Kanzleramts unter Olaf Scholz. Im Interview mit *Lukas Scholle* spricht er über den aktuellen Preisschock und die Krise der SPD.

Fotos von *Doro Zinn*

A portrait of Wolfgang Schmidt, a middle-aged man with grey hair and a beard, wearing glasses, a white polo shirt, a dark blue blazer, and blue jeans. He is standing with his hands in his pockets against a dark green background. A faint shadow of him is visible on the wall behind him to the left.

WOLFGANG SCHMIDT ist SPD-Politiker und war Chef des Bundeskanzleramtes im Kabinett Scholz.

In der letzten Energiepreiskrise waren Sie Chef des Kanzleramts unter Olaf Scholz. Wie blicken Sie auf den heutigen Energieschock?

Er ist heftig, aber deutlich weniger massiv als 2022. Damals hatten wir zunächst eine Versorgungskrise, dann eine Preiskrise. Und die betraf alle Bereiche: von Gas, über Öl bis hin zu Kohle und schließlich Strom.

Der Chef der Internationalen Energieagentur spricht schon jetzt von der größten Energiekrise der Geschichte.

Ja, weil viele Regionen der Welt gleichzeitig betroffen sind. Damals waren vor allem wir in Deutschland ziemlich abhängig von russischem Gas. Heute kommt unser Gas aus Norwegen und 92 Prozent des Flüssiggases aus den USA. Es gibt keine Sorge vor einer Gasmangellage. Allerdings

weitet, Energiegeld, steuer- und sozialversicherungsfreie Inflationsausgleichspauschale, Strom- und Gaspreisbremse – alles vor dem Hintergrund der damals noch sehr restriktiven Schuldenbremse. Das hat die fiskalischen Möglichkeiten erheblich eingeschränkt. Die Lage ist nun anders. Dennoch sollten wir trotz geänderter Schuldenbremse über unsere Prioritäten diskutieren. Ich neige dazu, bei den aktuellen Energiepreisen denen zuzustimmen, die sagen: Manchmal muss man Dinge auch wirken lassen. Der Druck auf den Haushalt wird nicht kleiner. Deshalb kommt es darauf an, sich sehr genau zu überlegen, wofür man das Geld ausgibt.

Geht es um Survival-Subventionen, also darum, um jeden Preis bestehende Industrien zu erhalten und dafür dauerhaft Energie zu subventionieren? Oder sollte die Wirtschaftspolitik eher darauf abzielen, dass wir profitable Unternehmen in Deutschland haben? Ich halte das für sehr wichtig, da Unternehmen ohne mittelfristig profitab-

Regierung

Wolfgang Schmidt: »Krisenpolitik gleicht einem educated guess«

gibt es höhere Preise. Und man kann etwas präziser bestimmen, wo die Preisschocks zuerst ankommen: bei Benzin und Diesel. Der Gaspreis liegt jetzt bei um die 45 Euro pro Megawattstunde – damals waren es über 300 Euro. Die Lage ist also nicht schön, aber vielleicht auch nicht lebensgefährlich wie damals. Dann stellt sich die Frage: Was gehört zu den normalen Schwankungen, die man in Kauf nehmen muss? Und wo ist der Schaden so groß, dass es eine Art Versicherungslösung geben muss, bei der der Staat einspringt, weil Einzelne oder Unternehmen das nicht mehr individuell absichern können?

Ich glaube, an diesem Punkt sind wir noch nicht. Ich sehe das politische Problem und ich sehe auch den Druck, den es vor Ort gibt. Die Leute sind sauer, weil es eben zu all dem kommt, was sie die ganze Zeit schon erlebt haben: Etwa, dass die Reallöhne seit 2019 nicht wirklich gestiegen sind. Die Inflation ist real, Energiekosten sind schon seit 2021 hoch.

Was beides auch an den zaghaften Entlastungen der Ampel lag, die Preise stiegen verhältnismäßig stark, die Löhne nicht.

Naja, wir haben ziemlich viel gemacht: Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro, Midijob-Grenze auf 2.000 Euro ausge-

les Geschäftsmodell nicht investieren – sie schütten ihre Subventionen im Zweifel einfach als Dividenden aus. Es ist immer die Frage: Was lindert jetzt kurzfristig Schmerz? Und was ist etwas, das langfristig eine Rendite erwirtschaftet? Genau darin liegt der Trade-off.

Die SPD hat mit dem Sondervermögen ja einen Fokus auf Langfristigkeit gesetzt statt auf kurzfristige Entlastungen.

Stimmt, weil wir massive Investitionslücken haben. Trotzdem gibt es nun diese etwas merkwürdige Diskussion zum Zusätzlichkeitskriterium. Wer den Bundeshaushalt ein bisschen kennt, weiß, dass da natürlich erhebliche Lücken drin waren und daher auch 300 Milliarden Euro für den Bund über 12 Jahre nicht alle in neue Dinge investiert werden können. Dafür waren die Lücken zu groß. Durch die zusätzlichen Milliarden gibt es Planungssicherheit – und es konnten Kürzungen bei wichtigen Investitionen verhindert werden, zum Beispiel im Klima- und Transformationsfonds KTF für die Klimaneutralität.

Jetzt drohen aber dennoch Kürzungen während eines Preisschocks.

Die Regierung würde wahrscheinlich mit dem argumentieren, was sie sich vorgenommen hat: etwa der 1.000-Euro-Entlastungsprämie, also der Möglichkeit, Zahlungen der Arbeitgeber steuer- und abgabenfrei zu stellen. Oder mit der Erhöhung der Pendlerpauschale, den Energiesteuerabsenkungen und dem Tankrabbat – Maßnahmen, die gezielt wirken sollen.

Doch nun kommt auch die Entlastungsprämie nicht. Wie entstehen solche Pakete im Inneren einer Regierung?

Das ist immer unterschiedlich, es gibt nicht den einen Weg. In unserer Regierungszeit war es so, dass Olaf Scholz kurz nach Amtsantritt im Dezember 2021 gefragt hat: Was machen wir eigentlich, wenn wir russisches Gas sanktionieren



Ministerien haben häufig nicht besonders gute Daten, um Krisenlösungen zu simulieren.

wollen oder müssen? Oder wenn uns Russland den Gashahn abdreht? Was ist dann der Plan? Und dann stellten wir fest: Diesen Plan gab es nicht. Weil man sich immer darauf verlassen hat, dass russisches Gas fließt – egal ob Kalter Krieg oder nicht – und dass Energie nie als Waffe eingesetzt wird. Aber es war eben nicht plausibel, dass das dauerhaft so bleibt. Deswegen haben wir uns ab Mitte Januar 2022, also vor dem Beginn der russischen Völlinvasion, zusammengesetzt: Am Anfang tatsächlich wöchentlich mit dem Kanzler, dem Vizekanzler, mir, dem BND-Präsidenten, dem Chef der Bundesnetzagentur und unseren Staatssekretären und Fachleuten, etwas später kamen der Finanzminister beziehungsweise seine Staatssekretäre mit den Fachleuten und das Verkehrsministerium dazu. Wir haben dann für alle Bereiche – Kohle, Öl, Gas und Atom – überlegt: Was muss jeweils passieren – inklusive Transport, Sicherstellung, Finanzierung, Rettung einzelner wichtiger Bausteine, also Unternehmen wie Uniper, sowie Nationalisierungsschritte etwa bei Gazprom Germania.

Das war die politische Ebene. Darunter haben natürlich die Beamtinnen und Beamten hart gearbeitet, insbesondere in den hauptbetroffenen Ressorts. Sie haben die Sitzungen intensiv vorbereitet, die Arbeitsaufträge aus den Sitzungen bearbeitet und szenarienartig geplant: Was könnte passieren? Wie müssten wir darauf reagieren?

Was folgte konkret aus dieser ersten Phase?

Wir haben zunächst heimlich in riesigem Umfang – für 15 Milliarden Euro – Gas eingekauft, um die leeren Speicher zu füllen. Dann haben wir die letzten noch auf dem Weltmarkt verfügbaren schwimmenden Flüssiggasterminals für zehn Jahre gechartert und Unternehmen wie Uniper und Gazprom Germania gerettet beziehungsweise verstaatlicht. Und – auch mit Gesetzen – dafür gesorgt, dass die Flüssiggas-Terminals dann auch ans Gasnetz angeschlossen werden. Das alles in Rekordgeschwindigkeit – wir hatten ja kein einziges solches LNG-Terminal bis dahin und waren ziemlich abhängig von russischem Pipeline-Gas.

Als dann im August 2022 klar war, dass Putin den Transport des Gases durch diese Pipelines unterbrochen hatte und es dann im September die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines gab, war klar: Es wird in Zukunft jedenfalls kein günstiges Pipelinegas aus Russland mehr geben.

Dadurch gab es zwei große Probleme: Das eine war die Energieversorgungssicherheit: Wir mussten dringend Gas einsparen. Das hat ja dann auch geklappt – mit rund 20 Prozent weniger Konsum, vor allem bei der energieintensiven Industrie. Andererseits gab es das Thema Preise: Preissteigerungen um den Faktor 20 am TTF, dem europäischen Gashandelsplatz. Wenn das nicht abgefedert worden wäre, hätte es uns ökonomisch umgebracht. Wir hatten jetzt einen Wachstumsrückgang von 0,5 Prozent, nachdem wir die Preise massiv gedämpft haben.

Wie haben Sie das gemacht?

Wir standen vor einem Dilemma: Wenn man die Preise massiv subventioniert, dann wird mehr verbraucht und die gerade mühsam vermiedene Gasmangellage ist wieder da. Wir mussten also herausfinden, wie eine ideale Lösung aussieht, die die Preise senkt, ohne dabei den Verbrauch zu sehr in die Höhe zu treiben. Daher haben wir eine Ex-

pertenkommission eingesetzt mit Wissenschaft, Praxis und Verbänden. Es waren sehr viele unterschiedliche Aspekte zu berücksichtigen: von den ganz praktischen Fragen, wie man die Abrechnungssysteme bei den Stadtwerken und Netzbetreibern umstellt, bis zur Frage: Wie sieht eigentlich das makroökonomische Modell aus, das einen Idealzustand beschreibt?

Da hat die Kommission wirklich tolle Arbeit geleistet. Das haben wir ziemlich genau umgesetzt: So sind die Strom- und Gaspreisminderungen entstanden – und die Dezemberhilfe für das Jahresende 2022.

Und heute?

Auch jetzt spielt die Bundesregierung Szenarien durch und bringt die verschiedenen Akteure an einen Tisch: im

Erfahrung und Bauchgefühl. Und dann gibt es natürlich unterschiedliche Denkschulen. Die einen sagen: einfach laufen lassen, Markt- und Preissignale wirken lassen. Andere sagen: Das können wir nicht machen, hier müssen wir intervenieren.

Dann stellt sich die Frage: Interveniert man direkt durch Unterstützung der Betroffenen? Macht man es breit, weil es anders zu kompliziert wäre? Muss man eine Gerechtigkeitskomponente einführen, indem man zum Beispiel die Übergewinne, die anfallen, wieder einkassiert? Dann hast du das ganze Spektrum. Und das kann man nicht rein expertentechnisch lösen. Das ist am Ende auch ein politischer Aushandlungsprozess.

Welche Rolle spielen Ökonominen und Ökonomen in diesem Prozess?



Kanzleramt, aber vor allem auch im Wirtschafts- und Energieministerium. Da gilt es zu überlegen: Wenn der Krieg jetzt so lange andauert, was passiert dann eigentlich? Wenn dieses oder jenes eintritt – was folgt daraus?

Und dann kommt der schwierigste Teil: zu versuchen, zu simulieren, was das eigentlich für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet. Da gibt es, vorsichtig formuliert, sicherlich noch Raum zur Verbesserung. Denn häufig haben Ministerien nicht besonders gute Daten. Und auch das, was gute Thinktanks oder manche Forschungsinstitute können – also Simulationen mit Daten, Szenarien und Planungen –, ist in der Verwaltung nicht immer ausreichend verbreitet.

Aber selbst wenn man alles vorhandene Wissen nutzen würde, müsste man vermutlich unter großer Unsicherheit handeln, weil es viele Daten über detaillierte Wirkungskanäle so kurzfristig einfach nicht gibt. Deswegen ist es am Ende auch immer wieder ein Steuern nach politischer

Ich habe immer viel mit Wirtschaftswissenschaftlern gesprochen und fand es sehr gewinnbringend. Dazu ist aber ein enger und vertrauensvoller Austausch nötig. Bei der Bewältigung der Banken- und Finanzkrise 2008 im Arbeitsministerium habe ich allerdings auch die Grenzen gesehen, als wir über das Kurzarbeitergeld diskutiert haben. Da hat mir ein Ökonom gesagt, er könne uns in einigen Jahren sagen, ob die Maßnahmen richtig seien – das jetzt für die Zukunft einzuschätzen könne er leider nicht. Ich verstehe, dass man als Wissenschaftler da zurückhaltend ist, aber es hilft leider wenig in einer solchen Situation. Wir mussten entscheiden. Daher versucht man dann eben die wahrscheinlichsten Szenarien abzuklopfen, durchzuspielen, wie sich die geplanten Maßnahmen auswirken könnten oder zu fragen, welche Lösungen besser sind.

Wer in einer Krise in der Regierung Entscheidungen zu treffen hat, sollte wissen: Du entscheidest auf einer unvollständigen Datenbasis. Das macht es auch für das Gehirn so

kompliziert. Krisenpolitik gleicht einem educated guess. Denn die Zeitachse ist so gedrängt, dass du dir nicht erst alles in Ruhe anschauen kannst.

Wobei die derzeitige Regierung ja durch die ständigen Debatten um alles Mögliche ja nicht einmal zum Punkt eines educated guess kommt.

Ich wäre als Nicht-Beteiligter etwas nachsichtiger. Debatten sind normal und auch nötig. Sie gehören zur Demokratie dazu. Durch unser Wahlverhalten und durch die Tatsache, dass ein Teil der Mandate aus Sicht der anderen Parteien nicht zur Koalitionsbildung zur Verfügung steht, ist der Raum für Koalitionen kleiner geworden. Wir sind jetzt in der Situation, dass wir durch unser Wahlverhalten eigentlich ständig lagerübergreifende Koalitionen erzwingen: Also Union und SPD oder vorher einmal SPD/Grüne und FDP.

Das führt zwangsläufig zu öffentlicher Auseinandersetzung und damit zu dem, was dann als Streit bezeichnet wird. Denn Regierung und Parlament sind die letzte Entscheidungsinstanz in diesem Land, wenn es um gesellschaftliche Konflikte geht. Und genau dafür sind doch Parteien gegründet worden: um Interessen zu artikulieren, zu bündeln und umzusetzen. Und unterschiedliche Parteien stehen für unterschiedliche Interessen ein. Daher gibt es »Streit« und Debatten, wenn diese Parteien dann zusammen regieren sollen.

Es gibt nach meiner Beobachtung einen zweiten Effekt dieser lagerübergreifenden Koalitionen: Auch die Anhängerinnen und Anhänger der Parteien, ihre Mitglieder, aber auch die Bundestagsabgeordneten bis hin zu Ministerinnen und Ministern sind die ganze Zeit frustriert. Weil sie sich etwas von ihrer Partei erwarten oder im Wahlprogramm für etwas eingesetzt haben, das sie in der Koalition dann nicht durchsetzen können – weil immer »die blöden anderen« es blockieren. Ich glaube, das führt mit dazu, dass wir im Moment so wahnsinnig viel schlechte Laune im Land haben – neben den objektiven Problemen. Wenn alles, was in der Politik passiert, sofort als Streit konnotiert und wahrgenommen wird, sorgt es für Verdross.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir als politische Akteure, aber auch als mediale Beobachter und als Gesellschaft, mal einen Schritt zurücktreten und sagen sollten: Vielleicht sind diese Debatten kein Bug, sondern ein Feature unserer Demokratie.

Handlungsunfähigkeit als Feature anstatt als Bug? Die SPD steht bei historischen Tiefstwerten. Wie kann sie in dieser Lage überhaupt noch Vertrauen zurückgewinnen?

Nicht Handlungsunfähigkeit – sondern die Debatten um die verschiedenen Lösungen. Die Lösungen muss es dann natürlich auch geben.

Was Ihre Frage zur SPD anbelangt: Wenn ich darauf die perfekte Antwort hätte, hätten wir die letzte Wahl doch vermutlich gewonnen. Wir haben es mit einer Entwicklung zu tun, die man fast überall auf der Welt beobachten kann: Einerseits tun sich progressive Parteien schwer, andererseits werden Regierungsparteien abgewählt oder haben schlechte Umfragewerte.

Das hat sehr viel mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun. Wir erleben nun auch in Deutschland den Chi-

na-Schock 2.0 und Deindustrialisierung. Die hat in Frankreich, Italien oder dem Rustbelt in den USA schon zuvor stattgefunden – mit entsprechenden Ergebnissen für die progressiven Parteien. Die SPD ist die Arbeiterpartei. Und so gibt es entsprechende Erwartungen, die derzeit enttäuscht werden. Wir brauchen also ein tragfähiges Zukunftsmodell für Deutschlands Wirtschaft mit Innovationen, exzellenten öffentlichen Leistungen und einem Dienstleistungssektor mit guten, ordentlich bezahlten Jobs. Das ist nicht trivial, es sind historisch schwierige Zeiten.

Dass die SPD das nun auf einmal durchbekommt, dürfte eher unwahrscheinlich sein.

Wenn die nächste Bundestagswahl regulär stattfindet, werden wir seit 1998 in 27 von 31 Jahren mitregiert haben. Uns wird also ständig vorgehalten: Wieso kommt Ihr jetzt mit diesem Vorschlag um die Ecke? Ihr hattet doch 27 Jahre Zeit, das zu machen. Dann kannst du natürlich erklären, dass das mit der Funktionsweise von Koalitionsregierungen zu tun hat, bei denen die SPD eben keine absolute Mehrheit hat und meistens mit Parteien wie der CDU oder der FDP koalieren muss, die bei bestimmten Dingen, die wir für absolut notwendig halten, nicht mitgehen und blockieren.

Bei der dauerhaften Großen Koalition unter Frau Merkel entstand außerdem der Eindruck, Union und SPD wären zu einer Partei verschmolzen, Stichwort: Sozialdemokratisierung der CDU. Beim Eintritt in die Große Koalition 2018 haben wir uns deshalb sehr viele Gedanken darüber gemacht, wie man trotz Regierungsbeteiligung wieder Elemente findet, die dieses Zusammenwachsen aufbrechen – sodass die Leute bei der Bundestagswahl 2021 wieder wissen: Wofür steht die SPD? Also: Mindestlohn 12 Euro, den Soli für 90 Prozent abschaffen, aber für Spitzenverdiener beibehalten, das Rentenniveau sichern. Da hatten wir klare Distinktionsmerkmale zur Union.

Das scheint trotz der regen Debatten nicht mehr zu überzeugen.

Ich bin ein Anhänger der These, die auch Timo Lochocki in seinem Buch *Die Vertrauensformel* formuliert hat: Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien sollten kontrovers über Arbeitspolitik, Steuern, Wohnen und Mieten, Verteidigungspolitik, Rentenpolitik oder Gesundheitspolitik diskutieren – aber zum Beispiel das Migrationsthema dem Streit entziehen. Einen funktionierenden Gesellschaftsvertrag gibt es nur mit geregelter Migration.

Wenn wir als Mitte-links die ganze Zeit mit der Union über Migration diskutieren, freuen sich am Ende nur andere. Wenn es aber um die Frage geht: Wie machen wir eine vernünftige Wohnungspolitik? Wie machen wir eine gute Rentenpolitik? Wie sieht ein gerechtes Steuersystem aus? Dann verläuft die Diskussion zwischen Mitte-links und Mitte-rechts. Und dazu haben andere dann nicht mehr so viel beizutragen. Genau dann werden auch die Unterschiede zwischen den Demokraten wieder deutlich. ●

Andere Wirtschaftsmedien schreiben für Deine Chefs. Wir für Dich.



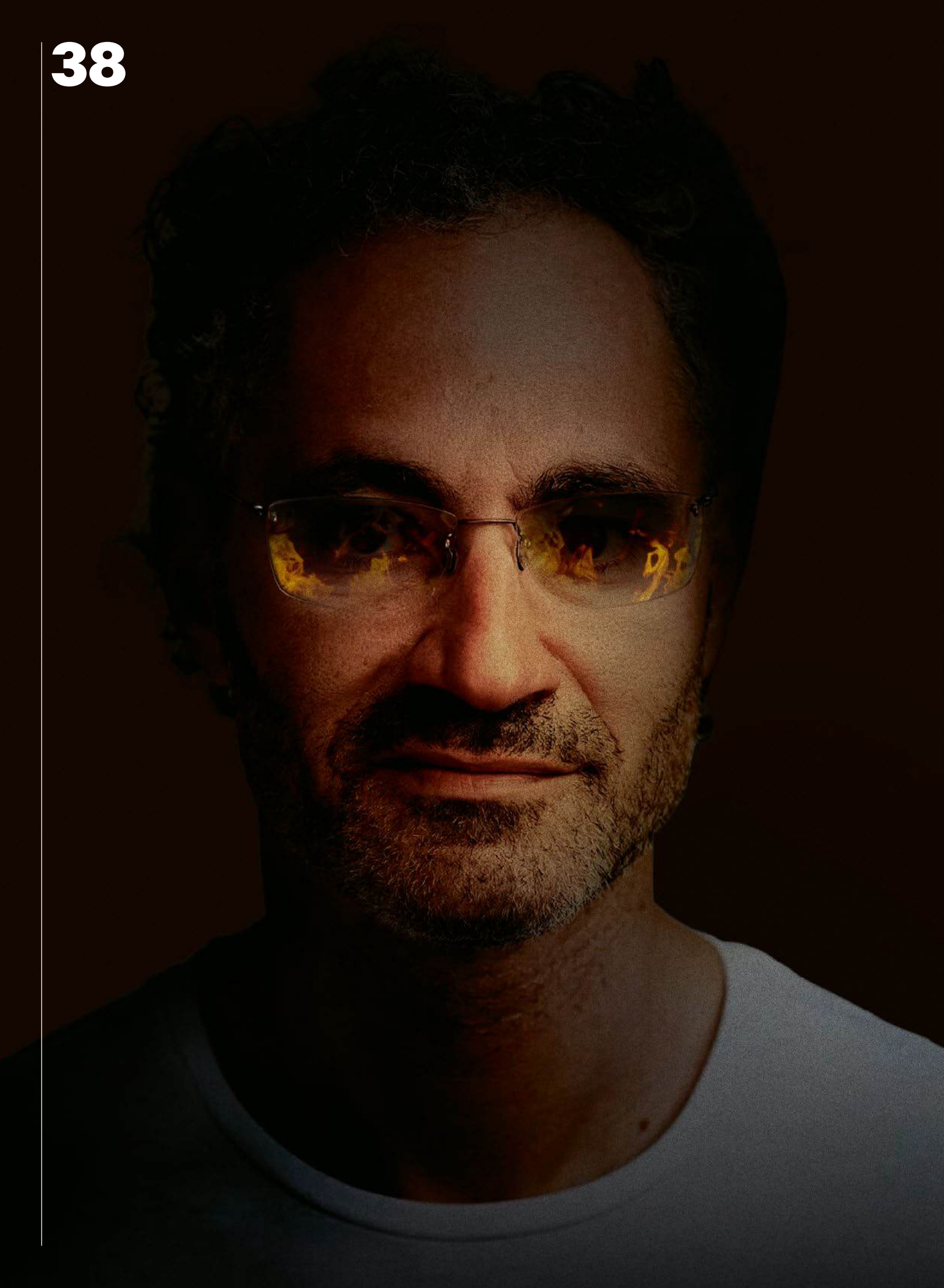
Zum Jahresabo



www.surplusmagazin.de/#/portal/account/plans

**Gefällt Dir Surplus?
Dann wechsle zum Jahresabo
und spare 24€!**

- Ein Jahr progressive Wirtschaftsnachrichten
- Surplus gewinnt Planungssicherheit
- Big Tech verliert Transaktionsgebühren



Rüstung

Palantir will die Welt brennen sehen

Palantir hat seine Ideologie öffentlich gemacht. Wer die Software noch einsetzt, muss wissen: Er abonniert eine Weltanschauung. Von **Aya Jaff**



AYA JAFF ist Autorin, Unternehmerin und die »bekannteste Coderin Deutschlands«. Sie war Teil von *Forbes 30 under 30* und schreibt bei *Surplus* die Kolumne »Code & Capital«.

Mitte April postete Palantir Technologies auf X eine 22-Punkte-Zusammenfassung des Buches ihres CEOs Alex Karp *The Technological Republic: Hard Power, Soft Belief, and the Future of the West*. 32 Millionen Aufrufe. Es ist das wahrscheinlich offenste Bekenntnis, das Palantir je abgelegt hat.

Der Text beginnt mit einer Schuldbehauptung. Das Silicon Valley schulde dem Land, das seinen Aufstieg erst ermöglicht habe, eine moralische Rückzahlung – in Form von Rüstungssoftware. Palantir baut seit Jahren Software für das US-Militär, für ICE, für die CIA. Das Manifest sucht nun nach einer Grammatik, die das nicht mehr rechtfertigen, sondern heiligen soll.

Das Kernargument lautet: Diplomatie habe versagt, Worte reichten nicht mehr aus. »Freie Gesellschaften müssten sich durchsetzen« – nicht koexistieren, nicht verhandeln: durchsetzen.

Und wer sich in diesem Jahrhundert durchsetzen wolle, brauche Software. Denn das Manifest setzt als selbstverständlich voraus, was es eigentlich beweisen müsste: dass westliche Demokratien in einem existenziellen Kampf gegen andere Zivilisationen stehen und dabei wie selbstverständlich »die Guten« sind. Und das in einem Kampf, in dem Koexistenz keine Option ist. In einer Welt, die so aufgeteilt ist: wir und sie. Diese Prämisse wird nirgends begründet. Es gibt keine historische Herleitung, kein Gegenargument, keine Auseinandersetzung mit der Frage, ob das stimmt.

Wie weit diese Logik reicht, zeigt Punkt 15. Die Entmilitarisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg sei eine Überkorrektur gewesen, japanischer Pazifismus ein Sicherheitsrisiko. Das sind keine beiläufigen Bemerkungen. Deutschland und Japan sind die beiden Länder, deren Militarismus im 20. Jahrhundert zusammen über 70 Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Die daraus resultierende Nachkriegsordnung – Pazifismus, Zurückhaltung, zivile Kontrolle des Militärs – war keine Schwäche. Sie war eine bewusste Konsequenz aus der Katastrophe. Dass ein privates Unternehmen diese Ordnung nun als Problem rahmt, das es zu lösen gilt, ist nicht nur historisch fahrlässig. Es ist, im wörtlichen Sinne, ein Geschäftsinteresse: Ein neu aufgerüstetes Deutschland, ein neu aufgerüstetes Japan und viele andere militarisierte Länder – das sind Märkte.

Für Palantir ist die einzig rationale Antwort Aufrüstung.

Damit ist die eigentliche Debatte – ob es überhaupt richtig ist, KI in Waffensysteme zu integrieren, wer das kontrolliert, wer haftet, was passiert, wenn es schiefgeht – bereits für beendet erklärt, bevor sie begonnen hat. Mitarbeiterproteste, ethische Einwände, parlamentarische Kontrolle – das Manifest nennt das »theatrical debates«. Gegner werden als naiv geframt, die Debatte strukturell verschoben. Die einzig rationale Antwort sei Aufrüstung. Die beste Aufrüstung laufe über Software. Die beste Software komme von Palantir. Das Argument ist zirkulär. Es ist auch außerordentlich profitabel: Palantirs US-Staatseinnahmen sind 2025 um 55 Prozent gestiegen – auf 1.855 Milliarden Dollar.

Am Ende stellt das Manifest eine Frage, die wie eine Antwort klingt. Man habe im Westen seit einem halben Jahrhundert darauf verzichtet, nationale Kulturen zu definieren – im Namen von Inklusion. Aber, so Alex Karp: »Inklusion in was?« Der Pluralismus, den westliche Gesellschaften als Errungenschaft verstehen – die Idee, dass verschiedene Kulturen, Werte und Lebensweisen gleichberechtigt nebeneinander existieren können – gilt dem Manifest als Schwäche. Als »leer und hohl«. Als Kapitulation. Was Palantir stattdessen anbietet, ist Klarheit: eine Welt mit Feinden, eine Software, die sie findet. ●

Dein Feed Jetzt die neuesten Texte von **AYA JAFF** direkt ins Postfach bekommen: surplusmagazin.de/autoren/aya-jaff

USA

»Trumps disruptiver Regierungsstil kann eine Chance für Progressive sein«



RAKEEN MABUD
ist politische Ökonomin, hat in Harvard promoviert und war Chef-
ökonomin des New Yorker Think-
tanks Groundwork Collaborative.

Die Harvard-Ökonomin **Rakeen Mabud** hat die wichtigsten Strategien der Trump-Administration untersucht. Progressive Kräfte sollten daraus lernen, erklärt sie im Interview mit *Lukas Scholle*.

In Ihrer jüngsten Forschungsarbeit befassen Sie sich mit der autoritären Machtausübung Donald Trumps. Worum geht es im Kern?

Die momentane Situation erscheint äußerst chaotisch. Es ist schwer, den Überblick zu behalten – geschweige denn zu verstehen –, was die Trump-Regierung unserer Wirtschaft, unserer Demokratie und unserer Gesellschaft antut. Ich vertrete die Ansicht, dass das, was chaotisch erscheint, in Wirklichkeit ein durchaus konzertiertes und konkretes Bündel aus Strategien ist. Die Trump-Regierung und ihre breitere autoritäre Allianz festigen ihre Macht innerhalb der Exekutive, innerhalb des Präsidentenamtes selbst sowie innerhalb eines umfassenderen Netzwerks aus Verbündeten.

Die zentrale Erkenntnis unseres Papers ist: Politische Akteure, die eine inklusive, gesunde Wirtschaft und Demokratie wünschen, dürfen sich nicht allein auf eng gefasste Ausschnitte dieses Projekts der Machtkonsolidierung konzentrieren. Trump und seine Verbündeten bauen eine generelle, autokratische Regierungsführung auf. Sie verändern unsere politischen Institutionen, etablieren ein System des »Pay-to-Play« in unserer Wirtschaft und vertiefen langjährige kulturelle Narrative, mit denen politische Gegner und eine von ihnen definierte Unterschicht von politischen und gesellschaftlichen Vorzügen ausgeschlossen werden.

All diese Hebel wirken zusammen, um ein autoritäres System langlebiger zu machen. Allerdings können auch prodemokratische Akteure ökonomische, institutionelle und kulturelle Instrumente nutzen, um genau das Gegenteil zu erreichen: den Aufbau einer inklusiven, pluralistischen Gesellschaft, die für alle funktioniert, nicht nur für diejenigen, die zu Trumps engerem Kreis gehören.

Können Sie die drei Aspekte des Autoritarismus genauer erklären?

Den ersten Hebel, auf den wir uns konzentrieren, bezeichnen wir als politischen und institutionellen Hebel. Die Autoritären haben die Regierungsstrukturen umgestaltet, indem jene Teile der Staatsführung zurückgebaut wurden, die für Regulierung sowie für Versorgungsleistungen für die einfachen Bürgerinnen und Bürger zuständig sind. Zeitgleich wurden autoritäre Elemente ausgeweitet. Ich verstehe die Art und Weise, wie Trump und seine Partner diesen Hebel genutzt haben, als einen Ausbau der Möglichkeiten der Regierung, Schaden anzurichten, zu



Die beiden bedeutendsten Maßnahmen Trumps waren massive Steuergeschenke an die Superreichen und an die Großkonzerne.

überwachen und Zwang auszuüben. Gleichzeitig wird die Wirksamkeit jener Teile der Staatsführung beeinträchtigt, die Gutes bewirken können.

Das Gefährliche daran ist, dass institutionelle Veränderungen von Natur aus hartnäckig sind: Ein bloßer Austausch der Regierungsmitglieder wird nicht die gewünschten Veränderungen bringen, wenn die Strukturen der Staatsführung bereits auf autoritäre Herrschaft ausgerichtet sind. Die prodemokratische Seite wird deshalb nachdenken müssen, wie diese Strukturen von Grund auf neu gestaltet werden können, um eine prodemokratische Ausrichtung fest im System zu verankern.

Und der zweite Hebel?

Der soziokulturelle Hebel baut auf seit Langem in der US-Gesellschaft verankerten Narrativen auf. Es geht um die Frage, wer Anspruch auf etwas hat. Trump und die autoritäre Allianz. Das deutlichste Beispiel ist, wie Trumps Regierung das DEI-Konzept instrumentalisiert, um 60 Jahre erkämpfte bürgerrechtliche Gesetzgebung zu revidieren.

Dabei gibt es zwei Ziele: Es wird definiert, wer keinen Anspruch auf Schutz und Rechte hat – Menschen mit einer anderen Hautfarbe, Frauen und andere, die ohnehin lange von den Vorzügen unserer Gesellschaft ausgeschlossen waren – und gleichzeitig werden diejenigen begünstigt, die als »dafür berechtigt« gelten, in erster Linie weiße Männer. Das zeigt sich nicht nur daran, wie Autoritäre für einzelne Politikmaßnahmen argumentieren, sondern auch in der Praxis, wenn sie weiße Führungskräfte in ihren eigenen Reihen befördern und viele Schwarze Führungskräfte innerhalb der Staatsverwaltung herabstufen.

Die Machthaber entscheiden: Diese Menschen gehören dazu, und jene gehören nicht dazu. Wer nicht dazugehört, der wird die volle Wucht der militarisierten Einwanderungskontrolle zu spüren bekommen; der wird wichtige politische Maßnahmen wie Gesundheitsversorgung verlieren, auf die er angewiesen ist; das soziale Sicherheitsnetz wird ausgehöhlt. Währenddessen werden Personen, die zur »In-Group« gehören, befördert und können ihren Reichtum und ihre Macht weiter ausbauen und festigen.

Um darauf zu reagieren, braucht es sowohl einen realistischen Blick auf das derzeitige Unrecht und Leid als auch ein kulturelles Projekt zum Wiederaufbau diverser gesellschaftlicher Erwartungen und nationaler Werte, wie das Recht jedes Einzelnen auf ein Leben in Würde. Der Universalismus ist das Fundament und das absolute Minimum eines progressiven antifaschistischen Projekts. Der

Universalismus hat Kraft, weil er den Wert des Menschen und die Solidarität als kollektives Projekt in unserer gemeinsamen Welt, Wirtschaft und Politik verankert. Wenn Progressive diese Grundlagen aus den Augen verlieren, ge-
deihen Autoritarismus und Faschismus.

Welche Rolle spielen ökonomische Maßnahmen?

Genau, der dritte Hebel ist ökonomische Macht. In vielerlei Hinsicht wird dabei einer langen Tradition konservativer Wirtschaftspolitik gefolgt. Die beiden bedeutendsten gesetzgeberischen Maßnahmen in Trumps Amtszeiten waren massive Steuergeschenke an die Superreichen sowie an die Großkonzerne. Das ist nichts Neues, sondern etwas, was die Rechte seit Jahrzehnten tut. Es entspricht im Wesentlichen der Trickle-down-Logik und anderen neoliberalen Ansätzen in der Wirtschaftspolitik.

Neu ist aber, wie Trump sich selbst ins Spiel bringt und persönliche Kontrolle über eine neue Form von »Pay-to-Play«-Deals ausübt. Am deutlichsten wird dies in den Diskussionen um Zölle. Er setzt Zölle ein, um einzuschüchtern, zu schikanieren, andere zu seinen Bedingungen an den Verhandlungstisch zu bringen und dann Zugeständnisse zu erpressen. Doch das Ganze geht über Zölle hinaus: Tiefgreifende, endemische Korruption ist überall in den Motiven und Handlungen der Trump-Regierung zu finden. In der *New York Times* gab es einen bemerkenswerten Kommentar über die Milliarden, die Trump und dessen Familie durch seine Politik der Selbstbereicherung angehäuft haben. Das geht deutlich über den Standard-Neoliberalismus hinaus.

Wie sollten wir die Rolle des Faschismus in aktuellen Wirtschaftsdebatten betrachten?

Angesichts des zunehmenden Autoritarismus in den USA und des weltweit erstarkenden Faschismus halte ich es für besonders wichtig, sich vor Augen zu halten, dass ein progressiver Populismus dem faschistischen Aufschwung den Wind aus den Segeln nehmen kann. Ökonomische Unsicherheit und Instabilität schaffen Möglichkeiten für Faschisten, aktiv zu werden und die Macht an sich zu reißen. Eine progressive Wirtschaftspolitik hingegen kann bei der gelebten Realität der Menschen ansetzen, ein würdiges und gesichertes Leben für alle ermöglichen und so den Faschismus im Keim ersticken.

Wie wirken sich die Entwicklungen auf den Neoliberalismus aus?

Trump hat in vielerlei Hinsicht mit der traditionellen neoliberalen Wirtschaftspolitik gebrochen. Er tritt geradezu provokativ auf: Er sorgt für Chaos, um sich selbst Vorteile zu verschaffen, wie etwa bei den Zöllen. Aber er greift auch auf Ansätze zurück, an denen die Linke unter Umständen Interesse haben könnte, wie zum Beispiel die Übernahme von sogenannten goldenen Aktien in Unternehmen. Für Trump dient das Ausreizen der Grenzen des Neoliberalismus einzig und allein dem Zweck, Macht in Richtung des Präsidentenamtes zu lenken. Ich denke, für die Linke stellt sich die Frage, wie sie die Risse im neoliberalen System nutzen kann, um die Art von Wirtschaft aufzubauen, die wir brauchen und verdient haben. Dabei mögen einzelne Instrumente und Ansätze ähnlich aussehen, doch können sie ganz anderen Zwecken dienen.

Trumps Umverteilung der Macht ist auch ein Angriff auf neoliberale Institutionen. Man denke an die Unabhängigkeit der Zentralbank, wo Trump sich einmischt. Oder an die Freiheit des Privatkapitals: Trump verfolgt eine Industriepolitik – die allerdings nur einigen Wenigen nutzt.

Der große Konflikt in der heutigen politischen Landschaft spielt sich zwischen dem konservativen Institutionalismus einerseits und dem Links- beziehungsweise Rechtspopulismus andererseits ab.

Wir haben in den USA schon zuvor Umgestaltungsphasen erlebt. Jetzt kommt die nächste. Wir stehen vor einer Entscheidung: Wollen wir dieselben gescheiterten Institutionen der Vergangenheit wiederaufbauen, die Macht,

Reichtum und die Kontrolle über unsere Demokratie in die Hände der Wirtschaftseliten gelenkt haben? Oder wollen wir Institutionen aufbauen, mit denen das Machtgleichgewicht nachhaltig zugunsten der arbeitenden Menschen und Familien, die unsere Wirtschaft am Laufen halten, verschoben wird?

Was wir in unserem Paper anbieten, ist ein Rahmenkonzept für diesen Moment des Wiederaufbaus. Wir hoffen, die politischen Entscheidungsträger zum Nachdenken darüber anzuregen, dass wir Institutionen schaffen können, die wirtschaftlich im Interesse der Menschen wirken, die unserer Demokratie dienen und die jene Art von Infrastruktur stärken, die die Linke bisher vernachlässigt hat. Dieses Paper ist im Grunde eine Provokation und eine klare Aussage: Eine reine Wiederherstellung, ein reiner Wiederaufbau derselben alten, kaputten Strukturen wird nicht funktionieren.

Passt der Spruch »Only Nixon could go to China« in diesem Kontext? Ebnet Trump den Weg für zukünftige linkspopulistische Interventionen in die Wirtschaft und die Institutionen?

Trump stellt einige der gängigen Annahmen darüber, wie wir Politik gestalten, sehr erfolgreich infrage, sei es in Bezug auf politische Institutionen, Strukturen oder Normen. Manchmal ist das äußerst kontraproduktiv: Es ist beispielsweise alles andere als gut, wenn die Haushaltshoheit des Kongresses beschnitten wird. In anderen Fällen kann der grenzverschiebende Charakter des Trumpschen Vorgehens aber in gewisser Weise hilfreich sein. Für uns Linke geht es nun darum, eine Politik zu entwickeln, die ebenfalls Grenzen verschiebt, die die Macht an die einfachen Menschen umverteilt und sie den Konzernen sowie Trumps Verbündeten entreißt.

Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Instrumente, um progressivere Zukunft zu gestalten?

Dieselben drei Hebel, mit denen die Trump-Regierung eine autoritäre Agenda vorantreibt, können auch genutzt werden, um eine demokratische Programmatik zu fördern.

Wir schlagen vor: Es müssen politische Maßnahmen umgesetzt werden, die den einfachen Menschen dienen. In der Praxis bedeutet das, die staatlichen Kapazitäten für Versorgung und Regulierung zu nutzen. Wir müssen uns dabei fest den moralischen Grundwerten Universalität und Inklusion verpflichten; wir müssen eine inklusive Kultur schaffen, die sich immer wieder selbst erneuert und verstärkt. Außerdem müssen wir konzentrierten Reichtum umverteilen – denn Reichtum ist Macht – und die derzeit bestehenden ökonomischen Hierarchien abbauen. Ziel ist, dass normale Menschen die Kontrolle und Handlungsmacht über die Wirtschaft haben.

Wir bieten einen Rahmen mit fünf Maßnahmen oder Interventionen an, die uns hoffentlich sowohl in Richtung eines prodemokratischen Gleichgewichts bringen als auch ein Startpunkt sind, um uns vor autoritären Machtübernahmen in der Zukunft zu schützen. Erstens müssen wir Staatsführungskapazitäten als prodemokratisches Instrument neu ausrichten. Das bedeutet, die autokratischen Befugnisse, die Trump aufgebaut hat, einzureißen und neue Institutionen zu schaffen, die wirklich dem allgemeinen Interesse dienen.



hat Donald Trump sein Vermögen in seiner zweiten Amtszeit vergrößert.

Quelle: Forbes



Zweitens brauchen wir ein klares Bekenntnis zu Universalität und Inklusion. Die Geschichte ist hier lehrreich: Der New Deal war in vielerlei Hinsicht ein wunderbares Beispiel dafür, wie wir staatliche Macht nutzen können, um eine gesündere Wirtschaft und eine gesündere Demokratie aufzubauen. Doch Landarbeitern und Hausangestellten – Branchen, in denen überproportional viele Schwarze tätig waren – wurden auch im New Deal viele Rechte vorenthalten; ihnen wurden beispielsweise wichtige Arbeitsschutzrechte verwehrt. Diese Ausgrenzung wurde immer wieder kopiert und heute können wir eine ähnliche Ausgrenzung viel breiterer Gruppen beobachten – zum Beispiel von Solo-Selbstständigen in der Gig-Economy. Wenn wir anfangen, Leute auszuschließen, wenn wir Bedürftigkeitsprüfungen machen, schaffen wir eine Lücke für weitere Ausbeutung. So kann sich diese Kultur der Ausgrenzung einschleichen. Es ist sehr wichtig, dass wir uns dagegen wehren.

Und die weiteren Interventionen?

Drittens gilt es, die Konzentration von Reichtum und Macht anzugehen. Wir brauchen außerdem Maßnahmen, die die materiellen Bedürfnisse der Menschen wirklich erfüllen. Ein Problem, auch bei gut gemeinter Politik – und das ist eine Kritik, die wir aus linken Kreisen hören – besteht darin, dass wir uns für Maßnahmen einsetzen, die den Alltag der Menschen nicht berühren. Sie müssen aber konkret und greifbar sein.

Wir dürfen nicht die Kinderfreibeträge für ein Jahr ausweiten und die Maßnahme dann wieder auslaufen lassen.

Das führt eher zu Gegenreaktionen als zu Fortschritt. Die Frage lautet also: Wie schaffen wir nachhaltige, dauerhafte Programme, die tatsächlich die materiellen Bedürfnisse der Menschen decken und uns den politischen Spielraum für längerfristige Investitionen verschaffen?

Das ist übrigens ein Thema, das im Zusammenhang mit dem Inflation Reduction Act (IRA) häufig zur Sprache kommt. Ich habe von vielen Menschen mit Blick auf den IRA gehört, dass unglaublich große Investitionen getätigt wurden, die erst in der Zukunft Wirkung zeigen werden, und nur sehr wenige, die hier und jetzt einen Effekt für die Menschen haben. So haben wir keine politische Basis oder Dynamik für weitere Maßnahmen geschaffen – für zusätzliche staatliche Investments, eine groß angelegte Industriepolitik, grüne Investitionen und Dekarbonisierung. Das ist eine Lehre, die wir mitnehmen müssen.

Und zu guter Letzt müssen wir viel stärkere, sich gegenseitig verstärkende und wechselseitige Verbindungen zwischen Bewegungen und politischen Entscheidungsträgern aufbauen. Wir können unserer Verantwortung gegenüber den einfachen Menschen nicht gerecht werden, wenn wir überhaupt nicht wissen, was in ihrem Leben vor sich geht. Akteure aus Bewegungen sind nicht nur hilfreich, um einen Einblick in die jeweiligen Geschehnisse vor Ort zu gewinnen; sie dienen auch als Gegengewicht zur Macht derjenigen, die in ihren abgeschotteten Räumlichkeiten politische Entscheidungen treffen. Diese wechselseitige Infrastruktur müssen wir noch konsequenter ausbauen.

Haben Sie Hoffnung, dass sich für progressive Kräfte eine Chance dazu bietet?

Die Lage ist derzeit ziemlich düster. Es ist wichtig, das anzuerkennen. Ebenso müssen wir uns über die Ziele im Klaren sein: wen wir stärken, wie wir Dinge gestalten, wie wir Positives fördern und Negatives überwinden. Wir können dieses Land auf einen viel besseren Weg bringen. Das ist früher auch schon gelungen. ●



Die

Politische Maßnahmen können das Leben der Menschen fundamental verbessern. Wir stellen die sinnvollsten vor.

2 Für gute Ernährung



Ernährung beeinflusst viel: Wohlbefinden, Gesundheit, Umwelt. An Ratschlägen mangelt es dabei nicht. Doch was wir wie essen,

ist durch gesellschaftliche Bedingungen geprägt. Ernährungspolitik darf sich daher nicht in Appellen an Einzelne erschöpfen. Vielmehr steht die Politik in der Verantwortung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich alle klimagesund ernähren können. Klimagesund meint dabei regional, saisonal, und möglichst viele gering verarbeitete pflanzliche Produkte. Dafür gibt es viele Möglichkeiten. Besonders wichtig wäre allerdings ein Positionslimit.

Wenn durch Spekulation die Preise steigen, müssen alle mehr bezahlen, aber nur wenige profitieren. Marktbherrschende Positionen befördern Spekulationen. Instrumente wie Positionslimits beschränken diese Spekulationen. Ein Positionslimit begrenzt, wie viele Verträge jemand an der Börse auf einen Rohstoff (zum Beispiel

Weizen) abschließen darf. So wird verhindert, dass ein Einzelner zu viel Einfluss auf den Preis bekommt. Die Regierung hat viel Energie in Sanktionen von Bürgergeldbeziehenden gesteckt. Gut wäre etwas von diesem Einsatz beim Kampf gegen Spekulation mit unserem Essen. Was zu Hause auf den Tisch kommt, ist am Ende Privatsache. Aber wie das, was auf den Tisch kommt, produziert und gehandelt wird, sollte keine Privatsache der Konzerne sein. Dafür sind die Folgen zu existenziell. Bei Produktion und Vertrieb gilt es, mehr Regulierung zu wagen. Die Ernährungswende muss zudem ein ganzes Bündel von Maßnahmen umfassen, wie armutsfeste Sozialleistungen, die Anerkennung von Mehrbedarfen, zum Beispiel bei Zöliakie, oder Verhältnisprävention im Gesundheitssystem. Auch Steuern haben eine Lenkungswirkung. So führte die Zuckersteuer in Großbritannien zum Rückgang von Diabeteserkrankungen. ●

KATJA KIPPING ist Geschäftsführerin des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

1 Für stabile Preise



Krisen treffen Verbraucherinnen und Verbraucher immer wieder hart – ob bei Energie, Kraftstoffen oder Lebensmitteln. Die jüngsten Preissprünge bei Benzin und Diesel zeigen deutlich, wie verletzlich Deutschland in zentralen Versorgungsbereichen ist. Was die Krise auch offenbart: Es mangelt an vielen Stellen an Preistransparenz. Die Preissprünge lassen sich nicht immer erklären.

Die Lebensmittelpreise sind infolge des Kriegs im Iran noch nicht spürbar angestiegen. Doch darauf sollte sich die Bundesregierung nicht ausruhen. Gerade bei der Preisbildung bei Lebensmitteln mangelt es an Transparenz. Seit 2020 sind die Preise für Lebensmittel durchschnittlich um mehr als 35 Prozent gestiegen.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband fordert daher eine Preisbeobachtungsstelle, die Entwicklungen von Kosten und Preisen entlang der gesamten Wertschöpfungskette nachvollziehbar macht. In Ländern wie

Frankreich oder Spanien sind solche Preisbeobachtungsstellen schon erfolgreich im Einsatz.

Gerade in Krisenzeiten wird deutlich: Wenn Preise ohne sachliche Grundlage steigen, versagt der Markt und Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen den Preis. Eine Preisbeobachtungsstelle kann hier zum zentralen Schutzinstrument werden. Sie schafft die notwendige Transparenz, kann Inflationstreiber identifizieren und könnte verhindern, dass Krisen ausgenutzt werden, um Gewinne auf dem Rücken der Bevölkerung zu maximieren. Wenn der Staat hinschaut und eingreift, statt Verbraucherinnen und Verbraucher allein zu lassen, stärkt das auch das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat.

Doch Transparenz allein reicht nicht. Deutschland braucht zugleich eine strukturelle Stärkung seiner Krisenresilienz: widerstandsfähige Lieferketten, weniger fossile Abhängigkeiten, einen schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien und die Transformation der Landwirtschaft. All das schützt langfristig vor Preisschocks in den Supermärkten. Die Politik muss handeln. ●

RAMONA POP ist Vorständin des Verbraucherzentrale Bundesverbandes

großen

Hebel

3 Für Klimagerechtigkeit



Fliegen macht einen Anteil von circa 4 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen aus – etwa durch Kerosinverbrennung und Kondensstreifen. Das erscheint zunächst einmal relativ gering. Dennoch ist es aus zwei Gründen wichtig, diesen Sektor ins Auge zu fassen.

Erstens, ist es nicht möglich, das Fliegen zu dekarbonisieren. Es gibt zwar immer wieder Hoffnungen und Versprechen auf alternative Treibstoffe wie Wasserstoff. Zu ihrer Erzeugung bedarf es aber Unmengen an erneuerbarem Strom, den wir dringend für andere Dinge wie lokale Mobilität, Wärme et cetera benötigen.

Zweitens fliegt nur ein sehr kleiner Teil der Menschheit. Nur etwa 11

Prozent fliegen überhaupt und nur 4 Prozent fliegen international. Weniger als 1 Prozent der Bevölkerung ist für mehr als die Hälfte der Emissionen aus dem Fliegen verantwortlich. Global gesehen ist daher klar: Eine Einschränkung des Fliegens wäre ein klarer Beitrag zur Klimagerechtigkeit.

Auch in Deutschland würde eine Regulierung des Fliegens zu Klimagerechtigkeit beitragen. Hier fliegt zwar mit etwa der Hälfte ein bedeutend größerer Anteil der Bevölkerung regelmäßig. Aber dieser Anteil nutzt den Flug größtenteils für den jährlichen Urlaub. Angesichts einer Klimakrise, die die Zivilisation der Menschheit bedroht, ist eine andere Art des Urlaubs wohl eindeutig hinnehmbar. Auch könnten die Einnahmen aus einer Besteuerung des Fliegens für

den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs genutzt werden, sodass ein Großteil der Bevölkerung davon profitieren würde. Beispielsweise könnten häufig verkehrende, günstige Nacht- und Schnellzüge durch ganz Europa eine Alternative zum Billigflug in den Urlaub sein.

Über das Wie – hohe Besteuerung, Quoten, Verbot von Inlandsflügen und so weiter – lässt sich sicher noch viel streiten. Das Ob – eine radikale Verringerung der Flüge – ist jedoch definitiv ein großer Hebel für Klimagerechtigkeit. ●

STEFFEN LANGE ist Ökonom und Nachhaltigkeitswissenschaftler an der Universität Siegen.



Die Finanzkrise der Kommunen bedroht Wirtschaft und Demokratie

Investitionen In der »Strukturreform«-Debatte geht die dramatische Finanzkrise der Kommunen völlig unter. Wer die Demokratie retten will, muss die kommunale Finanzierung reformieren. Von **Achim Truger**



ACHIM TRUGER
ist Wirtschaftsprofessor an der Universität Duisburg-Essen, »Wirtschaftsweiser« und schreibt die Kolumne »Eine Frage des Geldes« bei Surplus.

Weite Teile der Bundesregierung und der wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland bleiben weiterhin in der irrigen Annahme gefangen, dass sich durch möglichst »schmerzhafte Strukturreformen« endlich der lang ersehnte Aufschwung herbeiführen lasse. Diese Fehldiagnose ist an sich schon katastrophal. Ein schlimmer Nebeneffekt dieser »Reformitis« ist, dass ihretwegen andere, tatsächlich wichtige ökonomische und soziale Themen komplett untergehen. Das gilt leider auch für die sich seit Jahren immer dramatischer zuspitzende Finanzkrise der Kommunen.

Dramatische Finanzlage der Kommunen

Immer mehr Städten und Gemeinden steht das Wasser bis zum Hals. Das vergangene Jahr war das dritte Jahr in Folge, in dem die Haushalte der Kommunen im Defizit waren. Die Defizite stiegen von 6,8 Milliarden Euro im Jahr 2023 über 24,8 Milliarden Euro im Jahr 2024 auf 31,8 Milliarden Euro im Jahr 2025. Zuletzt mussten damit 7,5 Prozent der kommunalen Ausgaben über Kredite finanziert werden, das ist seit der Deutschen Einheit ein Rekordwert. Die Hauptursache der kommunalen Finanzkrise besteht im starken Anstieg der Personal- und Sozialausgaben bei gleichzeitig krisenbedingt schwächelnden Einnahmen. Die jüngste Steuerschätzung rechnet noch zusätzlich mit Mindereinnahmen. Das Problem dabei: Anders als bei Bund und Ländern sind den

Kommunen regelmäßige Defizite für laufende Ausgaben nicht erlaubt, sie sind zum Haushaltsausgleich verpflichtet. Daher wurde bereits fast überall in den kommunalen Haushalten der Rotstift angesetzt, für die Zukunft zeichnet sich eine heftige Kürzungspolitik ab.

Die Kommunen sind jedoch von zentraler Bedeutung für die öffentliche Daseinsvorsorge. Sie stellen vieles bereit, was den Alltag bestimmt, zum Beispiel Schulen, Energienetze, Straßen, den öffentlichen Personennahverkehr – all das wird wesentlich von Städten und Gemeinden verwaltet und gestaltet. Über zwei Drittel der öffentlichen Investitionen finden vor Ort in den Kommunen statt. Auch wesentliche Teile des Sozialstaats werden vor Ort gestemmt: Kommunal wird dafür Verantwortung übernommen, dass Menschen sich weiterbilden können, dass sie sozial abgesichert werden und einen Weg in den Arbeitsmarkt finden. Ohne Jugendhilfe, ohne Sozialämter, ohne Volkshochschulen gäbe es in Deutschland ein noch viel größeres Fachkräfteproblem.

Aufgrund der dramatischen Finanzlage drohen nun reihenweise Schließungen und Kürzungen. Die Krise beschränkt sich dabei nicht auf die Krisenregionen der Vergangenheit, die besonders vom Strukturwandel betroffen waren, sondern hat bundesweit auch viele Kommunen erfasst, die zuvor gut über die Runden kamen. Hunderte Schwimmbäder sind akut von der Schließung bedroht, 25.000 Kitas oder Schulen sind stark sanierungsbedürftig. Und wie die kommunalen Unternehmen in dieser Lage den für die Transformation notwendigen Ausbau des Stromnetzes finanzieren sollen, steht in den Sternen.

Gefahren für Aufschwung und Demokratie

Gerade in der aktuellen Wirtschafts- und Demokratiekrise darf der Bundespolitik die Lage in den Kommunen nicht egal sein. Hier entscheidet sich, ob die Menschen das Gefühl haben, dass Staat und Demokratie funktionieren oder nicht. Wenn sich

aber die Daseinsvorsorge massiv verschlechtert, wenn Schulgebäude verfallen, Kitas schließen oder kommunale Straßen unbefahrbar werden, wenn ganze Regionen immer weiter zurückfallen, dann kann dies das Vertrauen in Staat und Demokratie empfindlich schwächen.

Selbst wenn es nur um die Wirtschaft und den Aufschwung ginge, müssten die Kommunen im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses stehen. Die Krise der Kommunen hat offensichtlich auch eine makroökonomische Dimension und stellt damit ein ernstes Hindernis für die herbeigesehnte konjunkturelle Erholung in Deutschland dar. Das kommunale Finanzierungsdefizit von 31,9 Milliarden Euro

Aufgrund der dramatischen Finanzlage drohen reihenweise Schließungen und Kürzungen.

im vergangenen Jahr entsprach gut 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Wenn dieses – oder ein noch höheres zukünftiges – Defizit zeitnah in den Städten und Gemeinden weggekürzt werden müsste, wäre das also ein negativer fiskalpolitischer Schock von gut 0,7 Prozent des BIP. Ein bedeutender Teil davon dürfte die öffentlichen Investitionen betreffen, deren Wachstum 2025 bereits stark rückläufig war. Gerade öffentliche Investitionen haben aber einen besonders starken wirtschaftlichen Effekt: Man kann davon ausgehen, dass ein öffentlich investierter Euro durchaus einen Anstieg des BIP um 1,50 Euro oder sogar mehr an gesamtwirtschaftlichem Wert herbeiführt. Damit wird schnell deutlich, dass die kommunale Finanzkrise Gift

für den Aufschwung ist: Wenn es zu umfassenden Kürzungen bei den kommunalen Ausgaben in der Dimension von 0,7 Prozent des BIP kommt, kann dies die Wirtschaftsleistung durchaus um gut 1 Prozent des BIP ausbremsen. Die ohnehin fragile konjunkturelle Erholung würde zusätzlich zu den Trumpschen Eskapaden noch von der deutschen Politik massiv gefährdet.

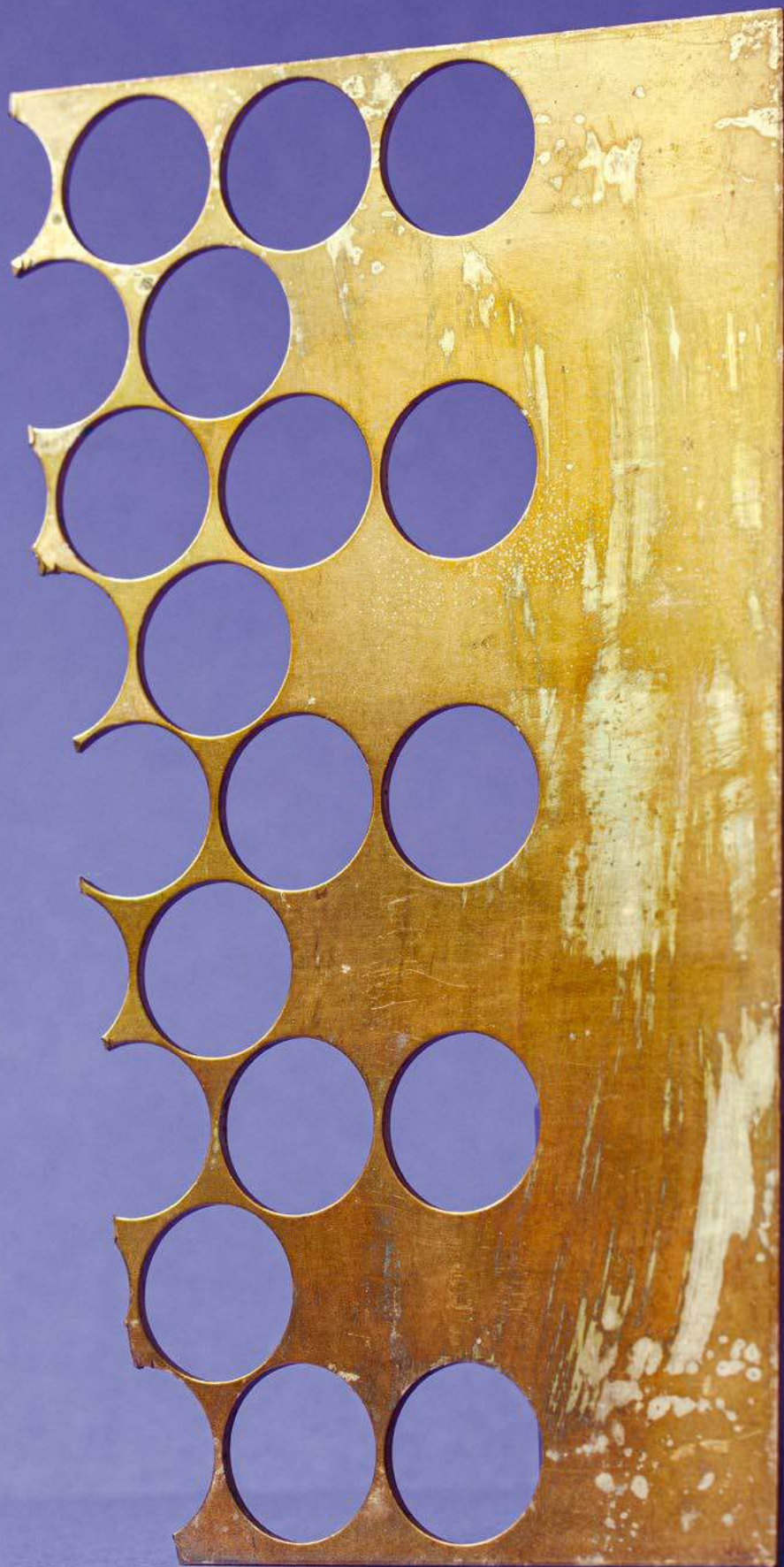
Die Bundespolitik ist gefragt

Wer will, dass sich die Wirtschaft erholt, muss daher dringend die kommunale Finanzlage verbessern. Die von Bundesfinanzminister Lars Klingbeil in Aussicht gestellte zusätzliche 1 Milliarde Euro pro Jahr für die Kommunen ist angesichts des Defizits von fast 32 Milliarden Euro offensichtlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Und selbst das Sondervermögen dürfte den Kommunen nur mit 5 bis maximal 8 Milliarden Euro pro Jahr unter die Arme greifen. Perspektivisch wird diese Unterstützung aufgrund der zu erwartenden Aufkommensverluste aus der Senkung der Unternehmenssteuern aufgezehrt werden.

Daher braucht es erstens ein Notfallpaket zur Eindämmung der 30-Milliarden-Lücke. Dieses könnte kurzfristig und vorübergehend im Rahmen eines Konjunkturpaketes über die Ausnahmeklausel der Schuldenbremse finanziert werden. Mittelfristig bedarf es zweitens aber endlich einer grundlegenden Reform der Kommunalfinanzen, die die Kommunen bundesweit dauerhaft und auskömmlich finanziert und für ihre zentralen Aufgaben zuverlässig befähigt. Bund und Länder müssen dafür stärker als bislang für die Sozialausgaben aufkommen, die sie den Kommunen auferlegt haben. Die kommunalen Steuereinnahmen müssen weniger konjunkturenfällig und gleichmäßiger auf die Kommunen verteilt werden als bislang.

Das wäre eine »Strukturreform«, die sich wirklich lohnen würde. ●

Dein Feed Jetzt die neuesten Texte von **ACHIM TRUGER** direkt ins Postfach bekommen: surplusmagazin.de/autoren/achim-truger



Selbst Weltbank und IWF räumen ein: Der alte Konsens hat versagt. Doch ein wirklicher Kurswechsel sieht anders aus. Von **Mariana Mazzucato** und **Lara Merling**

Zukunft

Das 21. Jahrhundert verdient eine neue Wirtschaftspolitik



MARIANA MAZZUCATO
ist Professorin für die Ökonomie von Innovation und öffentlichem Wert am University College London und schreibt die Kolumne »Die sichtbare Hand« bei Surplus.



LARA MERLING
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin für Industriestrategie am UCL Institute for Innovation and Public Purpose.

Im Vorfeld der diesjährigen Frühjahrstagungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank stach eine Meldung besonders hervor: Die Weltbank hatte sich der Industriepolitik zugewandt, nachdem sie jahrzehntelang davon abgeraten hatte. Doch während sich ein Großteil der anschließenden Debatte darauf konzentrierte, ob diese »Kehrtwende« gut oder schlecht, überfällig oder gefährlich sei, stellten sich nur wenige die grundlegende Frage: Was hat sich tatsächlich geändert?

Die Bank hat lediglich bestätigt, was viele von uns schon lange argumentiert haben: Der Rahmen, den sie seit 1993 gefördert hat – als ihr Bericht »Das ostasiatische Wunder« vor industriepolitischen Instrumenten warnte –, hat den Entwicklungsländern nicht gut gedient. Solche Ratschläge, so stellte der Chefökonom der Weltbank, Indermit Gill, kürzlich fest, »haben heute den praktischen Wert einer Diskette«. Doch in seiner Verteidigung des Berichts machte er auch deutlich, wie begrenzt dieser Wandel nach wie vor ist. Industriepolitik, so argumentierte er, sollte »zielgerichtet und vorübergehend« sein, eine Ausnahme vom marktorientierten Modell, und nicht ein Instrument zur Förderung umfassenderer wirtschaftlicher Transformationen.

Die jüngsten Arbeiten der Bank bestätigen, dass Industriepolitik über Einkommensniveaus und institutionelle Kontexte hinweg besser übertragbar ist, als der alte Konsens zugab, und dass ihr Instrumentarium über Zölle und Subventionen hinausgeht. Öffentliche

Unterstützung für private Akteure, so argumentiert die Bank nun, sollte mit Zuckerbrot und Peitsche einhergehen, einschließlich des Entzugs von Finanzmitteln für Unternehmen, die hinter den Erwartungen zurückbleiben. Diese neue Position steht im Einklang mit Argumenten, die wir in »The Entrepreneurial State« und in neueren Arbeiten zur Rolle von Missionen und Auflagen vorgebracht haben.

Die Kehrtwende der Weltbank?

Doch neue Schlussfolgerungen führen nicht automatisch zu einer neuen Wirtschaftspolitik. Die Bank betrachtet den Staat nach wie vor lediglich als Korrekturinstrument für Marktversagen und nicht als Marktgestalter und -former. Die Frage ist nicht, ob Regierungen eingreifen sollten, nachdem die Märkte versagt haben. Die Frage ist vielmehr, welche Art von Wirtschaft wir überhaupt aufbauen wollen. Welche öffentlichen Ziele sollten Investitionen leiten, und wie können Institutionen die öffentlich-private Zusammenarbeit so gestalten, dass gemeinsam Wert geschaffen und fair verteilt wird?

So betrachtet bleibt die Bank noch hinter den Erwartungen zurück, da sie den finanzpolitischen Spielraum als feststehende Beschränkung betrachtet, innerhalb derer optimiert werden muss, anstatt als eine Reihe von institutionellen Kapazitäten, die entwickelt werden können. Infolgedessen würde die Bank die Industriepolitik weiterhin nur um bestimmte Sektoren und Überlegungen zum komparativen Vorteil herum organisieren.

1,8 Billionen Euro

kostete der
Energieschock von 2022
die EU-Mitgliedstaaten und
Großbritannien.



Doch die Energiewende, Wasser- und Ernährungssicherheit, öffentliche Gesundheit und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit sind keine sektoralen Themen. Sie erfordern gesamtwirtschaftliche Missionen.

Dies ist von Bedeutung, da die Bank selbst mittlerweile eine »Mission«-Sprache verwendet. Mission 300, mit Schwerpunkt auf dem Zugang zu Strom in Afrika, und Water Forward, das bei den Frühjahrstagungen zur Bewältigung der Wassersicherheit ins Leben gerufen wurde, nehmen zwar große systemische, sektorübergreifende Herausforderungen in Angriff. Unsere Bewertung von 30 afrikanischen nationalen Energiepakten zeigt jedoch eine Lücke auf: Die Ambitionen sind systemisch, doch die Architektur bleibt sektoral. Die Weltbank ist dabei kein Einzelfall. Auch die Ökonomen des IWF haben dokumentiert, dass Sparmaßnahmen und Liberalisierung nicht zum Erfolg führen. Dennoch haben sich diese Erkenntnisse noch nicht konsequent in neue operative Praktiken umgesetzt.

Das muss sich ändern. Der IWF und die Weltbank stehen im Zentrum einer internationalen Ordnung, deren Standardempfehlungen nach wie vor eine Wirtschaftstheorie widerspiegeln, die nicht durch reale Fakten gestützt wird. Was sie modellieren, messen und empfehlen, prägt die Art und Weise, wie Entwicklungs- und makroökonomische Politik weltweit gestaltet wird. Sie tragen dazu bei, zu bestimmen, wer Zugang zu Liquidität hat und zu welchen Bedingungen; wessen Schulden als tragbar gelten; wessen öffentliche Investitionen als glaubwürdig angesehen werden; und wessen politische Autonomie eingeschränkt wird.

Kein Sonderweg für reiche Länder

Die reichen Länder, die diese Institutionen finanzieren und kontrollieren, sind von den Folgen derselben Wirtschaftstheorie nicht ausgenommen. Jahrzehntlang prägten dieselben fehlerhaften Annahmen die Politik in Europa und den Vereinigten Staaten: Sie drückten öffentliche Investitionen, schwächten öffentliche Dienstleistungen, behandelten Löhne als Kosten statt als Motor der Gesamtnachfrage und setzten Haushalte Schocks aus, die die Märkte nicht bewältigen konnten.

Die daraus resultierende Krise der Bezahlbarkeit ist nun zu einer politischen Krise geworden. Die Wirtschaftspolitik, die die Entwicklungspolitik im Ausland einschränkte – indem sie die öffentlichen Kapazitäten aushöhlte und den Handlungsspielraum der Regierungen einschränkte –, trug dazu bei, die extreme Rechte im eigenen Land zu stärken.

Europas Reaktion auf den Energieschock von 2022 zeigt, worum es geht. Von 2022 bis 2025 entstanden den EU-Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich zusätzliche Kosten in Höhe von 1,8 Billionen US-Dollar, die größtenteils von den Haushalten und den öffentlichen Haushalten getragen wurden, während die Aktionäre der Unternehmen, die höhere Preise verlangten, davon profitierten. Spanien weist den Weg zu einer Alternative. Da das Land in Energiesicherheit als Aufgabe und nicht als Subventionskategorie investiert hat, erzeugt es heute mehr als die Hälfte seines Stroms aus erneuerbaren Energien und ist damit besser vor dem jüngsten Energieschock geschützt als seine Nachbarn.

Um eine solche Widerstandsfähigkeit zur Regel statt zur Ausnahme zu machen, bedarf es eines wirtschaftlichen Rahmens, den Regierungen konsequent anwenden können. Die von Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez einberufene »Global Progressive Mobilisation« brachte kürzlich progressive Regierungen aus aller Welt zusammen, um einen neuen wirtschaftlichen Konsens zu gestalten.

Die Grundlagen sind klar. Wir brauchen öffentliche Institutionen, die in der Lage sind, im öffentlichen Interesse zu investieren, zu koordinieren und Märkte zu regulieren. Wir brauchen eine Finanzwirtschaft, die auf Missionen und nicht auf Verschuldungsquoten ausgerichtet ist, sowie politische Rahmenbedingungen, die den fiskalischen Spielraum nicht als marktbestimmte Obergrenze betrachten, sondern als etwas, das durch produktive Investitionen geschaffen wird. Und wir brauchen Wertmaßstäbe, die sich am Gemeinwohl orientieren.

Ein Globaler Rat für eine neue Wirtschaft des 21. Jahrhunderts, dessen Vorsitz eine von uns (Mazzucato) gemeinsam mit dem ersten Vizepräsidenten der spanischen Regierung, Carlos Cuerpo, innehat, wird diese Elemente zusammenführen. Unser Ziel ist es, die neue Wirtschaft in operative Prinzipien zu übersetzen, die sich an Gerechtigkeit, Gleichheit, Nachhaltigkeit und globaler Solidarität orientieren. Das Plädoyer für eine neue Wirtschaft gewinnt an Boden. Nun müssen wir zeigen, wie es weitergeht. ●

Die Krise der Bezahlbarkeit ist zu einer politischen Krise geworden.



Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez.
Oben: Der Chefökonom der Weltbank: Indermit Gill.



MATTHIAS UBL ist Chef vom Dienst bei Surplus. Als Journalist arbeitete er unter anderem für »Die Zeit« und die »FAZ«. Er ist Host des Podcasts »Jacobin Talks«.

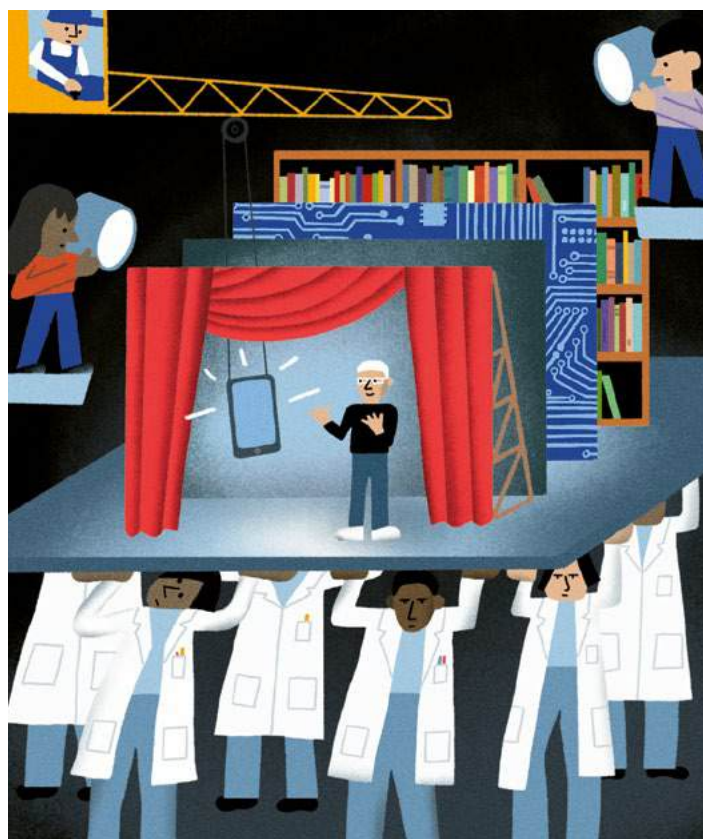
In den letzten hundert Jahren geisterte das Bild des übermächtigen, bürokratischen Staatsmonsters durch die Literatur- und Filmgeschichte. Von Kafkas *Der Prozess* bis zu Terry Gilligan's Film *Brazil* erscheint der Staat als undurchschaubare Macht, die das individuelle Handeln der Einzelnen verunmöglicht und hemmt. Im 20. Jahrhundert herrschte tatsächlich eine »organisierte Moderne« vor, in der Verrechtlichung, Regulierung und wohlfahrtsstaatlicher Planungsanspruch viele Gesellschaften prägten.

Bekanntlich zog der Neoliberalismus genau dagegen ins Feld und prägte einen Mythos, der bis heute die herrschende Politik beeinflusst. Demnach seien Privatunternehmen innovativer, effizienter und dynamischer als der Staat. Öffentliche Betriebe sind im Zweifel bürokratisch, langsam und teuer. Dieser Mythos lieferte die ideologische Rechtfertigung für Privatisierungen, Schuldenbremsen und den Rückzug des Staates aus vielen Bereichen der Daseinsvorsorge.

Genährt wird dieser Mythos außerdem von dem Genieerzählungen aus der Techbranche besonders dem Silicon Valley. »Move fast and break things«, heißt es da bekanntlich: Mutige, einzelne Unternehmern genies gründen Startups und Firmen, die noch in naher Zukunft alle Sci-Fi-Träume möglich machen werden. Staatliche Regulierung stünde hier nur im Weg. Doch bei genauerem Hinsehen zerfällt der Mythos von der staatlichen Ineffizienz

Mythen

Nein, private Unternehmen sind nicht innovativer als der Staat



Der Staat gilt als bürokratisch, private Unternehmen als innovativ. Doch zentrale Innovationen wären ohne öffentliches Handeln nicht möglich.

Von **Matthias Ubl**

und den innovativen Privatunternehmen wie eine Sandburg am Strand.

Die Ökonomin Mariana Mazucato entwickelt die These, dass die großen technologischen In-

novationen der vergangenen Jahrzehnte oft nicht trotz –, sondern wegen öffentlicher Investitionen sowie einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur entstanden. Denn oft übernimmt der

Staat erst jene Risiken, die private Unternehmen vermeiden.

Das bekannteste Beispiel ist das iPhone. Apple verdient Milliarden mit einem Produkt, dessen zentrale Technologien öffentlich finanziert wurden: Das Internet entstand aus Forschungsprojekten des US-Verteidigungsministeriums, GPS wurde vom US-Militär entwickelt, Sprachassistenzsysteme wie Siri gehen auf staatlich geförderte Forschung zurück. Selbst der Google-Algorithmus profitierte von öffentlicher Finanzierung. Private Innovationen sind in den meisten Fällen allerdings gar nicht denkbar ohne öffentliche Infrastruktur.

Dabei geht es nicht nur um Grundlagenforschung. Auch viele der erfolgreichsten historischen Innovationsschübe waren staatlich organisiert: die Raumfahrtprogramme der USA, der Aufbau des Internets oder aktuell die Förderung grüner Technologien und Halbleiterindustrien. Gerade in Bereichen mit hohem Risiko, langen Entwicklungszeiten und unsicheren Renditen investieren private Unternehmen oft zu wenig, da Kapitalmärkte kurzfristige Gewinne gegenüber langfristigen gesellschaftlichen Investitionen bevorzugen.

Der Mythos von der grundsätzlichen Überlegenheit des Privaten erfüllt deshalb vor allem eine politische Funktion: Er legitimiert Privatisierungen und den Rückzug demokratischer Kontrolle aus zentralen Wirtschaftsbereichen. Das bedeutet allerdings nicht, dass der öffentliche Sektor einfach in seiner heutigen Form verteidigt werden sollte. Viele staatliche Institutionen leiden tatsächlich unter chronischer Unterfinanzierung, schwerfälligen Verwaltungsstrukturen und einer neoliberalen Reformpolitik, die öffentliche Einrichtungen seit Jahrzehnten auf Sparlogik statt auf gesellschaftliche Gestaltung ausrichtet. Gerade deshalb braucht es eine demokratische Modernisierung des Öffentlichen: mehr Investitionen, schnellere Verfahren, bessere digitale Infrastruktur und Institutionen, die qualifiziertes Personal halten können, statt es an die Privatwirtschaft zu verlieren. ●



BIP: 107,3 Milliarden US-Dollar (2024; in Preisen von 2020)

Pro-Kopf-BIP: 9,800 US-Dollar (2024)

Arbeitslosenquote: 1,7% (2018)

Industrieanteil: 19% (2024)

Kuba: Insel der leeren Regale

Länderportrait Kubas Wirtschaft leidet seit Jahrzehnten unter US-Sanktionen. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Insel war und ist eng mit externen Akteuren verflochten. Von **Patrick Kaczmarczyk**



Im Januar 2025 setzte Donald Trump Kuba erneut auf die US-Liste der »Staatlichen Förderer des Terrorismus«. Es war eine der ersten außenpolitischen Entscheidungen seiner zweiten Amtszeit. Für Kuba bedeutete dies: Einschränkungen der Bankbeziehungen, kein Zugang zu internationalem Kapital, erschwerte Versorgung mit Medikamenten und Ersatzteilen, Abschreckung für ausländische Investoren. Kürzlich kam ein weiterer Schlag hinzu, als Venezuela seine Öllieferungen an Kuba drastisch reduzierte – unter dem Druck Washingtons, das das Regime in Caracas nach der Entführung von Präsident Nicolás Maduro unter seiner Kontrolle hat.

Die materielle Krise in Kuba, die sich derzeit verschärft, steht in einem auffälligen Spannungsverhältnis zu den sozialen Kennzahlen des Landes. Kuba weist Indikatoren auf, die weit über dem liegen, was sein materieller Lebensstandard erwarten ließe: Die Säuglingssterblichkeit liegt auf demselben Niveau wie in den Vereinigten Staaten, die Alphabetisierungsrate liegt bei nahezu hundert Prozent, die Ärztedichte gehört zu den höchsten welt-

weit. Seit 2020 allerdings hat Kuba in einer der größten Emigrationswellen seiner Geschichte über eine Million Menschen verloren, überproportional jung und ausgebildet. Die Regale in den staatlichen Läden sind seit Jahren leer, die Währung verfällt, und wer keine Verwandten im Ausland hat, muss von dem leben, was der Staat ihm zuteilt.

Kubas gegenwärtige Lage ist ohne ihren historischen Kontext nicht zu verstehen. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Insel war und ist stets eng mit externen Akteuren verflochten – von der Kolonialmacht Spanien über die Vereinigten Staaten bis zur Sowjetunion.

Das koloniale Erbe: Zucker, Spanien und das Ende eines Imperiums

Kuba blieb vom späten 15. Jahrhundert bis ins 19. Jahrhundert unter spanischer Kontrolle, auch nachdem sich große Teile Lateinamerikas in den 1820er Jahren bereits unabhängig gemacht hatten. Für Madrid hatte die Insel eine besondere wirtschaftliche Bedeutung, weshalb es mit aller Macht an Kuba festhielt. Der Grund dafür lag insbesondere

in der Rolle Kubas im globalen Zuckermarkt. Die Spanier hatten Zuckerrohr bereits 1523 von den Kanarischen Inseln mitgebracht. Die erste Plantage entstand 1603, doch zum weltgrößten Zuckerproduzenten wurde die Insel durch externe Impulse: Den entscheidenden Schub gab die kurze britische Besetzung Havannas im Jahr 1762.

Die Briten öffneten Handel und Häfen, wodurch sich die Anbindung an internationale Märkte intensivierte und die Ausrichtung auf den Zuckerexport beschleunigte. Als Spanien 1763 die Kontrolle wieder übernahm, wurden diese Strukturen auf Kuba gezielt weiter ausgebaut. Einen zusätzlichen Schub gab es Ende des 18. Jahrhunderts durch die Flucht von rund 30.000 französischen Kolonialisten aus Haiti, die aufgrund der dortigen Sklavenaufstände neue Kolonialgebiete suchten. In den folgenden Jahrzehnten formte sich Zucker zum dominierenden Wirtschaftszweig. Die Entwicklungslogik folgte (wie in europäischen Kolonien üblich) klar extraktiven Mustern: Infrastruktur, wie etwa der frühe Eisenbahnbau, diente in erster Linie dem Transport von Rohstoffen zu den Häfen. Die Produktion basierte auf großflächigen Plantagen und Sklaverei. Bis zu ihrer Abschaffung wurden über 850.000 Menschen aus Afrika nach Kuba gebracht. Ursprüngliche Wälder wurden in großem Stil gerodet und durch Monokulturen ersetzt. 1850 zählte Kuba bereits 14.000 Zuckerrohrplantagen und war zu diesem Zeitpunkt der größte Zuckerproduzent der Welt.



Zuckerernte auf Kuba im Jahr 1940. Unten: Thermoelektrisches Kraftwerk: eine der wichtigsten Stromerzeugungsanlagen Kubas.



Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Insel war und ist eng mit externen Akteuren verflochten.

Vor diesem Hintergrund formierte sich im späten 19. Jahrhundert zunehmend politischer Widerstand. Als 1895 der Unabhängigkeitskrieg ausbrach – angeführt von José Martí – richtete er sich sowohl gegen die spanische Kolonialherrschaft als auch gegen die Plantagenwirtschaft selbst: gegen die Konzentration von Land und Kapital in wenigen Händen, gegen die Monokultur, die Kuba zum Anhängsel fremder Märkte machte, und gegen eine Wirtschaftsordnung, die den Großteil der Bevölkerung von ihrem eigenen Boden ausschloss.

Die USA, die seit dem frühen 19. Jahrhundert strategische Interessen an der Karibikinsel verfolgten, intervenierten 1898 auf Seiten der kubanischen Rebellen gegen Spanien. Ihre Motive waren weniger antikolonialer Natur als wirtschaftlicher und geopolitischer: Die Monroe-Doktrin hatte die westliche Hemisphäre seit 1823 zum Einflussbereich Washingtons erklärt, und Kuba – damals bereits der wichtigste Lieferant amerikanischer Zuckerimporte – passte nicht in ein Bild, in dem eine europäische Kolonialmacht die Kontrolle über eine Insel vor der eigenen Haustür behielt.

Den Vorwand für einen offenen Krieg der USA und Spanien lieferte die ungeklärte Explosion des US-Kriegsschiffs *Maine* im Hafen von Havanna, aus dem die USA wenige Monate später als klare Sieger hervorgingen. Im Pariser Vertrag diktierten sie die Bedingungen des spanischen Rückzugs: Kuba fiel an Washington. Dabei war es formal unabhängig, aber das Platt Amendment von 1901, das die USA als Bedingung für den Truppenabzug in die kubanische Verfassung schreiben ließen, verankerte das US-Interventionsrecht als konstitutionelle Norm. Offiziell, »um die Unabhängigkeit Kubas zu schützen«. Das koloniale Verhältnis zu Spanien war beendet, ein neokoloniales Verhältnis zu Washington begann.

Die amerikanische Enklave

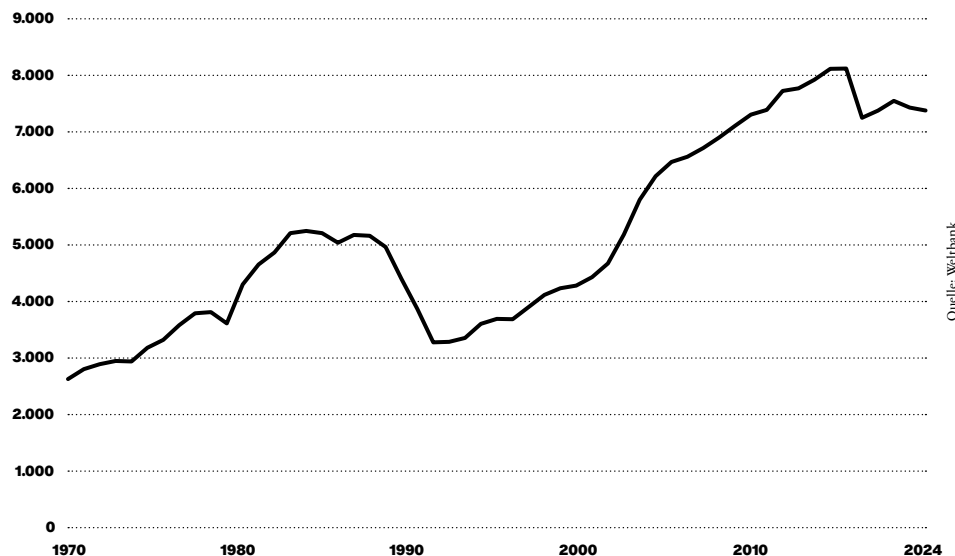
Nach 1898 verfestigten sich die wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die eine wirkliche Unabhängigkeit Kubas von Beginn an aushöhlten. Das 1903 eingeführte Reciprocity-System (Reziprozitätsabkommen) öffnete den US-Markt für kubanischen Zucker, während amerikanische Industriewaren im Gegenzug zu niedrigen Zöllen auf die Insel gelangten. Das Ergebnis war eine strukturelle Falle: Kapital und Arbeit flossen in die Zuckerproduktion, während eine eigenständige Industrialisierung ausblieb, weil US-Importgüter schlicht billiger und technologisch überlegen waren. US-Unternehmen übernahmen Zuckerfabriken, Eisenbahnen und Hafenanlagen – und damit kontrollierten sie die entscheidenden Stufen der Wertschöpfung. Auch bei der Abnahme der Rohstoffproduktion nahmen die USA eine dominante Stellung ein: Zeitweise gingen 95 Prozent der Zuckerernte in die Vereinigten Staaten, was die wirtschaftliche Stabilität in Kuba abhängig von der Preisbildung und Nachfrage beim nördlichen Nachbar machte.

Solange die Preise stiegen, funktionierte dieses Modell: Nach dem Ersten Weltkrieg explodierte der Zuckerpreis, Kuba erlebte einen kurzen Boom. Doch innerhalb einer Dekade kollabierte er von 22 Cent auf unter 1 Cent pro Pfund. Das Land fiel in eine tiefe Krise. Die Exporterlöse brachen ein, die Importabhängigkeiten blieben bestehen. Der Grundstein für die Revolution von 1959 war damit gelegt.

Die Revolution als Strukturbruch und Kontinuität

Als Fidel Castro am 1. Januar 1959 die Diktatur Fulgencio Batistas stürzte – eines Generals, der seit seinem Putsch 1952 das Land mit Unterstützung Washingtons regiert hatte –, stand die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA

Kubanisches Pro-Kopf-Einkommen in konstanten US-Dollar-Preisen, 1970–2024



Quelle: Weltbank

im Zentrum der politischen Rhetorik. Die Revolution verband zwei Ziele: politische Souveränität und den Bruch mit der bestehenden Enklaveökonomie. In den Augen vieler Kubaner vollendete Castro das Werk José Martí's, dessen Traum von einer wirklichen Unabhängigkeit 1898 durch die amerikanische Intervention gekappt worden war.

Die Nationalisierungen der frühen 1960er Jahre überführten US-Unternehmen, darunter sämtliche Zuckerfabriken, in kubanischen Staatsbesitz. Washington antwortete 1962 mit einem umfassenden Handels- und Wirtschaftsembargo, das in seinen Grundstrukturen bis heute besteht. Che Guevara versuchte als Industrieminister den Aufbau einer diversifizierten Produktionsbasis. Die Deviseneinnahmen brachen dabei allerdings ein, denn die Abkehr von der Zuckermonokultur ließ sich nicht so schnell durch andere Exportgüter kompensieren. Das Embargo tat sein Übriges: Eine industrielle Modernisierung war in jener Periode auf US-Technologie und Kapital angewiesen – beides fiel nun weg.

In dieser Situation stabilisierte die Sowjetunion Kuba. Sie lieferte Öl zu subventionierten Preisen und kaufte kubanischen Zucker weit über Weltmarktniveau. Diese Transfers stabilisierten zwar den kubanischen Staat und die Außenhandelsbilanz, verstärkten aber zugleich die Rückkehr zur Monokultur. Die Zuckerproduktion rückte erneut ins Zentrum der Wirtschaft. Der Höhepunkt dieser Strategie war die Kampagne von 1970. Castro mobilisierte das ganze Land für eine Rekordernnte: Zehn Millionen Tonnen sollten als Beweis sozialistischer Leistungsfähigkeit geerntet werden, 8,5 Millionen Tonnen wurden es am Ende. Es war die höchste Ernte in der kubanischen Geschichte. Doch der Preis dafür war hoch: Andere Sektoren wurden vernachlässigt, was die strukturelle Verwundbarkeit der Wirtschaft weiter erhöhte.

Solange die Sowjetunion den »Deal« aufrechterhielt, wurden die Verwundbarkeiten überdeckt. Das reale BIP pro Kopf verdoppelte sich bis Mitte der 1980er Jahre. Parallel baute das Regime ein flächendeckendes System sozialer Infrastruktur auf: Bildung, Gesundheitsversorgung und Alphabetisierung wurden massiv ausgeweitet. Es entstand ein Dualismus aus gut ausgebildeter Bevölkerung und schmalen, wenig diversifizierter Produktionsbasis, die das Humankapital nicht absorbieren konnte. Als die Sowjetunion 1991 zerfiel, brach diese externe Stütze – auf die mehr als 80 Prozent des kubanischen Handels entfiel – abrupt weg. Das reale BIP pro Kopf fiel innerhalb weniger Jahre von knapp 5.000 US-Dollar (Ende der 1980er Jahre) auf rund 3.300 US-Dollar in den frühen 1990er Jahren. Das reale Einkommenswachstum von etwa zwei Jahrzehnten löste sich innerhalb kürzester Zeit in Luft auf.

Der Período Especial: Überleben ohne Wandel

Die Importe fielen von etwa 10 Milliarden US-Dollar in den späten 1980er Jahren auf etwas über 3 Milliarden US-Dollar. Die Ölversorgung brach ein, und mit ihr die gesamte Produktionsbasis: Die Landwirtschaft verlor die Hälfte ihrer Kapazität, die Bauwirtschaft schrumpfte um 75 Prozent, die Industrieproduktion um 90 Prozent. Die Kalorienzufuhr sank von etwa 2900 auf unter 1900 Kalorien pro Person und Tag. Eine Verschärfung der US-Sanktionen 1992 erschwerte die Lage zusätzlich. Was die Regierung euphemistisch als »Período Especial en Tiempo de Paz« bezeichnete, also als Sonderperiode in Friedenszeiten, war die schwerste Wirtschaftskrise der kubanischen Geschichte in Friedenszeiten.

Die Regierung reagierte auf mehreren Ebenen: Die Verteidigungsausgaben wurden um 86 Prozent gekürzt, 15 Ministerien aufgelöst. Die Ausgaben für Gesundheit und Soziales als Anteil am BIP hingegen stiegen um 13 beziehungsweise 29 Prozent zwischen 1990 und 1994. Jede Schule und jedes Krankenhaus blieb geöffnet. Trotz des wirtschaftlichen Zusammenbruchs gelang es der Regierung, die

Oben: Kubanische Ärztinnen in China.
Unten: 2019 besucht der russische Premierminister Dmitri Medwedew die Universität Havanna.



80%

des kubanischen Handels fiel 1991 weg,
als die Sowjetunion zerfiel.

Kindersterblichkeit zu senken. Auch die Lebenserwartung stieg zwischen 1990 und 1999 leicht von 75,0 auf 75,6 Jahre, während sie in Russland im gleichen Zeitraum um sechs Jahre fiel.

Zugleich begann das Regime ab 1993, vorsichtig Räume für privates Wirtschaften zu öffnen: Kleine Privatbetriebe und der Umlauf von US-Dollar wurden legalisiert, 1994 folgten unabhängige Bauernmärkte. Den Tourismus baute Kuba mit westeuropäischen und kanadischen Investoren als Devisenquelle aus. Strukturell bedeutete dies eine Rückkehr zu den Enklavemustern des frühen 20. Jahrhunderts, nun mit europäischem statt amerikanischem Kapital. Aus der Not entstand zudem das, wofür Kuba heute international bekannt ist: ein System des urbanen ökologischen Landbaus, die sogenannten Organopónicos, das petrochemische Düngemittel durch organischen Anbau ersetzte und die Versorgung mit frischem Gemüse in Städten wie Havanna verbesserte. Die strukturelle Abhängigkeit von Lebensmittelimporten, die 70 bis 80 Prozent der Nahrungsmittelversorgung ausmachten, hob das jedoch nicht auf.

Der entscheidende Impuls für die Erholung allerdings, die in den späten 1990er Jahren einsetzte, kam wieder von außen: Unter Putin, der ab 1999 die Beziehungen zu Havanna schrittweise normalisierte, floss ebenfalls wieder Öl zu günstigen Konditionen. Ab den frühen 2000er Jahren lieferte Venezuelas Hugo Chávez Öl zu Vorzugspreisen, Kuba entsandte im Gegenzug Ärzte und Sicherheitsberater – im Kern griff folglich dieselbe Subventionslogik wie zuvor mit der Sowjetunion. Bis Mitte der 2000er Jahre hatte das BIP das Vorkrisenniveau wieder erreicht, zehn Jahre nach dem Einbruch.

Kubas Exportstruktur hatte sich in dieser Zeit grundlegend verschoben: Nicht Zucker, sondern medizinisches Personal ist zum wichtigsten Devisenbringer geworden: 2014 brachten Auslandseinsätze kubanischer Ärzte 10 Milliarden US-Dollar ein. Daneben gewannen sogenannte Rücküberweisungen (Remittances), also private Überweisungen der rund zwei Millionen Menschen zählenden Diaspora, vor allem aus den USA, zunehmend an Gewicht: 2023 beliefen sie sich auf 1,83 Milliarden US-Dollar und waren damit zur zweitgrößten Devisenquelle des Landes geworden. Der Tourismus nahm im Laufe der Zeit ebenfalls zu, blieb aber selbst in den Hochjahren vor der Pandemie mit einem Umsatz von unter 300 Millionen Euro vom Volumen her begrenzt. Die hohe Abhängigkeit von externen Partnern und Transferzahlungen blieb somit ein integraler Bestandteil der kubanischen Wirtschaft, auch wenn sich die Vorzeichen und Umstände stetig änderten. Der einzige externe Akteur, der diese Abhängigkeit strukturell hätte aufbrechen



Supermarkt in Havanna.

können, war derjenige, der sie mitverursacht hatte: die Vereinigten Staaten.

Obama und die Logik der Annäherung

Im Dezember 2014 schien sich das Muster, das die kubanische Wirtschaftsgeschichte seit Jahrhunderten prägte, erstmals grundlegend zu verschieben, da sich das Verhältnis zum alten Antagonisten entspannte: Barack Obama und Raúl Castro kündigten die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen an. Es war das Ergebnis von achtzehn Monaten geheimer Verhandlungen, vermittelt durch Kanada und den Vatikan. Tatsächlich erfolgte die Ankündigung wohl nicht zufällig am 17. Dezember 2014, dem 78. Geburtstag des Papstes Franziskus.

Was folgte, war das erste ernsthafte Auftauen seit 1962: Reisebeschränkungen wurden gelockert, Gefangene ausgetauscht, Investitionsinteresse regte sich, US-Touristen kamen in wachsender Zahl. Für eine Insel, die 90 Meilen von Florida entfernt liegt und deren Diaspora in Miami und New Jersey längst zur wichtigsten Devisenquelle geworden war, hätte eine dauerhafte Normalisierung bedeutet: Zugang zu US-Kapital, US-Technologie und dem größten Tourismusmarkt der westlichen Hemisphäre. Damit hätte sich erstmals die Möglichkeit ergeben, die Abhängigkeit von wechselnden Schutzmächten durch eine breitere wirtschaftliche Integration zu ersetzen.

Doch das Fenster schloss sich, bevor es überhaupt wirtschaftlich Wirkung entfalten konnte. Während seiner ersten Amtszeit beendete Donald Trump die Annäherung ab 2017 schrittweise und verhängte neue Sanktionspakete. Die Biden-Administration lockerte zwar einzelne Beschränkungen, verschärfte aber nach den Massenprotesten vom Juli 2021 wieder. Erstmals seit Jahrzehnten gingen Zehntausende Kubaner im Land selbst auf die Straße. Ausgelöst wurden die Proteste durch eine akute Wirtschaftskrise, verschärft durch den pandemiebedingten Einbruch des Tourismus und eine Währungsreform, die die lähmende Doppelwährung aufheben sollte, aber stattdessen eine der schwersten Inflationskrisen der Nachkriegsgeschichte nach sich zog.

Trumps zweite Amtszeit schließlich, die unter einem neuen, neoimperialen Stern steht, brachte die härteste Gangart seit Jahrzehnten mit sich: die erneute Listung als Staatsförderer des Terrorismus, der Ausschluss vom internationalen Kapitalmarkt, neue Abschreckung für ausländische Investoren, der erzwungene Stopp venezolanischer Öllieferungen, verbunden mit der expliziten Drohung, andere Länder mit Sanktionen zu belegen, sollten sie Öl nach Kuba liefern.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft fällt entsprechend verhalten aus. Mexiko hatte 2025 noch 44 Prozent der kubanischen Ölimporte geliefert und Venezuela als wichtigsten Energielieferanten ersetzt. Doch nach dem US-Coup in Venezuela im Januar 2026 stornierte Pemex, der staatliche Ölkonzern, eine geplante Lieferung. Die mexikanische Präsidentin Sheinbaum bezeichnete den Schritt zwar als »souveräne Entscheidung«, dementierte aber nicht, dass Washington Druck ausgeübt hatte. Solidaritätsbekundungen gibt es zwar, belastbare Zusagen aus Angst vor Washington allerdings nicht. Spanien und Brasilien blieben bei Appellen. Russland schickte vereinzelt Tanker, ohne verlässliche Strukturen aufzubauen. Nur das chinesische Engagement sticht ein wenig heraus, vor allem als Technologielieferant: 92 chinesisch finanzierte Solarparks sollen bis 2028 zusammen 2000 Megawatt Kapazität liefern, was ungefähr der gesamten fossilen Erzeugungskapazität des Landes entspräche. Dennoch bleibt das Engagement weit hinter dem sowjetischen Subventionssystem zurück und erreicht nicht die Verlässlichkeit, die Venezuela in seinen Hochjahren bot. Kuba bräuchte wieder einen externen Anker, der derzeit nicht in Sicht ist. Dem Würgegriff Washingtons wird die Insel auf diese Weise nicht entkommen. ●

PATRICK KACZMARCZYK ist Ökonom an der Universität Mannheim und Redakteur bei Surplus. Zuletzt war er Leiter für volkswirtschaftliche Grundsatzfragen beim Wirtschaftsforum der SPD und UNO-Berater.

Trumps zweite Amtszeit bedeutet für Kuba eine wirtschaftliche Krise.



Es gibt sie, die guten Nachrichten..

News Weltweit gibt es immer wieder Beispiele für wirtschaftliche Erfolge. Ob beim Klima, der Besteuerung von Superreichen oder in der Kultur – wir zeigen eine Auswahl. Von *Xenia Miller*

Kneipen gegen Rechts

Wenn Bars und Kneipen wieder öffnen, sinkt die Zustimmung zu rechtsextremen Parteien bei Wahlen – bei der ersten Wahl nach Öffnung um 0,3 Prozentpunkte, nach 20 Jahren um 1,25 Prozentpunkte. Das zeigt eine aktuelle Studie, die über 18.000 Schließungen von »Bar-tabacs« in Frankreich analysiert hat. Auch wenn der Effekt nicht besonders groß ist, verdeutlicht die Studie die enorme Relevanz lokaler Infrastruktur und sozialer Räume für die Gesellschaft. Doch umgekehrt zeigt die Studie auch: Wo Kneipen und Tabakläden schließen, gewinnt die extreme Rechte. Unabhängig von Arbeitslosigkeit, Zuwanderung oder anderen wirtschaftlichen Faktoren können Schließungen demnach zu einem Anstieg der Zustimmung zum rechtsextremen Rassemblement National (RN) führen.

Erneuerbare rechnen sich

Klamme Kassen bei den Kommunen? Bald vielleicht nicht mehr: Eine aktuelle Studie zeigt, dass deutsche Städte und Landkreise ihre Einnahmen aus Erneuerbaren Energien mehr als verdoppeln können, wenn sie die Ausbauziele für Wind- und Solaranlagen erreichen. Demnach könnten die Einnahmen von heute 5,5 Milliarden Euro auf 12,4 Milliarden Euro im Jahr 2033 steigen. Das belegt die Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Consult (IW Consult) im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums. Eine andere Umfrage der Initiative Klimaneutrales Deutschland (IKND) und des Vereins Heimatwurzeln unter 600 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Deutschland zeigt zudem: Kommunen treiben die Energiewende maßgeblich voran, sehen aber Stromnetzengpässe als strukturelle Hemmnisse.

Günstig und hoffentlich lecker mensesen

Frankreich spendiert 50 Millionen Euro, damit Studierende landesweit für einen Euro in der Mensa essen können. Zuvor galt das Angebot nur für Stipendiaten und Studierende aus prekären Ver-

hältnissen. In ganz Frankreich gibt es für Studis bald ein Hauptgericht und höchstens zwei weitere Komponenten (Vorspeise, Käse, Dessert oder Obst) für einen Euro. Die Maßnahme ist Teil einer größeren Reform von Premierminister Sébastien Lecornu, um die Kaufkraft zu stärken.

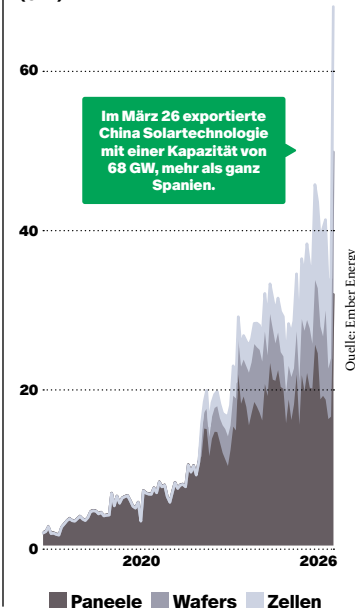
The US-American mind cannot comprehend

Mexiko führt eine allgemeine Gesundheitsversicherung für alle ein. Statt einer Krankenversicherung, die vom Arbeitgeber abhängig ist, erhalten 120 Millionen Menschen einen universalen Zugang zu Gesundheitservices. Zuvor war die Versorgung sehr fragmentiert, je nach Versicherungsart konnten Bürgerinnen und Bürger nur bestimmte Ärzte und Kliniken aufsuchen oder nur bestimmte Leistungen erhalten. Durch die Zentralisierung sollen auch Verwaltungskosten reduziert werden. Die linke Präsidentin Claudia Sheinbaum sprach von einem »historischen Schritt«.

Danke, Donald

Unbeabsichtigt könnte Donald Trump mit seinem Krieg gegen den Iran die globale Energiewende beschleunigt haben. Chinesische Exporte von Solaranlagen haben sich im März im Vergleich zum Vormonat verdoppelt. Viele Länder scheinen zu verstehen, dass die Zukunft nicht fossil ist.

Chinesische Photovoltaik-Exporte, Jan. 2017–März 2026, in Gigawatt (GW)



Studienportrait

Marienthal: Der Beweis, dass eine Jobgarantie funktioniert

Marienthal, eine Arbeitersiedlung südlich von Wien, wurde 1933 zum Synonym für die Zerstörungskraft der Arbeitslosigkeit. Heute ist die Gemeinde ein Vorreiter der Jobgarantie.

Von **Lukas Lehner** und **Maximilian Kasy**



Marienthal, eine Arbeitersiedlung südlich von Wien, wurde 1933 zum Synonym für die Zerstörungskraft der Arbeitslosigkeit. Marie Jahoda, Paul Lazarsfeld und Hans Zeisel dokumentierten damals in ihrem Buch *Die Arbeitslosen von Marienthal*, wie der Verlust der Fabrikarbeit nicht nur Einkommen vernichtete, sondern auch Zeitstrukturen, sozialen Zusammenhalt und Lebenssinn. Ihre Studie wurde weltberühmt. Ihre Schlussfolgerung blieb allerdings neunzig Jahre lang ungetestet: Wenn Arbeitslosigkeit all das zerstört, was passiert, wenn man sie abschafft?

Genau das haben wir versucht. Von 2020 bis 2024 lief in Gramatneusiedl, der Gemeinde, zu der Marienthal gehört, das Projekt MAGMA (Modellprojekt Arbeitsplatzgarantie Marienthal): eine Jobgarantie für alle Langzeitarbeitslosen. Das Arbeitsmarktservice Niederösterreich unter Leitung von Sven Hergovich bot jedem Menschen, der länger als zwölf Monate arbeitslos war, eine Stelle an, freiwillig, zum kollektivvertraglichen Mindestlohn, angepasst an individuelle Fähigkeiten und Bedürfnisse. Alle, denen ein Job angeboten wurde, nahmen an. Die Langzeitarbeitslosigkeit war de facto abgeschafft.

Wie man Langzeitarbeitslosigkeit abschafft

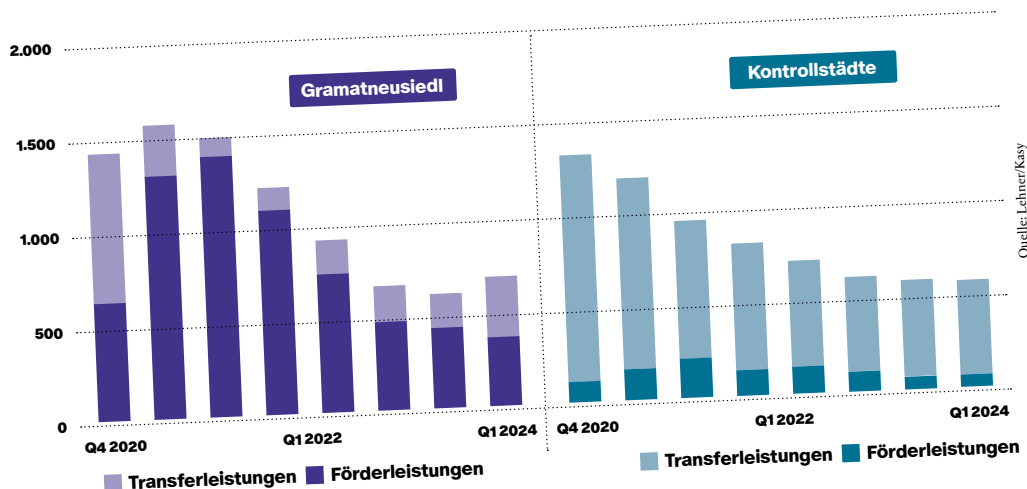
Was MAGMA von früheren Beschäftigungsprogrammen unterscheidet, ist nicht nur das Versprechen, sondern die Methode. Wir haben die Jobgarantie als

randomisiertes kontrolliertes Experiment evaluiert. Teilnehmende wurden per Zufallsverfahren in zwei Gruppen aufgeteilt: Die eine begann sofort, die andere vier Monate später. Zusätzlich konstruierten wir eine synthetische Kontrollgemeinde aus vergleichbaren Gemeinden, um Effekte auf Gemeindeebene zu messen. Und wir verglichen Teilnehmende mit ähnlichen Langzeitarbeitslosen in Kontrollgemeinden. Drei Methoden, ein Ergebnis: Die Jobgarantie funktioniert.

Die Studie, die jetzt im *American Economic Journal: Economic Policy* erscheint, zeigt das in klaren Zahlen. Langzeitarbeitslosigkeit in Gramatneusiedl wurde nahezu eliminiert. Über die dreieinhalb Jahre des Programms verbrachten die Teilnehmenden im Schnitt 555 Tage mehr in Beschäftigung. Ihr Nettoeinkommen stieg um 102 Euro pro Monat, in der zweiten Programmhälfte sogar um 228 Euro. Die Nettokosten für die öffentliche Hand lagen bei 237 Euro pro Person und Monat, sanken in der zweiten Hälfte auf 41 Euro. Nicht subventionierte Beschäftigung stieg um 17 Prozent, Selbstständigkeit verdoppelte sich.

Das sind bemerkenswerte Zahlen. Aber die vielleicht wichtigste Erkenntnis lässt sich nicht in Euro messen. Teilnehmende berichteten von mehr Zeitstruktur, besseren sozialen Kontakten, einem stärkeren Gefühl von Zugehörigkeit, Anerkennung und mehr Sinn im Leben. Genau jene fünf Dimensionen, die Jahoda als die »latenten Funktionen« der Arbeit beschrieben hatte, kehrten zurück. Die Jobgarantie drehte Marienthal um: von einer Geschichte der Arbeitslosigkeit und Armut zu einer Geschichte

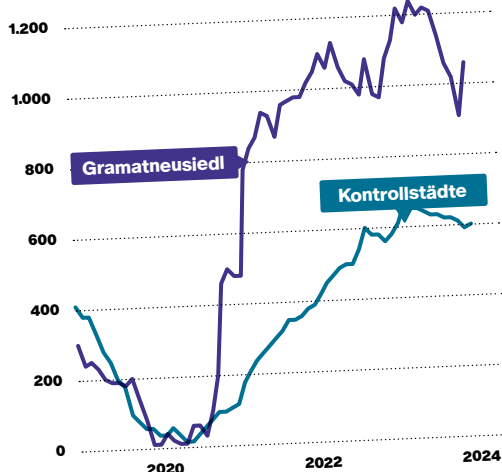
Kostenvergleich der Jobgarantie



der Beschäftigung und Hoffnung mit internationaler Vorbildwirkung.

Der naheliegende Einwand: Erzeugt eine Jobgarantie nicht falsche Anreize? Warum noch einen regulären Job suchen, wenn der Staat ohnehin einen garantiert? Unsere Daten widersprechen dem klar. Der Übergang aus Kurzarbeitslosigkeit in reguläre Beschäftigung verlangsamte sich in Gramatneusiedl nicht. Es gab keinen Anstieg der Kurzarbeitslosigkeit, keinen Verdrängungseffekt auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Die Jobgarantie schuf zusätzliche Beschäftigung, statt bestehende umzuverteilen.

Durchschnittliches monatliches Bruttoeinkommen in Euro der zu Beginn Anspruchsberechtigten



Warum ist das politisch relevant? Weil Langzeitarbeitslosigkeit in Österreich, Deutschland und der EU ein strukturelles Problem bleibt, das herkömmliche Arbeitsmarktpolitik nicht löst. Jobvermittlung, Qualifizierung, Aktivierung, all das hilft vielen, aber eben nicht allen. Es gibt Menschen, für die der reguläre Arbeitsmarkt keine Verwendung hat: zu alt, zu lange draußen, gesundheitlich eingeschränkt. Für sie wird Langzeitarbeitslosigkeit zur Dauerschleife aus Bewerbungen, Absagen und schwindendem Selbstwert. Die Jobgarantie durchbricht diese Schleife.

Was kostet es, Langzeitarbeitslose in Arbeitslosigkeit zu verwalten? Nicht nur Transferleistungen, sondern auch die gesellschaftlichen Kosten: Gesundheitsausgaben, sozialer Rückzug, politische Entfremdung. Die Frage ist nicht, ob wir uns eine Jobgarantie leisten können. Die Frage ist, ob wir es uns leisten können, es nicht zu tun. EU, OECD, und die Vereinten Nationen unterstützen bereits Jobgarantie-Pilotprogramme. Frankreich, Belgien und die Niederlande testen ähnliche Modelle. Marienthal hat zweimal Geschichte geschrieben. Einmal als Warnung. Und jetzt als Beweis, dass es anders geht. ●

MAXIMILIAN KASY ist Professor für Economics an der Universität Oxford. Er promovierte an der UC Berkeley. 2025 erschien sein Buch »The Means of Prediction: How AI Really Works (and Who Benefits)«.

LUKAS LEHNER promovierte an der Universität Oxford und ist Assistenzprofessor an der Universität Edinburgh. Seine Forschung umfasst Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Fokus auf den Arbeitsmarkt.

Quelle: Kasy, M. und Lehner, L. (2026)

60

Maria da Conceição Tavares



Der Finanzkapitalismus aus Sicht der Peripherie

Portrait Maria da Conceição Tavares war eine der furchtlosesten Denkerinnen der brasilianischen politischen Ökonomie. Ihre Analysen des globalen Finanzkapitalismus und US-Imperialismus bleiben bis heute aktuell.

Von **Jan Frohn**



In der ökonomischen Tradition Lateinamerikas mangelt es nicht an originellen Denkerinnen und Denkern. Die brasilianische Ökonomin Maria da Conceição Tavares zählte jedoch zu ihren kritischsten Köpfen. Sie prägte eine ganze Generation des ökonomischen Denkens in Brasilien und darüber hinaus. Verankert in der Tradition des lateinamerikanischen Strukturalismus, passte sie die alten Theorien an neue Gegebenheiten an. Gleichzeitig entwickelte sie die Ideen von Ökonomen aus dem Globalen Norden weiter – wie Keynes, Kalecki und Schumpeter – und situierte sie im Kontext Lateinamerikas.

Von der Mathematikerin zur Sozialwissenschaftlerin

Maria da Conceição Tavares wurde 1930 inmitten der Weltwirtschaftskrise in Portugal geboren. Ihre Jugend erlebte sie unter dem diktatorischen Regime von António de Oliveira Salazar und war dessen politischen Repressionen ausgesetzt. Sie studierte zunächst Mathematik in Lissabon. Nach ihrem Hochschulabschluss entschloss sich die junge Tavares, der Diktatur zu entkommen und nach Brasilien auszuwandern.

Sie landete 1954 während der Karnevalsaison in Rio de Janeiro. Als portugiesische

Dissidentin wurde sie in den politischen und akademischen Zirkeln der Küstenstadt willkommen geheißen. Rio blühte zu der Zeit wirtschaftlich und kulturell auf. In den Salons tummelte sich ein bunter Reigen aus Kommunisten, Trotzlisten, Liberalen und Katholiken. In dieser Aufbruchsstimmung der Neuen Welt begeisterte sich Tavares für die sozialistische Idee, der sie ein Leben lang verpflichtet blieb. Wenngleich sie herzlich in der intellektuellen Szene empfangen wurde, erkannte die brasilianische Bürokratie ihren Bildungsabschluss nicht an. Tavares' mathematisches Können half ihr trotzdem, in einer statistischen Behörde unterzukommen. In ihrem ersten Job hantierte sie mit Daten zur brasilianischen Agrarpolitik und Landkultivierung.

Schnell stellte sie fest: Mit statistischen Methoden konnte sie zwar eine detaillierte Auswertung des brasilianischen Landbesitzes erstellen, politisch aber nichts an dessen ungleicher Verteilung ändern. Also wechselte sie die Disziplin und immatrikulierte sich 1957 an der

Universität von Rio in Ökonomie. Dort kam sie in Kontakt mit dem lateinamerikanischen Strukturalismus. »Ich brauchte nicht nach Harvard gehen«, erklärte sie später. »Ich war eine Schülerin der großen Autodidakten Lateinamerikas: Weil sie nicht so engstirnig sind, unterrichten sie mit weniger Vorurteilen.«

Tavares und der Strukturalismus

Tavares steht klar in der Tradition der Strukturalisten. Vor allem übernahm sie deren historisch-strukturelle Methode. Damit untersuchte sie die spezifische Art und Weise, wie sich die Volkswirtschaften Lateinamerikas im Gegensatz zu den Industrieländern des Globalen Nordens entwickelten.

Die Strukturalisten skizzieren den globalen Kapitalismus als polarisiert in ein Zentrum und eine Peripherie. Die industrielle Revolution im Globalen Norden entfesselte eine »prometheische Kraft« und spaltete die Welt entlang einer globalen Arbeitsteilung. Während das Zentrum industrielle Güter mit hohem Wertschöpfungspotenzial herstellt und dort dynamische und diversifizierte Volkswirtschaften entstehen, liefert die Peripherie einseitig die Rohstoffe für dieses System. Das Resultat ist ein stark exportabhängiges Wachstum im Süden und eine inländische Wirtschaft, die selbst stark polarisiert ist: Der Exportsektor vereint exorbitante Profite auf sich, während der Rest des Landes an der Armutsgrenze lebt.

Als Hochburg des lateinamerikanischen Strukturalismus formierte sich das UN-Gremium der Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC) unter Leitung des argentinischen Entwicklungsökonom Raúl Prebisch. Nach dem Studium begann Tavares für das brasilianische ECLAC-Büro zu arbeiten und wurde 1968 an die Hauptgeschäftsstelle in Santiago de Chile versetzt. Dies ermöglichte ihr ein zeitweises Entkommen von der Militärdiktatur in Brasilien, die 1964 durch einen Putsch an die Macht kam.

In Chile beriet sie die Allende-Regierung bei deren berühmtem Experiment einer demokratischen Wirtschaftsplanung. Doch auch diese gewählte Regierung nahm durch einen CIA-geführten Putsch ihr jähes Ende. Tavares kehrte permanent nach Brasilien zurück. Aufgrund ihrer zahlreichen Reisen als Gastwissenschaftlerin wurde sie vom dortigen Repressionsapparat verdächtigt und eines Tages am Flughafen festgenommen, auf Wunsch des Finanzministers jedoch wieder freigelassen.

Tavares prägte eine ganze Generation des ökonomischen Denkens in Brasilien und darüber hinaus.

Kontroversen über Brasiliens Entwicklung

Wie Tavares Brasiliens Entwicklungsschub der 1950er hautnah erlebte, so wurde sie auch Zeugin seines Rückgangs. Mit dem 1971 erschienenen Artikel »Stagnation oder Krise? (Estagnação ou crise?)« schaltete sie sich zusammen mit ihrem ECLAC-Kollegen José Serra in die Debatte ein, warum das Wachstum Mitte der 1960er Jahre rückläufig wurde. Damit trat sie in eine Kontroverse los und brach an entscheidenden Punkten mit der Tradition des Strukturalismus.

Sie stellte sich gegen den prominenten brasilianischen Ökonomen Celso Furtado und seine Theorie des Stagnationismus. Dieser argumentierte, die Rezession wäre auf die wachsende Ungleichheit zurückzuführen. Wenn die

Während die allermeisten Kommentatoren mit dem Zusammenbruch von Bretton Woods das Ende der US-Hegemonie kommen sahen, sah Tavares darin erst den Anfang.

Industrie zunehmend Investitions- und Luxusgüter produziert, um die Nachfrage der reicher werdenden Kapitalistenklasse zu befriedigen, gerät die Zusammensetzung des Kapitals aus dem Gleichgewicht. Eine säkulare Stagnation tritt ein, die sich durch die Ungleichheit immer weiter verschärft.

Tavares vertrat die umstrittene Gegenmeinung, dass Brasiliens Ungleichheit in Wahrheit das Wirtschaftswachstum befeuert. Es ist wichtig festzuhalten, dass sie damit keineswegs für eine wachsende Schere zwischen Arm und Reich plädierte. Sie beschrieb die perverse Logik eines Systems, um dessen Abschaffung sie stets bemüht war. Beeinflusst durch den marxistischen Ökonom Michał Kalecki, sah sie im Investitions- und Konsumverhalten der Kapitalisten einen wichtigen Impuls, um die effektive Nachfrage zu stabilisieren. Hohe Gewinne waren im Fall Brasilien ein notwendiges Übel, um neue Investitionen zu finanzieren.

Die Wachstumsflaute in den 1960ern war für Tavares kein Anzeichen auf eine säkulare Stagnation. Stattdessen sei es eine zyklische



Krise gewesen, ausgelöst durch eine verminderte Investitionsbereitschaft.

Wie lassen sich die Investitionen als Motor des Kapitalismus beflügeln? Tavares war fest davon überzeugt, der Kapitalismus sei ein inhärent finanzielles System. Die Kreditschöpfung geht der Kapitalakkumulation voraus. Was Brasilien fehlte, war ein »Finanzkapitalismus, der den Namen auch verdiente«. Der brasilianische Sonderweg hatte nur nachteilige Finanzierungsquellen: Ausländisches Finanzkapital begab Brasilien in die Abhängigkeit globaler Investoren; öffentliches Kapital begünstigte die Klüngelei zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten. Die alternative Strategie wäre nichts anderes als das bewährte Rezept, das die Industrialisierung im Norden ermöglichte: ein nationales Finanzkapital, das keinem Kasino der Spekulation dient, sondern Firmen zur Expansion und Entwicklung der Produktivkräfte zwingt.

Globale finanzielle Abhängigkeiten

Tavares widersprach den Strukturalisten nicht nur in der Analyse der heimischen Entwicklung, sondern auch bei der Frage globaler Abhängigkeiten. Viele lateinamerikanische Strukturalisten – und später die sogenannten »Neo-Strukturalisten« – interpretieren das wirtschaftliche Gefälle zwischen Nord und Süd vor allem als technologische Abhängig-

keit. Die industrielle Revolution öffnete eine technologische Kluft. Um den technischen Fortschritt einzuholen, sind Länder der Peripherie gezwungen, Maschinen und Equipment aus dem Norden zu importieren. Diese Importabhängigkeit belastet jedoch ihre Zahlungsbilanz und treibt die Auslandsverschuldung in die Höhe.

Ein möglicher Ausweg, wie Entwicklungsländer der technologischen Abhängigkeit entfliehen können, ist der Ausbau der einheimischen Technologieproduktion. Deshalb lautet die Politikempfehlung vieler Strukturalisten, das »nationale Innovationssystem« mittels kluger Industrie- und Technologiepolitik zu beleben. Die Schaffung eines nationalen Sektors für Maschinen und andere Investitionsgüter stand im Zentrum der brasilianischen Importsubstitutionsstrategie seit den 1930er Jahren.

Tavares verharmloste nicht die Gefahr technologischer Abhängigkeiten, fand aber den strukturalistischen Blick zu sehr auf die Sphäre der Produktion versteift. Anstelle von Welthandel und Produktion lenkte sie die Aufmerksamkeit auf die Hierarchien im globalen Währungs- und Finanzsystem. Diese zu bekämpfen, erachtete sie als oberste Priorität für die wirtschaftliche Emanzipation der Peripherie. Ohne eine Überwindung der finanziellen Abhängigkeit blieben auch Maßnahmen zur nationalen Innovationsförderung vergebens.

Das globale Finanzsystem ist stark ungleich verteilt. Ganz oben steht der globale Hegemon, der die internationale Leitwährung stellt. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute hält ununterbrochen die USA diese Stellung inne. Wirtschaftliche, kulturelle und militärische Macht gehen hier Hand in Hand.

Die Macht über die globale Währung stellt ein »exorbitantes Privileg« dar. Die ganze Welt fragt US-Dollar nach; deshalb können sich die USA ungebremst beim Ausland verschulden.

Oben: Salvador Allende führte Chile in den Sozialismus.
Unten: Die Favela Ladeira dos Funcionários in Rio de Janeiro.



Ohne mit der Wimper zu zucken, finanziert der Rest der Welt die kolossale negative Handelsbilanz der Vereinigten Staaten sowie Washingtons Haushaltsdefizit. Was die Welt spart, dürfen die USA ausgeben. Überschüssiges Kapital fließt über das globale Finanzsystem in die USA, modernisiert die dortige Industrie oder zahlt für Washingtons imperiale Ambitionen.

Länder der Peripherie haben es hingegen schwer, sich auf internationalen Finanzmärkten in ihrer eigenen Währung zu verschulden. Eine negative Handelsbilanz birgt die Gefahr einer Währungskrise, nicht zuletzt aufgrund der Spekulation mit Währungen. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Peripherie ist durch ihre Zahlungsbilanz eingeeignet. Das setzt die betroffenen Länder unter Druck, ununterbrochen Rohstoffe zu exportieren – dieselbe Rolle, die sie unter kolonialer Vorherrschaft einnahmen.

Das Wiedererstarke der US-Hegemonie

Während die allermeisten Kommentatoren mit dem Zusammenbruch von Bretton Woods das Ende der US-Hegemonie kommen sahen, sah Tavares darin erst den Anfang. 1985 veröffentlichte sie ihren vielgelesenen Aufsatz *Wiedererstarke der US-Hegemonie (A retomada da hegemonia norte-americana)*.

Vorausgegangen waren turbulente Jahre in der Weltwirtschaft. Auf der einen Seite machten Japan und die BRD der USA auf dem Weltmarkt Konkurrenz, was viele als Trend zu einer multipolaren Wirtschaftsordnung verstanden. Auf der anderen Seite hatte die durch die Ölpreiskrise getriebene Inflation die US-Wirtschaft fest im Griff. Die Aussichten für die USA waren alles andere als rosig, was sich nicht zuletzt in einem geschwächten Dollar ausdrückte.

Wie Tavares früh erkannte, reagierte Washington mit einer skrupellosen »Dollar-Diplomatie«, die das globale Finanzsystem in die Kontrolle der USA brachte. Protagonist war Paul Volcker, der 1979 Vorsitzender der Federal Reserve wurde. Dieser blockierte zunächst die Reformvorschläge innerhalb des Internationalen Währungsfonds (IWF), einen multilateralen Währungsstandard mit einem schwachen US-Dollar zu errichten. Er wartete noch die Wahl von Ronald Reagan 1980 ab. Dann katapultierte er im Namen der Inflationsbekämpfung den Dollar-Leitzins in astronomische Höhen. Mit dieser Kamikaze-Strategie crashte er nicht nur die US-Wirtschaft, sondern löste eine weltweite Rezession aus.

Rivals der USA wurden damit auf Linie gebracht. Die verheerendsten Auswirkungen des globalen Zinsschocks schlugen sich im globalen Süden nieder, wo Volkswirtschaften von ihrer in Dollar denominierten Schuldenlast erdrückt wurden. Eine Reihe von Staaten gingen

Bankrott. Beginnend mit der mexikanischen Staatspleite von 1982 durchzog eine Welle von Schuldenkrisen ganz Lateinamerika.

Trotz formeller Aufhebung der Bindung an den Dollar zeigte der Volcker-Schock, dass Regierungen im Zeitalter ungebremster internationaler Finanzströme der US-Geldpolitik Folge leisten mussten. Keynesianisch orientierte Nachfragepolitik fiel der Stabilisierung der Währung zum Opfer.

Tavares' Leben war geprägt durch Putsch. Der folgenreichste wird allerdings Paul Volckers Coup des globalen Finanzsystems bleiben.

Eintritt in die Politik

Der Triumph des US-Imperialismus exportierte den Neoliberalismus rund um die Welt.



In den 1990ern wälzte dieser auch die brasilianische Wirtschaftsordnung um. Unter dem Motto der Inflationsbekämpfung und Währungsstabilisierung implementierte die Cardoso-Regierung den neoliberalen Politikmix: Privatisierungen, öffentliche Sparmaßnahmen und eine stärkere Bindung des brasilianischen Reals an den Dollar.

Im Eifer des demokratischen Wiederaufbaus nach Ende der Militärdiktatur trat Tavares bereits in den 1980ern in die Partei der Brasilianischen Demokratischen Bewegung (MDB) ein. Als Teil des enttäuschten linken Flügels wechselte sie 1994 in die Arbeiterpartei (PT). Unter Luiz Inácio Lula da Silva reifte diese zu einer Massenpartei heran und wurde zum Symbol der Hoffnung.

Tavares kandidierte bei den Parlamentswahlen 1994 auf ein politisches Amt und wurde als Abgeordnete für Rio de Janeiro in das brasilianische Unterhaus gewählt. Als Teil der Opposition kritisierte sie den neoliberalen Kurs der Regierung. 2002 unterstützte sie Lula bei seinem historischen Wahlerfolg in der Präsidentschaftswahl.

Durch regelmäßige TV-Auftritte und eine wöchentliche Kolumne in der Tageszeitung *Folha de S. Paulo* wurden Tavares' ökonomische Positionen einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Als Professorin unterrichtete sie die neue Generation der Entscheidungstragenden Brasiliens, darunter auch die zukünftige Präsidentin Dilma Rousseff. Sie blieb das linke ökonomische Gewissen der Nation und eine scharfe Kritikerin des Neoliberalismus bis zu ihrem Tod 2024.

Die US-Hegemonie bis heute

Tavares unnachgiebiger kritischer Geist bewahrt uns auch heute noch vor Illusionen und falschen Hoffnungen. Obwohl die Wahrheit unbequem sein mag, sagte sie sowohl das

Fortbestehen des ungleichen brasilianischen Kapitalismus als auch der US-Hegemonie voraus. Die Geschichte hat ihr mit beidem recht gegeben.

In der aktuellen geopolitischen Lage sind Prophezeiungen eines Endes des Dollars wieder en vogue. Ob nun der Anfang vom Ende oder ein Wiedererstarke 2.0 eintritt, lässt sich in der Theorie kaum sagen. Statt Generalisierungen aufzustellen, schärft Tavares' historisch-strukturelle Methode unseren Blick für die konkrete Ausübung von Macht im globalen Finanzkapitalismus. Von den Rändern dieses Systems, aus Sicht der Peripherie, lässt sich seine perverse Logik am besten verstehen. ●

Impressum

Schließe jetzt ein Abonnement ab!

Surplus ist das Wirtschaftsmagazin, das sich um die Interessen der großen Mehrheit und nicht die der Reichsten dreht. Dafür bringen wir weltweit führende ökonomische Denkerinnen und Denker zusammen.



- Alle zwei Monate das Print- und Online-Magazin
- Regelmäßig neue Video- und Podcastformate
- Täglich exklusive Texte, Kolumnen und Analysen

120€ pro Jahr (DE)
12€ pro Monat (DE)

www.surplusmagazin.de

ISBN: 978-3-69151-030-0

VERLAG

Brumaire Verlag GmbH
Görlitzer Str. 71, 10997 Berlin

© 2025

Surplus Magazin GmbH
Görlitzer Str. 71, 10997 Berlin

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Ole Rauch, Lukas Scholle

VERLAGSLEITUNG

Dr. Carmen Giovanazzi

V.I.S.D.P.

Lukas Scholle (Chefredakteur)
scholle@surplusmagazin.de

CREATIVE DIRECTOR

Markus Stumpf
stumpf@surplusmagazin.de

FREIE MITARBEIT (DESIGN)

Cristina Zickert

ÜBERSETZUNG

Tim Steins

KONTAKT ZUR REDAKTION

redaktion@surplusmagazin.de

KONTAKT ZUM ABO-SUPPORT

support@surplusmagazin.de

ANZEIGEN/WERBUNG

landwehr@surplusmagazin.de

MEDIADATEN

www.surplusmagazin.de/mediadaten

BILDRECHTE

Cover © Surplus, S. 4.–6 © IMAGO / ZUMA Press Wire, IMAGO / United Archives International, S. 8–9 © Collage Surplus, IMAGO / NurPhoto, S. 10 © IMAGO / Joerg Boethling, IMAGO / SOPA Images, IMAGO / Anadolu Agency, S. 12–14 © IMAGO / dts Nach-

richtenagentur, IMAGO / Chris Emil Janßen, S. 16 © IMAGO / CFOTO, S. 18 © IMAGO / Anadolu Agency, S. 20–21 © IMAGO / Panthermedia, IMAGO / Lehtikuva, S. 22 © IMAGO / imagebroker, S. 24–25 IMAGO / Anadolu Agency, IMAGO / Jochen Tack, IMAGO / ZUMA Press Wire, S. 26 © Collage Surplus, Material: IMAGO / Europa Press, IMAGO / ZUMA Press Wire, S. 28–31 © Daniela Anton, S. 32–43 © Doro Zinn, S. 38 © Collage Surplus, S. 40–44 © Collage Surplus, S. 46 © Collage Surplus, S. 48 © Heinrich Holtgreve, S. 52 © Collage Surplus, S. 50 IMAGO / ITAR-TASS, IMAGO / Agencia EFE, S. 54–55 IMAGO / Bridgeman Images, IMAGO / Depositphotos, IMAGO / Xinhua, IMAGO / ITAR-TASS, S. 56 © IMAGO / Depositphotos, S. 57 © Collage Surplus, S. 60 © Collage Surplus, Material: Vidal Cavalcante/Folhapress, Bel Pedrosa/Folhapress, S. 62–63 © IMAGO / United Archives International, IMAGO / sepp spiegl, Antonio Cruz

DRUCK

Druckhaus Sportflieger GmbH, Berlin

VERSAND

Heftwerk / OML GmbH & Co. KG, Berlin

VERTRIEB

PressUp GmbH, Hamburg

VERLAG

www.brumaireverlag.de



Wöchentlich neue Videos
zu aktuellen Fragen mit unseren
Expertinnen und Experten.





Andere Wirtschaftsmedien schreiben
für Deine Chefs. **Wir für Dich.**

- Alle zwei Monate als Print- und Onlinemagazin
- Regelmäßig neue Video- und Podcastformate
- Täglich exklusive Texte, Kolumnen und Analysen

**Jetzt kostenlos
für eine Woche testen!**



surplusmagazin.de